

ödp

*Bewerbung als Fair-Trade-Partei:
ÖDP will Vorbild sein* 46

*Wahlkampftour „Radeln für Bayern“:
In 90 Tagen durch 90 Stimmkreise* 55

*Bayerische Landtagswahl:
Stimmkreis-Ergebnisse der ÖDP* 58

Das ÖDP-Journal

Nr. 160 November 2013

Ökologie Politik

Kommunalentwicklung



INHALT

UMSCHAU

Ökolumne: Bundestagswahl 2013	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	7

TITELTHEMA: KOMMUNALENTWICKLUNG

Tipps eines Mandatsträgers	
Kommunalpolitik – die Keimzelle der ÖDP-Politik von Walter Konrad	10
Erfahrungen eines ÖDP-Bürgermeisters	
„Ich kann mir keine reizvollere Arbeit vorstellen“	
Interview mit Markus Hollemann	12
Gemeinwohl contra Gewinnstreben	
Privatisierung – Scheinlösung und Verfassungsbruch von Hermann Striedl	16
Initiative „Leih Deiner Stadt Geld“	
Bürger statt Banken von Jamal El Mallouki	19
Umweltproblem Flächenfraß	
Bayerns Schönheit bewahren von Tom Konopka	21
Konzept gegen den Flächenfraß	
Grundsteuer zeitgemäß reformieren von Dr. Ulrich Kriese	24
Graue Energie und CO ₂ -Bilanzen	
Ist nicht zu bauen das beste Bauen? von Günther Hartmann	26
Windkraftanlagen aus Holz	
Doppelt gut von Günther Hartmann	31
CarSharing	
Weniger Autos, weniger Parkplätze und weniger Verkehr	
von Willi Loose	34
Die ÖDP im Rat der Stadt Münster	
Der Kampf für eine bessere Politik von Sieglinde Kersting und Franz Pohlmann	36

ENERGIEPOLITIK

Eurosolar	
Erneuerbare Energien – dezentral und nah am Verbrauch von Dr. Axel Berg	39

MOBILFUNK

Diagnose-Funk	
Aufklärung über elektromagnetische Felder von Trudi Christof	42

ÖDP INTERN

An alle Mitglieder von Sebastian Frankenberger	44
Neues aus dem Bundesverband von Dr. Claudius Moseler	45
Neues aus der ÖDP von Florence von Bodisco	46
Verbände	51
Wahlkampf	55
Presseticker	60
Pressespiegel	62
Leserbriefe	66
Impressum	67

**Liebe Leserinnen,
liebe Leser,**

„Politik ist das Bohren dicker Bretter mit Augenmaß und Leidenschaft zugleich.“ Dieses Bonmot stammt vom großen Soziologen Max Weber und trifft auf die politischen Gestaltungsmöglichkeiten auf allen Ebenen gleichermaßen zu. Insbesondere aber in der Kommunalpolitik ist es enorm wichtig, Augenmaß und Leidenschaft an den Tag zu legen – wirken sich doch alle politischen Entscheidungen in einem Stadtrat oder Gemeinderat unmittelbar auf die betroffenen Bürgerinnen und Bürger aus. Wie abstrakt mutet dazu im Gegensatz die Politik in einer fernen Landeshauptstadt, im fernen Berlin oder gar in Brüssel an, auch wenn hier vielleicht viel mehr dicke Bretter gebohrt werden. Kommunalpolitikerinnen und -politiker agieren viel direkter im Kontakt mit den Menschen vor Ort. Sie sind nicht nur Mitglied des Stadtrates, des Gemeinderates, des Ortsbeirates, sondern auch Kollegen im Sportverein oder im Elternbeirat. Hier müssen sie sich erklären und ihren Mitbürgern Rede und Antwort stehen.

Die ÖDP hat bundesweit über 400 kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, die jeden Tag vor Ort ökologisch-demokratische Politik gestalten. Ob im Gemeinderat oder als Bürgermeister: Unsere Politiker repräsentieren die Partei und tragen dazu bei, dass die ÖDP von außen wahrgenommen wird und als wählbare Alternative in den Köpfen der Wähler präsent ist. Im nächsten Jahr finden in allen für uns relevanten Bundesländern Kommunalwahlen statt. Schon ab März geht es los: Dann können die Bürgerinnen und Bürger in den bayrischen Kommunen an die Wahlurne. Im Mai sind dann die Wähler in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Thüringen und Sachsen-Anhalt gefragt. Unser Ziel ist es, die bestehenden Mandate zu halten und auszubauen. Damit Sie sich gut auf die Wahlen vorbereiten können, dreht sich in dieser Ausgabe von ÖkologiePolitik fast alles um das Thema „Kommunalpolitik“. Unter anderem empfehlenswert ist das Interview mit Bürgermeister Markus Hollemann ab Seite 12. Er gibt wichtige Tipps, wie Sie im Wahlkampf erfolgreich agieren können. Aus dem Nähkästchen plaudert ÖDP-Ratsherr Franz Pohlmann ab Seite 36 – er berichtet, wie er sich als Einzelkämpfer Gehör verschafft.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen.

Ihr

und Ihre

Günther Hartmann

Florence von Bodisco



Günther Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur

Florence von Bodisco
Stellv. Verantwortliche
Redakteurin





Ökolumne von Ulrich Brehme

Bundestagswahl 2013

Deutschland hat gewählt. Die CDU hat die absolute Mehrheit bei der Bundestagswahl knapp verfehlt. Das wichtigste Thema im Wahlkampf war die Euro-Krise, zu der keine der im Bundestag vertretenen Parteien eine überzeugende ökonomische Antwort gab. Die sich überwiegend wirtschaftsliberal gebende FDP rutschte deshalb unter die 5%-Hürde. Rot-Grün verlor die Wahl klar durch ihre Forderung nach der Einführung von Euro-Bonds. 80% der Wähler lehnen Euro-Bonds ab. Niemand will für die Schulden anderer Staaten haften. Schon jetzt haftet Deutschland mit 27% für alle Verbindlichkeiten und möglicherweise noch für mehr, wenn ein Euroland pleite geht. Gerade wird in der Eurozone eine Bankenunion geschaffen und die EU versucht an die Rücklagen der deutschen Einlagensicherung zu kommen. Die Schulden aller europäischen Banken sind um ein Vielfaches höher gegenüber den öffentlichen Schulden der Staaten.

Hinter der Unzufriedenheit mit dem Euro stehen auch viele Vermögende, die ihre Erträge aus ihrer kapitalgedeckten Altersvorsorge verschwinden sehen bzw. real sogar negative Zinsen akzeptieren müssen, die Geldvermögen schrumpfen lassen.

In Südeuropa wurden große finanzielle Werte vernichtet. Schuld

ist die laxe Kreditvergabepraxis in Südeuropa nach der Euroeinführung verbunden mit Korruption und fehlender Kontrolle. Langfristig kann die Wirtschaftskraft Südeuropas aber nur über Schuldenschnitte und über Investitionen steigen, die zu einer steigenden Produktivität führen. Nach den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft muss derjenige, der den Nutzen hat, auch die Risiken und den Schaden tragen. Banken und Hedge-Fonds müssen zuerst für die Kosten der Bankenkrise geradestehen. Die Politik des Staates sollte darauf gerichtet sein, große wirtschaftliche Machtgruppen aufzulösen oder ihre Funktion zu begrenzen.

Eine neue Partei, die „Alternative für Deutschland“ (AfD) scheiterte knapp an der 5%-Hürde. Sie wurde von Wirtschaftswissenschaftlern gegründet und fordert die Einführung von nationalen Parallelwährungen. Nach deren Einführung würde der Euro sofort inflationieren. Der Euro würde gegenüber der DM eine

Form von „schlechtem Geld“, also eine Währung mit höheren Transaktionskosten, werden. Der Euro würde dann langsam verschwinden und mit ihm die in Euro festgelegten Vermögen und Schulden, also auch die gegebenen Kredite an Südeuropa. Mit einer Inflationierung über Parallelwährungen würden die Geldvermögen also ebenfalls schwinden. Für Vermögende wäre das auch keine bessere Alternative.

Die AfD will die Energiewende rückgängig machen. Deren Parteivorsitzender Lucke sagte, dass er den Emissionshandel ablehnt und die Zunahme der Erneuerbaren Energien stoppen will, da dies die Stromkosten erhöhe. Er lehnt eine klimaschützende Energiepolitik grundsätzlich ab. In der Steuerpolitik will die AfD die Einführung des Kirchhoffschen Bierdeckel-Modells, das die Steuerprogression zum Teil abschafft und daher sozialfeindlich ist.

Die ÖDP ist die einzige Partei, die eine konsequente Internalisierung der Kosten von Umweltschäden fordert. Dies kann über Ökosteuern oder einen funktionierenden Emissionshandel erfolgen. Wenn die Umweltschäden nicht in die Gesamtkosten eingerechnet werden, ändert sich das Verbraucherverhalten nicht. Das kann man auch nicht mit Subventionen über das Erneuerbare-Energien-Gesetz erreichen, wie es die Grünen wollen. ■



Foto: Michael Werner/Nicke/pixelio.de

Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

Entlastung der Industrie lässt Strompreise explodieren

Die Kosten für die von der Bundesregierung ausgeweitete Befreiung energieintensiver Unternehmen von der EEG-Umlage erhöhen sich von 2,7 Mrd. Euro im Jahr 2012 auf fast 5 Mrd. im Jahr 2013 und können über die von der Industrie eingesparten Stromkosten 2014 schon deutlich über die 7-Mrd.-Euro-Marke steigen. Das wäre der Fall, wenn die bei der zuständigen Bundesanstalt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) beantragten Befreiungen von der Umlage alle genehmigt würden. Nach einer umfangreichen Analyse der Deutschen Umwelthilfe zur laufenden Strompreisdiskussion wären 2014 bei einer nationalen Bruttostromerzeugung von insgesamt etwa 600 TWh dann schon 120 TWh privilegiert. Im Gegensatz zu den Strompreisen der privaten Verbraucher sind die Stromkosten der Wirtschaft gleich geblieben oder gesunken, während sie in den meisten EU-Staaten anstiegen. Mit anderen Worten: Deutschland schafft sich also durch Umwelt- und Sozialdumping Wettbewerbsvorteile innerhalb der EU.

» www.duh.de → News → „Deutsche Umwelthilfe: Kosten für Entlastung ...“



Atom- und Kohlekraftwerke erhalten höhere Subventionen

Konventionelle Energien werden in Deutschland doppelt so hoch subventioniert wie Erneuerbare. Das ist das Ergebnis einer Berechnung, die das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) im Auftrag von Greenpeace Energy durchgeführt hat. Während die Erneuerbaren Energien im Jahr 2012 sichtbar über die EEG-Umlage mit rund 17 Mrd. Euro gefördert wurden, haben die konventionellen Energien versteckte Kosten in Höhe von 40 Mrd. Euro verursacht. Die versteckten Kosten der konventionellen Energien setzen sich aus staatlichen Förderungen wie Finanzhilfen und Steuervergünstigungen sowie den externen Kosten der einzelnen Energieträger wie Klimaschäden oder Folgekosten eines nuklearen Unfalls zusammen. Diese Kosten tragen nicht die Verursacher, sondern sie werden von Verbrauchern unter anderem



über Steuern und Abgaben gezahlt. Während sich die versteckten Kosten der Braunkohle auf 13,9 Mrd. Euro belaufen, sind es bei Steinkohle 12,4 Mrd. Euro und bei Atomenergie 11 Mrd. Euro. Erdgas kommt auf 3 Mrd. Euro. Würde man diese Zusatzkosten aufsummieren und in Form einer „Konventionelle-Energien-Umlage“ transparent machen, ergäbe sich ein Wert von 10,2 Cent pro Kilowattstunde – fast doppelt so hoch wie die aktuelle EEG-Umlage.

» www.foes.de → Aktuelles → 19.08.2013 „Hohe Zusatzkosten ...“

Großbritannien und EU setzen sich für Monsanto ein

Der Gentechnik-Konzern Monsanto, die britische Regierung, die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA und die EU-Kommission wollen sich vor Gericht verbünden, um zu verhindern, dass die risikobehaftete Soja-Bohne „Intacta“ vom Markt genommen werden muss. Im März 2013 hatte eine Gruppe von Nichtregierungsorganisationen vor dem Gerichtshof der Europäischen Union gegen die EU-Zulassung der gentechnisch veränderten Soja geklagt (T-177/13-5). Ähnlich wie der umstrittene Mais „SmartStax“ produziert die Soja ein Insektengift und ist zusätzlich unempfindlich gegenüber dem Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat. Sie wurde 2012 für die Verwendung in Futter- und Lebensmitteln in der EU zugelassen. Die Klage wurde vom europäischen Netzwerk unabhängiger kritischer WissenschaftlerInnen ENSSER (European Network of Scientists for Social and Environmental Responsibility), Sambucus und Testbiotech eingereicht. Die Manfred-Hermesen-Stiftung, die Zukunftsstiftung Landwirtschaft, die Gesellschaft für ökologische Forschung und die Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft (AbL) unterstützen sie.

» www.testbiotech.org → 25.09.2013 „Gentechnik-Soja vor EU-Gericht ...“



Greenpeace fordert höhere Mehrwertsteuer auf Fleisch

Da die Produktion von Fleisch zu massiven Schäden an Klima und Umwelt führt, fordert Greenpeace, den Mehrwertsteuersatz darauf von 7 auf 19% zu erhöhen, um den Fleischverbrauch zu senken. Die Verbraucher zahlen dann etwa pro Jahr 25 Euro mehr für Fleisch und



Wurst – und der Staat hätte zusätzliche Steuereinnahmen in Höhe von 2 Mrd. Euro. Zusätzlich fordert Greenpeace eine Stickstoff-Überschusssteuer, Zölle auf Import-Soja und eine Fettsteuer.

» www.greenpeace.de → Nachrichten → 02.06.2013
„Schluss mit der ...“

EU-Abgasnorm: Merkel kämpft gegen besseren Klimaschutz

Die Festlegung neuer CO₂-Werte bei Autoabgasen entwickelt sich zu einem zähen Poker zwischen der deutschen und der französischen Regierung. Wenn Neuwagen – wie eigentlich schon vereinbart – ab 2020 nur noch 95 g CO₂/km ausstoßen dürfen, geraten schwere Limousinen, wie sie BMW, Daimler und Audi herstellen, in große Schwierigkeiten. Schon am 24. Juni 2013 sollte das Gesetz offiziell beschlossen werden, doch Bundeskanzlerin Angela Merkel erreichte mit ein paar Telefonaten, dass es in letzter Sekunde von der Tagesordnung zurückgezogen wurde. Merkel hatte sich Zeit verschafft, um über eine Allianz mit Frankreich die Grenzwerte zum Vorteil von BMW, Daimler und Audi aufzuweichen. Doch das klappt nicht so einfach wie erhofft. Der französische Industrieminister Arnaud Montebourg machte öffentlich deutlich, was er von der deutschen Regierung für ein Entgegenkommen erwartet: einen gesetzlichen Mindestlohn. Dass es diesen nicht gebe, schade Frankreich, sagte er in mehreren Interviews, weil die französische Wirtschaft durch

deutsches Lohndumping einer unfairen Konkurrenz ausgesetzt ist.

» www.sueddeutsche.de → Suche: Vorsprung durch Kanzlerin / Wie ein Bulldozer gegen Klimaziele

Abgeordnete verdienen 32 Mio. Euro nebenher

Knapp ein Drittel aller Bundestagsabgeordneten hat hohe Nebeneinkünfte. Zu diesem Schluss kommt die im August 2013 von der Otto-Brenner-Stiftung veröffentlichte Studie „Die sechste Fraktion – Nebenverdiener im Deutschen Bundestag“. Dabei geht es aber meist nicht um kleine Summen, sondern um durchschnittlich 170.000 Euro pro betroffenem Abgeordneten. Insgesamt verdienen 188 Abgeordnete in der letzten Legislaturperiode geschätzt 32 Mio. Euro neben ihrer steuerfinanzierten Abgeordnetendiät von derzeit 8.252 Euro pro Monat und einer steuerfreien Kostenpauschale von monatlich 4.029 Euro. Das Problem der Studie: Alle Angaben sind Schätzwerte, denn bis heute müssen unsere „Volksvertreter“ die genaue Summe nicht veröffentlichen. Der Korruption ist damit Tür und Tor geöffnet.

» www.otto-brenner-shop.de → OBS-Arbeitspapiere → Nr. 11: „Die sechste Fraktion“

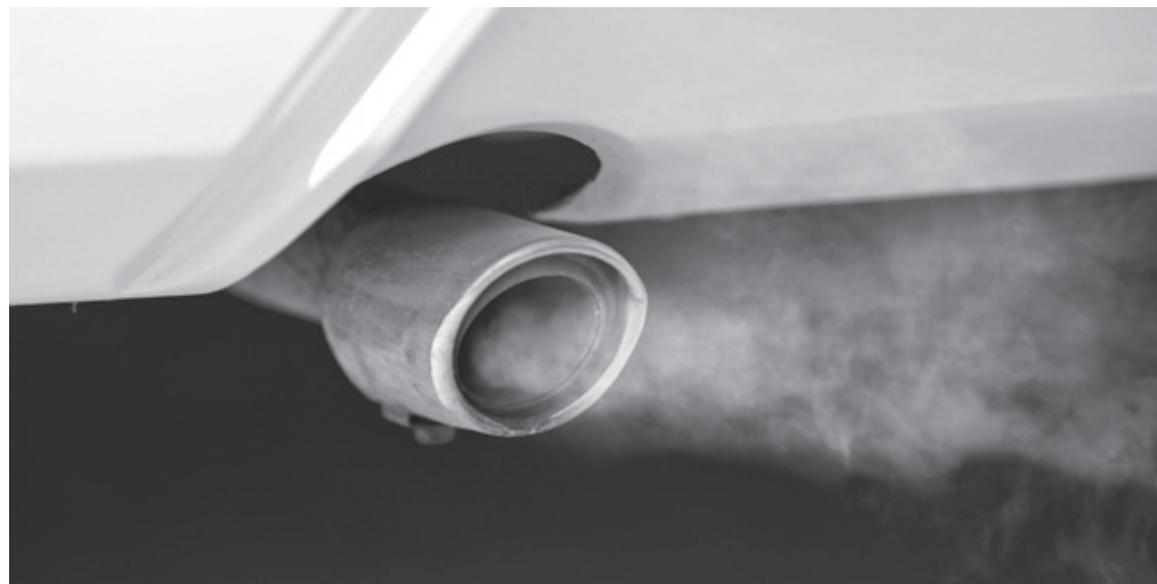


Foto: INSAGO/shutterstock.com

Bücher

Kommunalpolitik

Dieter Hoffmann-Axthelm Flächenkosten & kommunale Finanzautonomie

Für eine Theorie
der Stadtwirtschaft
Rohn, 2010
162 Seiten, 19,00 Euro
978-3-939486-46-6



Selbstverwaltung und kommunale Finanzautonomie, Stadtwirtschaft und direkte Demokratie – das sind die Themen, mit denen sich der Autor in diesem Buch befasst. Er erläutert, wie Städte und Gemeinden eine Finanzgrundlage erhalten könnten, die vom Auf und Ab der Konjunktur sowie von den Verteilungskämpfen zwischen Bund und Ländern unabhängig ist. Ihr großes Plus: Sie verfügen über ein eigenes, nur ihnen gehöriges Wirtschaftsgut – urbanisierte Fläche. Hier sollte ein sachgemäßes System der Gemeindefinanzen ansetzen. Hoffmann-Axthelm – gelernter Historiker und einer der bedeutendsten Stadt- und Architekturtheoretiker der letzten Jahrzehnte – entwirft das Modell einer einfachen flächenbezogenen Stadtsteuer. Auf dieser Grundlage wird die Wiederherstellung echter Selbstverwaltung möglich, wie umgekehrt deren Wiederherstellung die Voraussetzung für das Funktionieren einer autonomen Gemeindefinanzierung ist. (gh)

Energiapolitik

Matthias Willenbacher Mein unmoralisches Angebot an die Kanzlerin

Denn die Energiewende
darf nicht scheitern!
Herder, Juni 2013
154 Seiten, 9,99 Euro
978-3-451-30926-7



Der Mitgründer des Unternehmens Juwi, das im Bereich der Energieerzeugung aus Wind- und Sonnenkraft Pio-

niararbeit geleistet hat, erzählt zunächst dessen Geschichte und die Widerstände, die es zu überwinden galt und gilt. Willenbacher kämpft für eine dezentrale Energieversorgung. Er überrascht mit seiner Aussage, dass für die optimale Nutzung der Windenergie nur 25.000 Anlagen notwendig seien, denn bisherige Prognosen gingen von 40.000 aus. Er geht auch davon aus, dass die Energiewende sehr viel schneller durchführbar ist als bisher gedacht, und breitet seinen Masterplan dafür aus. Anhand praktischer Schritte erläutert er, wie er sich die Zukunft des Industriestandorts Deutschland vorstellt. Er will nicht den technologischen Fortschritt verhindern, sondern den technologischen Vorsprung, den unser Land auf dem Gebiet der Erneuerbaren Energien hat, intelligent nutzen. Sein Motto: Jetzt handeln, um in der Zukunft handlungsfähig zu sein! Ein lesenswertes und streitbares Buch eines Insiders, der sich seine Kenntnisse in zwei Jahrzehnten praktischer Beschäftigung mit Wind- und Sonnenenergie erworben hat. (wk)

Sozialpolitik

Jürgen Borchert Sozialstaats-Dämmerung

Riemann, August 2013
248 Seiten, 12,99 Euro
978-3-570-50160-3



Gleich eingangs geißelt der Autor – ein ehemaliger Richter – den „semantischen Betrug“, indem Begriffe wie „Versicherung“ und „Generationenvertrag“ ein solides Sozialsystem vorgaukeln, während es sich tatsächlich um ein brutales Umverteilungssystem von Arm zu Reich handelt, das durch „Transferausbeutung der Familien“ gekennzeichnet ist und „auf breiter Front“ das Grundgesetz verletzt. Der „degenerierte Sozialstaat“ produziert Armut, indem er Schwache und Familien mit Steuern und Sozialabgaben überfordert, Reiche aber schont. Treibende Kraft in diesem System ist die Wirtschaftslobby, die Sozial- und Familienpolitik nur nach wirtschafts-

ternen Kriterien beurteilt. Danach, was für Kinder gut ist, wird nicht mehr gefragt. All das hat zu „doppelter Kinderarmut“ geführt. Seit 1965 halbierte sich die Zahl der Kinder und versechzehnfachte sich der Anteil der auf staatliche Hilfe angewiesenen Kinder. Eltern werden unter ökonomischen Druck gesetzt, was die Vernachlässigung der Kinder fördert und deren Bildungschancen mindert. Borcherts Fazit: „Ausgerechnet hinter der ehrwürdigen Fassade unserer ‚Sozialsysteme‘ findet eine Umverteilung von unten nach oben, von Jung zu Alt und von Familien zu Kinderlosen statt, die auf breiter Front Armut und Unterversorgung hervorruft und insbesondere für die doppelte Kinderarmut ursächlich ist.“ Sein Lösungskonzept: Die Sozialabgaben sollten sich in einem einheitlichen System für alle Bürger an deren Leistungsfähigkeit orientieren, wie das beim Steuerrecht der Fall ist – ähnlich dem Rentensystem in der Schweiz. Ziel sollte es sein, Familien in die Lage zu versetzen, ihre Kinder aus dem selbst erwirtschafteten Einkommen zu unterhalten, statt sie zu Almosenempfängern zu machen. Das Buch ist ein wichtiger Beitrag zur Analyse unseres Sozialsystems. Der Lösungsansatz ist jedoch noch nicht der Weisheit letzter Schluss. (jr)

Finanzpolitik

Mark Schieritz
Die Inflationslüge
 Wie uns die Angst ums Geld ruiniert und wer daran verdient
 Knauer, Mai 2013
 144 Seiten, 7,00 Euro
 978-3-426-78633-8



Die Angst vor Inflation ist in Deutschland stark ausgeprägt, jedoch ziemlich irrational. Ein Verständnis in die Mechanismen von Geldmenge oder Umlaufgeschwindigkeit ist zudem kaum vorhanden. Das Thema wird fast ausschließlich emotionsgeladen und unsachlich diskutiert, behauptet Schieritz, wirtschaftspolitischer Korrespondent der „Zeit“ in Berlin. Eine nüchterne Auseinandersetzung findet praktisch nicht statt. Die will er mit diesem Buch liefern. Er legt dar, dass eine stark ausgeweitete Geldmenge nicht zu einem Inflationsgau führen muss. Die Irrationalität der öffentlichen Debatte anzuprangern, genügt Schieritz jedoch nicht, vielmehr zeigt er, wer ein finanzielles Inte-

resse daran hat, dass die Angst vor einer übermäßigen Inflation immer wieder den Verstand vernebelt. Eine fundierte Analyse in einer auch für Laien verständlichen Sprache. (gh)

Manipulation

Gerd Bosbach,
 Jens Jürgen Korff
Lügen mit Zahlen
 Wie wir mit Statistiken manipuliert werden
 Heyne, August 2012
 320 Seiten, 8,99 Euro
 978-3-453-60248-9



Mit der Wahrheit lässt sich sehr gut lügen. Statistiken und Grafiken erwecken zwar den Eindruck von Objektivität und Exaktheit, oft lassen sie aber großen Interpretationsspielraum und oft lässt sich mit ihnen auch das Gegenteil vom Behaupteten beweisen. Die beiden Autoren – Bosbach ist Hochschuldozent für Statistik, Korff ist Werbetexter – zeigen anhand zahlreicher abstruser Beispiele auf, wie wir ständig belogen und manipuliert werden. Ein unterhaltsames Buch voller Aha-Erlebnisse und hohem Nutzwert. Neben der Erläuterung typischer Manipulationsmethoden und Darstellungstricks liefert es gleich Checklisten für den kritischen Umgang mit Statistiken und Übungsaufgaben mit, um das Beschriebene zu verinnerlichen. (gh)

Demokratie

Karl Albrecht Schachtschneider
Die Souveränität Deutschlands
 Souverän ist, wer frei ist
 Kopp, Oktober 2012
 373 Seiten, 19,95 Euro
 978-3-86445-043-3



Schon das Vorwort schockiert: „Der republikanische Souveränitätsbegriff ist nicht geklärt und nicht einmal hinreichend erörtert.“ Wie vor 1918 „konzipiert die deutsche Staatsrechtslehre Souveränität als Herrschaft des Staates, den sie von der Ge-

sellschaft trennt. Sie behandelt die Bürger als Untertanen.“ Zum Grundgesetz: „Der Anspruch auf freie und gleiche Teilhabe an der öffentlichen Gewalt ist in der Würde des Menschen (Art. 11 GG) verankert.“ Und Art. 20.2 GG enthält das unabänderbare demokratische Fundamentalprinzip: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, ausgeübt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe“ – letztere „an Gesetz und Recht gebunden“ (Art. 20.3 GG). Schachtschneider: „Dieses Rechtsprinzip wird systematisch gebrochen. Die Bürger sind entmachtet. Die Souveränität ist ihnen genommen. Verantwortung dafür trägt das Bundesverfassungsgericht, das den Schutz der Freiheit des Volkes ablehnt, gar von Parlamentsherrschaft und supranationaler Herrschaftsmacht spricht.“ Doch „der Wortlaut des Grundgesetzes ist richtig, nicht die herrschaftliche Dogmatik“ – die Eltern des Grundgesetzes wussten, dass Machtpolitiker die Verfassung brechen wollen. Weckt dieses Buch die Bürger auf? (dk)

Ernährung

Hans-Ulrich Grimm
Chemie im Essen
 Lebensmittel-Zusatzstoffe –
 Wie sie wirken, warum sie schaden
 Knauer, August 2013
 336 Seiten, 9,99 Euro
 978-3-426-78561-4



Der Autor besuchte am Bodensee eine junge Frau kurz vor ihrer Herzoperation. Krankheitsursache: Verkalkung aufgrund von Phosphaten. Die junge Frau hatte gern Fertig-Cappuccino aus dem Lidl-Supermarkt getrunken. Phosphate machen krank: Sie stecken schon in der Babymilch von Hipp, in der Wurst vom Metzger, im Schinken von Herta, in Coca-Cola, im Brötchen von McDonald's und in der Currywurst der Deutschen Bahn. Sie sind allgegenwärtig, genauso wie viele andere ganz legale Lebensmittelzusätze – und ein unterschätztes Gesundheitsrisiko. Grimm erläutert, wie Lebensmittel-Zusatzstoffe wirken und warum sie schaden, listet ungesunde E-Nummern von Lebensmitteln auf und benennt die Krankheiten, bei denen diese Zusatzstoffe eine Rolle spielen können. Das Buch enthält zudem ein Lexikon der Lebensmittelzusatzstoffe. (gh)

BITTE PROTESTIEREN! von Edgar Guhde

Auf Mauritius: Affenzucht, Wildfang, Tierversuche!

Dokumentiert sind entsetzliche Umstände beim Wildfang und bei der Affenzucht auf Mauritius in dem Film „Das Leid der Affen“. Er steht auf der Internetplattform www.aerzte-gegen-tierversuche.de. Der zuständige Minister für die Agrarindustrie, S. V. Faugoo, kündigte die Legalisierung von Tierversuchen mit Affen an, was dramatische Folgen hätte. Deshalb ist es dringend notwendig, den internationalen Druck auf die Regierung zu erhöhen, da Mauritius vom Tourismus als größter Einkommensquelle abhängig ist. Bitte schreiben Sie Protestbriefe an die Botschafterin der Regierung Mauritius und an das Reisebüro Stroheck:



Foto: Benshot/fotolia.com

Mauritius ist ein wunderschönes Urlaubsland. Nun habe ich erfahren, dass dort Makaken für Tierversuche sowohl gezüchtet als auch aus Wildbeständen gefangen werden. Darüber hinaus soll ein Gesetz erlassen werden, das künftig die Durchführung von Tierversuchen in Mauritius selbst ermöglichen soll. Darüber bin ich entsetzt. Ich könnte keinen Urlaub in einem Land verbringen, in dem Tiere schrecklich gequält werden. Ich bitte Sie dringend, sich bei der Regierung dafür einzusetzen, dass dieses Vorhaben nicht verwirklicht wird.

Anschriften:

Botschafterin der Republik Mauritius, Frau Sarojini Seeneevassen-Frers, Kurfürstenstr. 84, 10787 Berlin, Fax 030/26558323, berlin@mauritius-embassy.de

Stroheck-Reisen, Herrn Martin Stroheck, Laustraße 88, 70597 Stuttgart, Fax 07 11/ 48 77 68, info@stroheckreisen.de

Petition unterschreiben:

https://secure.avaaz.org/en/petition/Say_No_to_Animal_Experiments_in_Mauritius

Tipps eines Mandatsträgers

Kommunalpolitik – die Keimzelle der ÖDP-Politik

Auf kommunaler Ebene ist die Distanz zwischen Bürgern und Politik deutlich geringer als auf der Landes- und Bundesebene. Man kennt sich. Darin liegt ihr besonderer Reiz. Und hier ist die ÖDP schon seit Langem stark und hat zahlreiche Mandate errungen. Kandidaten sollten sich aber vorher klar sein, was ein Mandat innezuhaben bedeutet.

von Walter Konrad

Es gibt ein Thema, dass in der ÖDP mit einer gewissen Regelmäßigkeit immer wieder kontrovers diskutiert wird: Muss die Partei auch bei Landes- und Bundestagswahlen antreten oder ist nicht die Kommunalpolitik das originäre Terrain der ÖDP? Die Tatsache, dass die ÖDP bisher in keinem Landtag und auch nicht im Bundestag vertreten ist, scheint diese Frage schon eindeutig zu beantworten, aber so einfach sollte man es sich nicht machen. Denn es gibt gute Gründe, das eine mit Schwerpunkt zu tun und das andere nicht zu lassen. Ich will aber eines jetzt schon betonen: Ich bin mit Leib und Seele Kommunalpolitiker!

Viel Zeit, Enthusiasmus und ein langer Atem

Sich in der Kommunalpolitik zu engagieren, braucht einige Voraussetzungen, die unverzichtbar sind. Zunächst muss man eine ganze Menge freier Zeit haben. Denn mit der Wahl ins Amt bleibt es nämlich nicht bei den Sitzungen des Gremiums – des Stadtrats, Gemeinderats oder Ortsbeirats –, in das man gewählt wurde, sondern es kommen noch Sitzungen von Ausschüssen und manchen Arbeitsgruppen auf

der Ebene der Kommune, aber auch auf der Orts- und oft noch Landesebene der ÖDP hinzu. Ohne wohlwollende Unterstützung durch die Ehepartner geht da meist nichts.

Es braucht eine Menge an Enthusiasmus und den sogenannten „langen Atem“. Die Menschen davon zu überzeugen, der ÖDP zu vertrauen, dauert oft sehr lange. Hier in Mainz brauchte es gut 20

Verwaltung klären lassen. Manches mündet direkt in Aktivitäten vor Ort und landet als Anfrage oder Antrag in den Sitzungen von Ortsbeiräten oder dem Stadtrat. Die Menschen erfahren so, dass ihre Anregungen ernst genommen werden. Sie spüren, dass „die da oben“ eben nicht immer machen können, was sie wollen, sondern politisches Handeln auch konkretes Handeln

Kommunalpolitisch tätig zu sein bedeutet, mit den Menschen und ihren Sorgen und Nöten direkt konfrontiert zu werden.

Jahre, bis die ÖDP 2004 den Sprung in den Stadtrat feiern konnte. Nun haben wir uns als lokale Größe verankert und hören an den Infoständen immer öfter, die ÖDP sei inzwischen die einzige verlässliche Opposition im Stadtrat.

Direkter Kontakt zu den Menschen vor Ort

Kommunalpolitisch tätig zu sein bedeutet, mit den Menschen und ihren Sorgen und Nöten direkt konfrontiert zu werden. Oft sind es Dinge, die sich durch ein Telefonat bei den zuständigen Beamten der

im Sinne der Bürgerinnen und Bürger sein kann.

Kommunalpolitisch tätig zu sein heißt auch, solidarisches Handeln zu lernen, und zwar nach zwei Seiten. Zunächst Solidarität gegenüber den gewachsenen und gemeinsam vereinbarten Zielen der Parteigremien. Kommunalpolitiker sollten also nicht selbstverliebte „Dribbelkünstler“ sein, sondern Mannschaftsspieler. Nicht die persönliche Profilierung sollte im Vordergrund stehen, sondern der gemeinsame Erfolg als Summe der Fähigkeiten, die jeder Einzelne beitragen kann.

Sicherlich lebt auch die ÖDP auf kommunalpolitischer Ebene von kantigen „Typen“, die mit ungewöhnlichen Aktionen „Leben in die Bude bringen“. Aber es sollte nie so weit gehen, dass das gemeinsame Ganze aus dem Blick gerät.

Kommunalpolitisch tätig zu sein bedeutet desweiteren, auf Menschen vorurteilsfrei zugehen zu können. Denn in der Mehrzahl der Fälle ist es nicht so, dass die Menschen von selbst kommen. Durch Gespräche an Infoständen, bei Begegnungen in Vereinen, Kirchengemeinden oder beim Verteilen von Infomaterial ergeben sich oft Ideen, die es innerhalb der Partei noch nicht gegeben hat. Diese neuen Ele-

mente in politisches Handeln zu verwandeln, ist für mich eine der spannendsten Erfahrungen meines bisherigen politischen Wirkens.

Berührungen mit Landes- und Bundespolitik

Kommunalpolitisch tätig zu sein, schafft automatisch auch Berührungspunkte zu landes- und bundespolitischen Themen. Die Denkepyramide führt also von unten nach oben und bildet somit auch das Prinzip der repräsentativen De-

mokratie symbolhaft ab. Wohl und Wehe der durch die Politik vertretenen Menschen gibt der Politik die Leitlinien vor. Dies zu erfahren, und sich dann auch noch daran zu erinnern, wenn man über den Rahmen der Kommunalpolitik hinaus tätig wird, halte ich für die wichtigste Lehre aus der kommunalpolitischen Arbeit.

Aufgrund meiner bisherigen Erfahrungen aus 14 Jahren kommunalpolitischer Arbeit kann ich nur allen Menschen Mut machen, sich

Kommunalpolitisch tätig zu sein bedeutet Solidarität gegenüber den gemeinsam vereinbarten Zielen der Parteigremien.

in ihrer Kommune zu engagieren. Ich habe viele Personen kennengelernt, denen ich ohne das politische Engagement nie begegnet wäre. Ich habe in Bereiche unserer Gesellschaft Einblicke nehmen können, die mir sonst vermutlich verschlossen geblieben wären. Und ich habe, last but not least, das Gefühl, nicht nur an die Gesellschaft Forderungen zu stellen, sondern einen eigenen Beitrag dazu zu leisten, die Gesellschaft positiv zu verändern. ■



Walter Konrad, Jahrgang 1955, ist Verwaltungsbetriebswirt und Evangelischer Pfarrer im Entsendungsdienst. Seit 1999 ist er Ortsbeirat in Mainz-Hartenberg/Münchfeld, seit 2008 Kommunalpolitischer Referent beim Bundesverband der ÖDP und seit 2012 Mitglied im Mainzer Stadtrat.



walter.konrad@oedp.de

Erfahrungen eines ÖDP-Bürgermeisters

„Ich kann mir keine reizvollere Arbeit vorstellen!“

Wer es schafft, mit 36 Jahren als Stellvertretender Vorsitzender der ÖDP München mit 40,9 % aller Stimmen die Bürgermeisterwahl einer baden-württembergischen Kleinstadt zu gewinnen, kann seiner Partei sicher einige Tipps für Kommunalwahlkämpfe geben – und hat nach vier Jahren Amtszeit auch einiges zu erzählen.

Interview mit Markus Hollemann

ÖkologiePolitik: Herr Hollemann, wie haben Sie es geschafft, als Unbekannter aus München zum Bürgermeister der baden-württembergischen Stadt Denzlingen gewählt zu werden?

Markus Hollemann: Wichtig ist ein professionell organisierter

rung aus vielen Wahlkämpfen für die ÖDP war sicherlich die Basis für meinen Erfolg in Denzlingen. Nicht vergessen dürfen wir, dass ich 2008 gegen Christian Ude als OB-Kandidat in München angetreten bin und bereits dort in Podiumsdiskussionen oder Radiosendungen politisch



Markus Hollemann, Jahrgang 1972, studierte Betriebswirtschaft und war anschließend als Projektentwickler und Geschäftsführer im Erneuerbaren-Energien-Bereich tätig. In die ÖDP war er schon 1989 eingetreten, hatte diverse Funktionen inne und war zuletzt Stellvertretender ÖDP-Vorsitzender in München. Am 19. Juli 2009 gewann er die Bürgermeisterwahl der baden-württembergischen Stadt Denzlingen und trat dieses Amt am 1. September 2009 an.

www.markus-hollemann.de

„Der Wille zum Erfolg, der Wille, Bürgermeister zu werden, muss rüberkommen.“

Wahlkampf, um schnell einen hohen Bekanntheitsgrad zu erreichen. Neben klassischen Werbemitteln – Flugblättern, Plakaten – sind natürlich Internetauftritt und kontinuierliche Nutzung der sozialen Medien heutzutage genauso entscheidend wie Infostände, Gespräche auf den Wochenmärkten oder Besuche bei Vereinen und Gewerbebetrieben. Der Wille zum Erfolg, der Wille, Bürgermeister zu werden, muss rüberkommen. Klare politische Grundüberzeugungen und Authentizität sind meiner Meinung nach allerdings wichtiger als Programme und Versprechungen. Die Erfah-

bestehen musste. Schließlich musste ich mich in Denzlingen gegen fünf weitere Bewerber durchsetzen. Das habe ich in der „Verlängerung“ im zweiten Wahlgang, obwohl ich nach dem ersten Urnengang noch 12 Prozentpunkte – 37,5 % zu 25,6 % – hin-

„Klare politische Grundüberzeugungen und Authentizität sind wichtiger als Programme und Versprechungen.“

ter dem Führenden, dem ortsansässigen Kämmerer der Gemeinde, lag, auch geschafft. Ein Erfolg den ich

meinen Wählerinnen und Wählern und vielen Unterstützern zu verdanken habe. In Dankbarkeit und

dem Wählerauftrag verpflichtet, bin ich seitdem im Rathaus, innerhalb und außerhalb Denzlingens, für die Gemeinde und für alle Bürgerinnen und Bürger des Ortes im Einsatz.

In Denzlingen gab es keinen ÖDP-Ortsverband und auch keinen

Kandidaten Parteimitglieder, doch jedem EU-Bürger steht es offen, sich für das Bürgermeisteramt zu bewerben. So war eine Kandidatur von mir als Münchner möglich. Die Aufstellung zum Kandidaten erfolgt nicht durch eine Partei, son-

der durch die schriftliche Bewerbung des Kandidaten. Natürlich ist die Unterstützung von Parteien hilfreich. Doch um die Mehrheit der Wähler zu gewinnen, brauchen Kandidaten Stimmen aus allen politischen Lagern, von den Jungen und den Senioren, den Singles, Alleiner-

geworben. Gibt es heute eine ÖDP in Denzlingen?

Heute gibt es einen ÖDP-Kreisverband und eine ÖDP-Ortsgruppe. Die ÖDP plant zur Gemeinderatswahl und Kreistagswahl nächstes Jahr anzutreten. Bei der Landtagswahl 2011 konnten wir im Landkreis unsere Stimmenanzahl von 174 (0,3 %) im Jahr 2006 auf 1.158 (1,5 %) enorm steigern. Das ÖDP-Landesergebnis war übrigens 0,9 %. Um zurück auf die Frage der Parteimitgliedschaft zu kommen:

„Die Erfahrung aus vielen Wahlkämpfen für die ÖDP war sicherlich die Basis für meinen Erfolg in Denzlingen.“

ÖDP-Kreisverband. War Ihre Parteimitgliedschaft überhaupt ein Thema bei der Wahl? Wie haben sich die politischen Parteien im Bürgermeisterwahlkampf positioniert?

In Baden-Württemberg ist die überwiegende Mehrheit der Bürgermeister von „außen“, d.h. die Kandidaten kommen zumeist nicht aus der Kommune, in der sie kandidieren. Das ist hier völlig normal und durchaus sinnvoll, denn damit wird versucht, eine „Spezialwirtschaft“ auszuschließen. Ein Blick von „außen“ ist wertvoll und gibt neue Impulse für die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Gruppierungen und im Rat. Zudem sind zwar viele

ziehenden und den Verheirateten, den Sporttreibenden und den weniger Sportlichen. Es traf sich gut, dass mich langjährige ÖDP-Mitglieder vor Ort von Beginn an unterstützt haben. Dafür war und bin ich sehr dankbar! Das Vertrauen in Personen, die seit Jahren unsere politischen Ziele mitverfolgen, ist natürlich größer als in neue Bekanntschaften. Ich habe übrigens keine „direkte“ Unterstützung durch andere Parteien/Wählervereinigungen bekommen. Selbstverständlich habe ich allen politischen Gruppierungen den Austausch angeboten. FDP und CDU haben abgelehnt, sich mit mir zu treffen. Freie Wähler,

„Nach dem Motto ‚Näher am Bürger!‘ sollten die Wähler die Präsenz des Kandidaten so oft wie möglich spüren.“

haben. Dafür war und bin ich sehr dankbar! Das Vertrauen in Personen, die seit Jahren unsere politischen Ziele mitverfolgen, ist natürlich größer als in neue Bekanntschaften. Ich habe übrigens keine „direkte“ Unterstützung durch andere Parteien/Wählervereinigungen bekommen. Selbstverständlich habe ich allen politischen Gruppierungen den Austausch angeboten. FDP und CDU haben abgelehnt, sich mit mir zu treffen. Freie Wähler,

In jeder Wahlveranstaltung und auf meiner Webseite habe ich auf meine ÖDP-Mitgliedschaft hingewiesen. Die Medien haben darüber berichtet. Im Internet konnte sich ohnehin jeder über meine jahrzehntelangen Parteiaktivitäten informieren. Ich denke, diese Transparenz hat mir eher geholfen. Es konnte jeder nachlesen, wofür ich mich einsetze und wofür mein Herz schlägt und wo ich politisch zu verorten bin.

Welche weiteren Ratschläge können Sie „Nachahmern“ geben?

Ein lokaler Unterstützerkreis muss mithelfen und Informationen über die aktuellen Themen, die gerade im Ort diskutiert werden, weitergeben und in intensivem Austausch mit dem Kandidaten stehen. Dies passiert zur Not auch nachts, denn



Denzlingen

Die Stadt Denzlingen liegt in Südbaden rund 10 km nördlich von Freiburg im Breisgau, fungiert als Unterzentrum und zählt rund 13.700 Einwohner. Im 2009 gewählten Gemeinderat besitzt die CDU 6 Sitze, die SPD, die FDP und die Grünen je 4 Sitze sowie die Freien Wähler und die Bürgeraktion Pro Storch je 2 Sitze. Bürgermeister ist Markus Hollemann, ÖDP. Im Zuge der Errichtung eines Rettungszentrums gründete sich 2010 eine Bürgerenergiegenossenschaft, um auf dem Gebäude eine große Photovoltaikanlage zu installieren.

- » www.denzlingen.de
- » www.buergerenergie-denzlingen.de



Fotos: www.denzlingen.de

Denzlingen entwickelte sich in der Nachkriegszeit vom Straßendorf zum Unterzentrum mit urbaner Infrastruktur.



Das Alte Rathaus wurde 1909 erbaut und 1998 grundlegend renoviert.



Das Rettungszentrum wurde im Dezember 2011 von der Freiwilligen Feuerwehr und dem Rotem Kreuz bezogen.

untertags ist Straßenwahlkampf angesagt. Nach dem Motto „Näher am Bürger!“ sollten die Wähler die

„Zwischen zehn und zwölf Uhr führte ich immer in einem anderen Straßenzug von Haustür zu Haustür Gespräche.“

Präsenz des Kandidaten so oft wie möglich und an unterschiedlichen Orten spüren. Beispielsweise habe ich täglich morgens einen anderen Kindergarten besucht und Müttern, Vätern, Omas und Opas mit einer Rose und einem Flugblatt „Guten Tag“ gewünscht. Zwischen zehn und zwölf Uhr führte ich immer in einem anderen Straßenzug von Haustür zu Haustür Gespräche mit den Wählern. Weiterer Tipp: Besuchen Sie während der Wahlkampfzeit alle öffentlichen Feste. Begrüßen Sie bei den Wahlveranstaltungen möglichst viele Personen per Handschlag. Merken Sie sich die Anliegen der Bürger. Bauen Sie Be-

ziehung zu den E-Mail-Schreibern auf. Ich habe nicht nur rasch geantwortet, sondern auch viele angeru-

fen, um einen persönlichen Kontakt aufzubauen. Informieren Sie sich gut über den Ort, die Region und die wichtigen Personen der Kommune. Kein schlechtes Wort über

andere Kandidaten. Bleiben Sie authentisch. Versprechen Sie nichts, dass Sie nicht 100-prozentig halten können. Ich könnte ein Buch über diesen und frühere Wahlkämpfe schreiben. Eins noch: Erfolg wer-

den Sie nur mit einem guten Team haben. Dazu gehört auch die Unterstützung der Familie.

Sie sind für acht Jahre gewählt, haben also nun Halbzeit Ihrer ersten Wahlperiode. Welches Fazit ziehen Sie?

Der Anfang in solch einem herausfordernden Amt war bei mir doppelt schwierig. Mein Vorgänger war beliebt und verstarb völlig unerwartet. Die Gemeinde war unter Schock. Der Gemeinderat war zerstritten. Die „Einführung“ in die Amtsgeschäfte war schwierig. An-

„Tipp: Besuchen Sie während der Wahlkampfzeit alle öffentlichen Feste. Begrüßen Sie möglichst viele Personen per Handschlag.“

der Spitze meiner rund 150 Kolleginnen und Kollegen führen drei leitende Beamte die Fachabteilungen. Mein Hauptamtsleiter wurde vier Monate nach meiner Wahl in der Nachbargemeinde zum Bürger-

meister gewählt und war quasi ab meinem Arbeitsbeginn in seinem Wahlkampf. Der Bauamtsleiter hatte im Frühjahr als Bürgermeister in einem anderen Ort erfolglos kandidiert und war weiter auf der Suche nach einer neuen Herausforderung. Meinen Kämmerer hatte ich vorher

„Merken Sie sich die Anliegen der Bürger. Bauen Sie Beziehung zu den E-Mail-Schreibern auf.“

bereits erwähnt. Meine Sekretärin fiel aufgrund der Belastung dieses turbulenten Jahres gesundheitsbedingt aus. Ich kann zu Recht sagen, mein Amt ist nur mit riesigem zeitlichen Einsatz und Vertrauen in die Arbeit der Kollegen im Rathaus zu leisten. Über die Qualität meiner Arbeit lasse ich andere urteilen.

Auf welche Erfolge sind Sie am meisten stolz?

Da gibt es einige Dinge, die wir in der Gemeinde in den letzten Jahren erreicht haben: den Bau einer ener-

gieoptimierten Zweifeld-Sporthalle, die Gründung von Gemeindewerken und die Rekommunalisierung von Strom- und Gasnetz, die Einführung und erstmalige Verleihung eines Bürgerpreises, die Gründung einer Bürgerenergiegenossenschaft, die Wahl zur „sport- und umwelt-

freundlichen Gemeinde Badens“, die Gründung einer Bürgerstiftung, den Aufbau von drei Ökostrom-Tankstellen, die Umstellung aller öffentlichen Liegenschaften auf Ökostrom, die Begründung einer Partnerschaft mit einer polnischen Stadt und vieles mehr. Gerne erinnere ich mich daran, wie ich unseren CDU-Bundestagsabgeordneten im Berliner Reichstag in einem T-Shirt mit dem Aufdruck „Atomkraft? Nein Danke“ besucht habe. Die Fotos hat die Presse bereitwillig

gedruckt. Dies war noch vor Fukushima. So gibt es doch immer wieder Möglichkeiten, sich für unsere ÖDP-Ziele öffentlich einzusetzen.

Wie regiert es sich denn in einem „ÖDP-freien“ Gemeinderat?

Gut, aber ich habe dort keine „Hausmacht“, sondern musste alle großen Entscheidungen mit unterschiedlichen Mehrheiten treffen. Ich setze mich für alle Beschlüsse im Vorfeld intensiv mit den einzelnen Fraktionen – sechs sind es insgesamt – auseinander. Dies gestaltet die Arbeit mit dem Gemeinderat natürlich noch zeitintensiver. Auch wenn die politischen Auseinandersetzungen oft hart sind, bereiten mir der Einsatz und die Gestaltungsmöglichkeiten für die Allgemeinheit und nachfolgende Generationen weiterhin viel Freude. Ich kann mir keine reizvollere Arbeit vorstellen.

Herr Hollemann, herzlichen Dank für das interessante Gespräch! Und viel Erfolg in Ihrer weiteren Amtszeit!

Gemeinwohl contra Gewinnstreben

Privatisierung – Scheinlösung und Verfassungsbruch

Als Reaktion auf die Verschuldung der Kommunen wird immer wieder eine „Gesundschimpfung“ vorgeschlagen: eine Entlastung von vielen ihrer Aufgaben durch Übertragung an private Unternehmen. Dies ist nicht nur aus rechtlicher Perspektive ein Problem, sondern vor allem in der Praxis. Denn Unternehmen wollen vor allem eins: Gewinne machen.

von Hermann Striedl

Seit den 1950er-Jahren wird darüber diskutiert, wie weit der Staat von Aufgaben entlastet werden kann, die er bisher übernommen hat. Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung heißen dabei die Schlagworte. Es geht um die Frage, welche Aufgaben der Staat nach unserem Grundgesetz selbst mit seinen Beamten ausführen muss, welche Aufgaben er an private Unternehmen übertragen kann und bei welchen bisher vom Staat übernommenen Aufgaben tatsächlich keine Notwendigkeit vorliegt, dass der Staat sie erfüllt. Schließlich geht es auch darum, wie weit der Staat auf die Regulierung des Gesellschaftslebens verzichten kann, ohne das Gemeinwohl zu vernachlässigen.

Vorweg ist zu bemerken, dass die verfassungs- und staatsrechtliche Untersuchung grundsätzlich dem Bürger keine Möglichkeit gibt, einen verfassungskonformen Staat und verfassungskonforme Kommunen durchzusetzen, da die Rechtsprechung eine direkte Betroffenheit eines Klägers verlangt. So können derartige Veröffentlichungen nur zu einer Aufklärung der Allgemeinheit dienen, die bei Wahlen oder bei Volksbegehren eingrei-

fen kann. Tatsächlich bestimmen eine politische Klasse und mächtige Parteien über Regierungen und Parlamente bzw. bei den Gemeinden die politische Verwaltung – Bürgermeister und Gemeinderatsmehrheiten – darüber, ob und inwieweit der Staat entmachtet wird.

Die entscheidenden Fragen lauten: Wie weit soll unsere Gesellschaft einer staatlichen Verwaltung, die an die Verfassung gebunden ist, unterworfen sein, wie es bis weit ins 20. Jahrhundert der Fall war? Und

soll es der politischen Klasse überlassen bleiben, zu entscheiden, ob gewinnorientierte Konzerne unsere Geschicke bestimmen? Es ist zu klären,

■ inwieweit unsere Verfassung es zulässt, dass private Unternehmen staatliche Aufgaben übernehmen (materielle Privatisierung);

■ inwieweit staatliche Aufgaben durch private Unternehmer erledigt werden können, wenn der Staat weiterhin uneingeschränkt die Verant-

wortung und die Gewährleistung hat (funktionelle Privatisierung);

■ welche Bedenken dagegen bestehen, dass der Staat zwar seine Zuständigkeit behält, die Leistung aber durch staatseigene juristische Personen des Privatrechts durchführt (formelle Privatisierung).

Wirtschaft – manchmal effizienter, aber nicht sozial

Hier ist kurz auf die Entwicklung des Staatsverständnisses und der staatlichen Aufgaben einzugehen:

Beim „Public Privat Partnership“ (PPP) kam es zu katastrophalen Verträgen, bei denen Korruption eine unglaubliche Rolle spielt.

Bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts war der Staat hauptsächlich hoheitsrechtlich bestimmt, er griff in die Rechte der Bürger ein. Ab der Mitte des 19. Jahrhunderts erweiterte sich der Aufgabenbereich des Staates. Das Zusammendrängen der Menschenmassen auf kleinem Raum und die Industrialisierung bedingten, dass der Staat die für ein Zusammenleben seiner Bürger erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen hatte (Leistungsverwaltung).

Kommunal entwickelte sich gleichzeitig, dass die Gemeinden als Teil des Staates im eigenen Wirkungskreis die Daseinsvorsorge übernahmen: die kommunale Versorgung mit Wasser und Ener-

Wirtschaftskonzerne. Der Liberalisierung, der Privatisierungs- und Deregulierungspolitik wurden in der Europäischen Union zunächst in der Herstellung des Binnenmarktes der Boden bereitet. Sie wurden

Beim „Cross Border Leasing“ (CBL) wurden die Gemeinden von dubiosen Firmen betrogen und nahezu ruiniert. Transparenz wird verhindert. Korruption und unsauberen Geschäften sind somit Tür und Tor geöffnet.

gie, bezahlbaren Wohnraum, Entsorgung, Erschließung usw. In der Folgezeit entwickelte sich der Staat zum Sozialstaat. Der Staat ist verpflichtet, allen seinen Bürgern ein menschenwürdiges Dasein zu gewährleisten (Grundgesetz Art. 20 Abs. 1 in Verb. mit Art. 1 Abs. 1).

Seit Mitte des 20. Jahrhunderts setzt sich mehr und mehr der marktradikale Neoliberalismus nach der Chicagoschule durch. Der Staat sei im Interesse der Privatisierung und der Deregulierung zurückzudrängen (Margaret Thatcher). Die Aufgabe des Staates sei darauf zu beschränken, dem Markt den freien Wettbewerb zu ermöglichen. Nur dort, wo die Leistungserbringung für die freie Wirtschaft unrentabel und dadurch untunlich sei, solle der Staat eingreifen. Der freie Markt, der Wettbewerb habe alles zu regulieren. Dieses Wirtschaftssystem sei effizient. Es habe nicht die Aufgabe, sozial zu sein (Hans-Werner Sinn).

Auffällig ist die Behauptung, dass durch die Privatisierung Staatsaufgaben auf die Gesellschaft übertragen werden. Dabei ist unsere Gesellschaft die Gemeinschaft aller in unserem Staat lebenden Bürger und keinesfalls nur die der

fortgesetzt im GATS (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, 1995), dem Dienstleistungsvertrag der Welthandelsorganisation (WTO), entwickelt unter dem Einfluss starker Wirtschaftsverbände der EU und der USA.

Komplizierte Vertragswerke knebeln Kommunen

Neoliberale Politik- und Wirtschaftswissenschaftler machten bei ihrem Bestreben, den Staat im Interesse der Wirtschaft zurückzudrängen, lange einen Unterschied zwischen der Eingriffsverwaltung, bei der der Staat hoheitlich handelt, und der Leistungsverwaltung. Es war – und so weit ersichtlich ist –

Für private Unternehmen steht immer die Gewinnerzielung und nicht das Gemeinwohl im Vordergrund.

in der ernst zu nehmenden Literatur unstrittig, dass der Staat bei der Ausübung hoheitlicher Aufgaben grundsätzlich durch Angehörige des öffentlichen Dienstes zu handeln hat.

Die Vorgehensweise der neoliberalen Wirtschaftsdeologie wird

BUCHTIPPS

Werner Rügemeier
„Heuschrecken“ im öffentlichen Raum
Public Private Partnership
Transcript, aktualisierte Neuauflage 2011
172 Seiten, 18,80 Euro
978-3-89942-851-3



Edition Le Monde
diplomatique No. 6
Ausverkauft.
Wie das Gemeinwohl zur Privatsache wird
Taz, 2009
112 Seiten, 8,50 Euro
978-3-937683-26-3



immer aggressiver und die Politik macht bei ihrer Umsetzung auch vor einer Missachtung des Grundgesetzes nicht halt. Dies gilt auf Schleichwegen auch für die wichtigsten hoheitlichen Aufgaben des Staates, so die Gewährleistung der inneren und der äußeren Sicherheit seiner Bürger, so das Polizeiwesen, die Gerichtsbarkeit, der Strafvollzug, die Verwaltungsstrukturen, das Finanzwesen, die Landesverteidigung und

insbesondere auch das Bildungswesen, in das die neoliberale Politik schon wesentlichen Einfluss genommen hat. All dies sind Staatsaufgaben, die nicht auf private Unternehmer übertragen werden können.

Soweit die Daseinsvorsorge betroffen ist, ist grundsätzlich gegen

eine formelle Privatisierung nichts einzuwenden. Solange beim Staat bzw. bei der Gemeinde die Zuständigkeit und die Verantwortung verbleiben, solange sie die volle Kontrolle über die tatsächliche Erfüllung dieser Aufgabe behalten, geht dies in Ordnung. Die Einschaltung des privaten Unternehmers erfolgt durch Vertrag, der intern die gegenseitigen Pflichten und Rechte festlegt.

In der Praxis ist es so, dass private Unternehmen nicht nur zur tatsächlichen Aufgabenerfüllung eingesetzt werden, sondern ihnen

Border Leasing“ (CBL). Die Gemeinden wurden von dubiosen Firmen betrogen und nahezu ruiniert.

Privatisieren bedeutet vor allem: Gewinne erzielen

Hier zeigen sich mehrere Probleme: Im Rahmen der neoliberalen Wirtschaftsdoktrin werden von den Gemeinden früher durch ihre Verwaltung erbrachte Leistungen in gemeindeeigene kommunale Unternehmen ausgelagert. Dies gilt in Gemeinden hauptsächlich für die Daseinsvorsorge. Hierdurch

*Es sind kaum Fälle bekannt,
dass Leistungen für die Bürger preisgünstiger
oder gar besser geworden sind.*

auch teilweise oder ganz die Zuständigkeit und die Verantwortung für die Erledigung der Verwaltungsaufgaben übertragen werden. Verfassungsrechtliche Vorgaben interessieren die politisch Verantwortlichen so gut wie nie.

Gerade in Gemeinden werden unter Berufung auf die leeren Kassen immer mehr Verträge mit privaten Unternehmern geschlossen, bei denen die Kommunen ganz oder teilweise auf ihre bis dahin wahrgenommene Aufgabe verzichten – sogenanntes „Public Privat Partnership“ (PPP). Gerade in diesem Zusammenhang kam es zu katastrophalen Verträgen, bei denen Korruption eine unglaubliche Rolle spielt und die viele Gemeinden an den Rand des Ruins bringen. Viele dieser Verträge, bei denen der Vertragstext über Tausende von Seiten von auf Privatisierung spezialisierten englischen und amerikanischen Anwälten erstellt werden, knebeln die Gemeinden. Am schlimmsten war dies beim sogenannten „Cross

wird nicht nur bewirkt, dass diese Unternehmen in erster Linie nach kaufmännischen und nicht nach verwaltungsrechtlichen Regeln handeln, sondern auch, dass nach den privatrechtlichen Vorschriften die Gemeinden versuchen, die Öffentlichkeit von den Entscheidungen auszuschließen. Transparenz, die Voraussetzung für das Funktionieren der Gesellschaft, wird dadurch verhindert. Korruption und unsaubere Geschäfte sind somit Tür und Tor geöffnet.

Zum angeblichen „Segen“ der Privatisierung ist zu sagen: Es sind kaum Fälle bekannt, dass Leistungen für die Bürger preisgünstiger oder gar besser geworden sind. (Die einzige Ausnahme ist wahrscheinlich die Post.) Dieses Ergebnis ist allerdings logisch, denn für private Unternehmen steht immer die Gewinnerzielung und nicht das Gemeinwohl im Vordergrund.

Auch die oft gehörte Behauptung, die Not des Staates bzw. der Gemeinden zwingt zum Verkauf

INTERNET-TIPPS

Attac Deutschland, AG Privatisierung
www.ppp-irrweg.de

Wiki „Kommunal ist optimal“
www.kommunal-ist-optimal.de

Transparency International
Deutschland
www.transparency.de →
Themen → Kommunen

Initiative „Gemeingut in Bürger-
Innenhand“
www.gemeingut.org

Initiative „Wasser ist ein Menschen-
recht“
www.right2water.eu/de

Initiative „Wasser in Bürgerhand“
www.wasser-in-buergerhand.de

Werner Rügemer
www.werner-ruegemer.de

staatlicher und kommunaler Unternehmen, ist ein Fehlschluss: Dass sich der Staat bzw. eine Gemeinde einer eigenen Einnahmequelle entledigt, führt sicher nicht zur Rettung aus einer finanziellen Notlage. Selbst wenn man den Erhalt eines Kaufpreises oder einer Konzessionsgebühr berücksichtigt, ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass das private Unternehmen nicht zahlen würde, wenn sich das Geschäft nicht rentieren würde. ■

Hermann Striedl,
Jahrgang 1938, ist
Jurist und war von
1967 bis 1969 Staats-
anwalt und von 1969
bis 2003 Richter am
Landgericht Regens-
burg. 2003 trat er in die ÖDP ein, war
von 2008 bis 2010 ihr Stellvertretender
Bundesvorsitzender. Außerdem ist er
Mitglied bei Mehr Demokratie e. V. und
Pax Christi.



h.striedl@gmx.de

Initiative „Leih Deiner Stadt Geld“

Bürger statt Banken

Die hessische Stadt Oestrich-Winkel beschrift im September 2012 bei der Finanzierung von Investitionen in die städtische Freiwillige Feuerwehr einen neuen Weg: Sie lieh sich das Geld nicht wie üblich bei einer Bank, sondern direkt bei der Bürgerschaft.

von Jamal El Mallouki

Einen immensen Investitionsrückstand, Höchststände bei Kassenkrediten und steigende Sozial- und Umbaukosten bescheinigt die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) den deutschen Kommunen in den kürzlich veröffentlichten Ergebnissen des Kommunalpanels 2012. In der Tat sehen sich die Gemeinden durch die gesellschaftlichen Veränderungen hierzulande großen Herausforderungen ausgesetzt, deren Bewältigung entsprechend große Investitionen bedarf.

Um die notwendigen Investitionen jedoch auch stemmen zu



Foto: Robert Kneschke/shutterstock.com

ihrer Einschätzung über die Höhe der Baukosten eines Kindergartens, haben Bürger in einer Umfrage diese rund zwei Drittel zu niedrig geschätzt. Diese Diskrepanz zwischen persönlicher Wahrnehmung und

*Von den Bürgern Geld zu leihen
statt wie üblich von einer Bank, senkte die
Zinskosten für das Projekt um rund 37 %.*

können, sind viele Kommunen gezwungen, die Abgabensätze für die Bürger zu erhöhen. Diese reagieren auf die erhöhten Belastungen oft mit einer Mischung aus Unverständnis, Frustration und Trotz. Der Grund hierfür liegt in einer starken Informationsasymmetrie, die dazu führt, dass die Bürger keine genauen Vorstellungen über die Ausgabenstruktur einer Gemeinde entwickeln können. Befragt nach

tatsächlichen Kosten fördert das Ungerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung bei dieser Art finanzpolitischer Entscheidungen.

Finanzierungsstruktur verbessern statt Abgaben erhöhen

Reicht also einfach mehr Transparenz in den Kämmereien, um die kommunalen Finanzierungssorgen aufzulösen? Sicher nicht. Doch be-

vor die politischen Gremien versuchen, durch Mehrbelastungen die Einnahmenseite der Verwaltung zu verbessern, lohnt zunächst ein Blick auf die Finanzierungsstruktur und -kosten der Haushalte. Denn dort befindet sich insbesondere im Bereich des zu leistenden Kapitaldienstes oft ein immenses Sparpotenzial, dessen Ausschöpfung die Bürgerinnen und Bürger auch vom Willen der Stadtführung, mit den zu Verfügung stehenden Mitteln effizient umzugehen, überzeugen kann.

Die hessische Stadt Oestrich-Winkel tat genau dies. Statt die Investitionen für die städtische Feuerwehr nur durch Mehrbelastungen für die Bürger zu finanzieren, lieh man sich hierfür direkt von ihnen Geld – statt wie üblich von einer Bank. Das mag zunächst kurios klingen, doch es half der Kämmerei, die Zinskosten bei diesem Projekt um rund 37 % zu senken. Übertra-

gen auf den aktuellen Schuldenstand der Stadt könnten so jährlich über 300.000 Euro eingespart werden – wohlgerne, ohne den Leistungskatalog der Gemeinde für die Bürgerinnen und Bürger einschränken zu müssen!

Bürger einer Stadt sind weit mehr als nur Gläubiger

Im Gegenzug erhalten die Bürger, die nunmehr als Gläubiger ihrer eigenen Stadt auftreten, eine Geldanlage, die als vergleichbar sicher wie

Bundeswertpapiere einzuordnen ist. Die Rendite lag für die Anlegerinnen und Anleger bei 0,76 % p.a., wollte man das Geld ähnlich sicher in Bundeswertpapiere anlegen, hätte man sich seinerzeit mit nur 0,50 % Rendite begnügen müssen.

Im Zuge umfangreicher Investitionsmaßnahmen im Rahmen der Energiewende ist der Bürgerkredit nicht nur als reine Finanzierungsalternative anzusehen. Er verleiht den kommunalen Unternehmen ein Alleinstellungsmerkmal, das sie aktiv

Die Bürger sind Gläubiger ihrer eigenen Stadt und erhalten eine Geldanlage, die sicher wie Bundeswertpapiere ist.

Den wirtschaftlichen Gewinn des Bürgerkredits teilten sich also die Stadt und ihre neuen Gläubiger.

Weitere positive Effekte einer solchen bürgernahen Finanzierung sind neben der Diversifizierung der Gläubigerstruktur und der Entlastung bestehender Finanzierungslinien der Kommune auch die Förderung der regionalen Wertschöpfung durch den Kapitalrückfluss an die Bürgerschaft. Zudem trug eine plakative Projektdarstellung (siehe www.LeihDeinerStadtGeld.de/Oestrich-Winkel), die neben Bildmaterial, technischen und wirtschaftlichen Informationen zu den Investitionsmaßnahmen auch den Haushalt und ein Stadtporträt beinhaltete, zu einer kompromisslosen Transparenz bei und stärkte das Vertrauen der Bürgerschaft zur Stadt.

So werden, wenn auch nur projektbezogen, informationelle Hürden zwischen Verwaltung und Bevölkerung merklich gesenkt und eine Integration der Bürgerschaft über den Status als Gläubiger hinaus begünstigt.

Bürgerkredite auch für kommunale Versorger

Auch immer mehr kommunale Versorger entdecken diesen bürgernahen Finanzierungsweg für sich.

von den Wettbewerbern am Markt unterscheidet. So lässt sich abseits vom Preiswettbewerb die Kundenloyalität steigern und die Akquise neuer Kunden erleichtern.

Ob sich der Bürgerkredit jedoch für jedes Vorhaben eignet, bleibt abzuwarten. An seine Grenzen stößt dieses Finanzierungsmodell dort, wo es nicht gelingt, die Menschen weder rational (über den Zins) noch emotional (über das Investitionsvorhaben) zur Kreditvergabe zu begeistern. Die Stadt Oestrich-Winkel zeigte das Potenzial auf, wie Handlungsspielräume für die Gemeinschaft durch eine moderne Form des Bürgerengagements gewonnen und Ausgaben für die Bürgerschaft nachvollziehbarer werden können. ■

Jamal El Mallouki, Jahrgang 1987, erlernte den Beruf des Industriekaufmanns und studierte dann Wirtschaftswissenschaften. Nach beruflichen Tätigkeiten bei einer IT-Unternehmensberatung und einer Marketing- und Strategieberatung gründete er 2011 die *LeihDeinerStadtGeld GmbH*, deren Geschäftsführer er seither ist.



www.leihdeinerstadtgeld.de



Landkreis Forchheim: Wollen wir die Schönheit solch intakter Kulturlandschaften für künftige Generationen bewahren, müssen wir den zügellosen Flächenfraß in Bayern endlich beenden.

Umweltproblem Flächenfraß

Bayerns Schönheit bewahren

Der Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrszwecke stellt neben dem Klimawandel derzeit das größte Umweltproblem in Bayern dar. Nach Angaben des Bayerischen Landesamtes für Statistik wurden 2012 pro Tag 170.000 m² meist landwirtschaftlich nutzbares Land verbaut. Das entspricht der Größe von 25 Fußballfeldern – täglich.

von Tom Konopka

Bayern ist Spitzenreiter im deutschen Flächenverbrauch. Seit 1960 hat sich seine Siedlungsfläche fast verdoppelt. Die damit einhergehenden Folgen wie geringere Grundwasserneubildung, Zunahme der Hochwasserspitzen, Verstärkung des Klimawandels wegen Zerstörung des CO₂-Speichers Humus, Verlust von Lebensräumen für Pflanzen und Tiere sowie Verschandelung des Landschafts- und Ortsbildes sind zumeist irreversibel

und eine große Hypothek für kommende Generationen. Wir werden uns auch in Zukunft nur mit regional erzeugten gesunden Lebensmitteln versorgen können und sauberes Trinkwasser haben, wenn es uns gelingt, diesen Trend zu stoppen. Von der großen Einnahmequelle Bayerns, dem an schöner Landschaft hängenden Tourismus, ganz zu schweigen.

Die Hoffnung, mit einem breiten „Bündnis zum Flächensparen“ in

Bayern den verheerenden Flächenfraß zügig reduzieren zu können und innerhalb von zehn Jahren nur noch eine geringe Neuinanspruchnahme unverbauter Böden zu erreichen, wurde bisher leider nicht erreicht. Der Flächenverbrauch stagniert auf hohem Niveau. Während andere Bundesländer ihn längst reduzieren, um das Bundesziel 2020 mit 300.000 m² pro Tag zu erreichen, macht Bayern auf großem Fuß munter weiter. Das ist ein

Voranschreiten in die falsche Richtung.

Automobilität wird nach wie vor gefördert

Der luxusbedingte Flächenfraß geht vor allem auf die Förderung der Automobilität, endlose Einfamilienhausiedlungen und den Trend zu Flachbauten in Gewerbegebieten zurück. Vollmundige Ankündigungen der bayerischen Innen- und Umweltminister zum Flächensparen seit 2003 wurden durch politische Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene konkretisiert. Die Abschaffung der „Eigenheimförderung“ konnte die bayerische Staatsregierung wenigstens nicht mehr verhindern, aber die die Zersiedelung fördernde „Pendlerpauschale“ blieb auf ihr Betreiben hin gültig.

Der Bau flächenfressender Straßeninfrastruktur im Rahmen des



Foto: Klaus Leidorf/Bund Naturschutz

Gewerbegebiet „Mainfrankenpark“ bei Dettelbach, Landkreis Kitzingen: 35 ha auf der „Grünen Wiese“, nur per Auto erreichbar – ein Paradebeispiel für Flächenfraß. Ausschlaggebend für den Standort war die nahe Autobahn.

sogenannten „Eingriffsregelung“ im Bundesnaturschutzgesetz und im Bayerischen Naturschutzgesetz an vorderer Stelle genannt, wurde

FDP verhinderte mit dem Landesentwicklungsprogramm 2013 die ursprünglich geplante Stärkung des Bedarfsnachweises bei der Siedlungsentwicklung. Auch bei der Novelle des Baugesetzbuches spielte die CSU bei diesem Ziel eine unrühmliche Rolle.

Während andere Bundesländer ihren Flächenverbrauch reduzieren, macht Bayern auf großem Fuß munter weiter.

Bundesverkehrswegeplans und des Staatsstraßenausbauplans ist ein Ergebnis dieser Politik. Dass die Staatsregierung auch auf Betreiben des Bayerischen Gemeindetages und des Bayerischen Landkreistages die sogenannte „Anbindeklause“ im Landesentwicklungsprogramm noch weiter verschlechtert, zeigen die aktuellen Schwierigkeiten bei der konkreten Umsetzung allgemeiner Grundsätze.

Eingriffsregelung wird zunehmend verwässert

Das Verursacherprinzip „Wer Land verbraucht, muss auch für Ausgleich sorgen“, immerhin mit der

zuletzt durch die Staatsregierung verwässert. Wenn nach Gesetz die „Funktionen des Naturhaushaltes“ ausgeglichen werden müssen, reicht es eben nicht, Geld an darbenende Verwaltungen zu bezahlen, damit dort Personal weiterbeschäftigt werden kann. Auch die Pflege von Naturschutzgebieten, originäre Aufgabe des Staates, hat mit Ausgleich für Autobahnen, ICE-Trassen, Gewerbe- und Wohngebieten nichts zu tun.

Ebenso mangelt es bei vielen Kommunen bislang an der Umsetzung eines kommunalen Flächenressourcenmanagements. Die Staatsregierung unter CSU und



Foto: Tom Konopka/Bund Naturschutz

Stadtsteinach, Landkreis Kulmbach: Wie in vielen bayerischen Kleinstädten stehen an der Hauptstraße Gebäude leer. Der Stadtrat hatte an den Ortsrändern zwei große Supermärkte genehmigt.

Häuschen im Grünen zwingt zum Autofahren

Wer Baugebiete ausweisen will, sollte nachweisen, dass er innerorts keine Baulücken und Leerstände hat. In Zeiten, wo in Teilen Bayerns die Bevölkerung sinkt, ist dies wohl eine vernünftige Forderung. Damit die Stadt der kurzen Wege nicht unter die Räder gerät, brauchen wir Innenentwicklung statt immer weiter nach außen drängende Siedlungen. Mischung statt Funktionstrennung, Wohnen und Arbeiten, Versorgung und Erholung mit geringer Entfernung voneinander lautet die Forderung der Zeit.

Mit der Entscheidung, wo wir wohnen, bestimmen wir auch die Wege, die wir zurücklegen müssen. Und damit über die Zeit zum Leben, die Lebensqualität, die Mobilitätskosten sowie den Flächenverbrauch. Im Rahmen der vom „Bündnis zum Flächensparen“ erarbeiteten Ausstellung „Wie wohnen, wo leben? Flächen sparen, Qualität gewinnen“ konnte der Bund Naturschutz mittels qualifizierter In-



Foto: Klaus Leidorf/Bund Naturschutz

Gewerbegebiet in Gersthofen, Landkreis Augsburg: Eingeschossige Hallen und zweigeschossige Bürogebäude, viel Grundfläche verbrauchend, umgeben von üppigen Parkplätzen, erschlossen von noch üppigeren Straßen.

terviews zeigen, dass eine Familie mit zwei Kindern, die am Ortsrand eines 200-Seelen-Dorfes wohnt, in dem es keinen Laden, keinen Arzt und keine Schule gibt, im Laufe ihres Lebens sieben Jahre im Auto unterwegs ist und dafür 700.000 Euro ausgibt, während eine Familie, die im Kleinstadtkern wohnt, sodass die Eltern vor Ort arbeiten und die Kinder in die Schule laufen können, nur vier Jahre unterwegs ist – meist zu Fuß oder mit dem Rad – und dafür nur 10.000 Euro braucht.

Kommunale Bauleitplanung strebt nach Wachstum

Modellprojekte und gedruckte Materialien der Ministerien können derzeit den Bürgermeisterwettbewerb um Gewerbesteuerzahler und Wohnbürger nicht überwinden. Dass die Genehmigungsbehörden für die Flächennutzungsplanung sogar in Regionen mit seit Jahren sinkender Bevölkerung den Flächenverbrauch nicht wirksam begrenzen, spricht nicht für die derzeitige Struktur.

Die Kommunen spielen eine zentrale Rolle bei der Bewahrung von

Bayerns Schönheit und der Umsetzung nationaler, europäischer und internationaler Umweltziele. Nach Artikel 141, Absatz 1, der Bayerischen Verfassung sind wir verpflichtet, „mit Naturgütern schonend und sparsam umzugehen“. In der Realität wird seit Jahrzehnten das Gegenteil praktiziert. Mit der Kommunalwahl 2014 besteht die Möglichkeit, hier eine Trendwende einzuläuten, wird doch der meiste Flächenfraß durch kommunale Bauleitplanung organisiert. ■

Tom Konopka, Jahrgang 1960, studierte Biologie, ist seit 1990 beim Bund Naturschutz in Bayern aktiv und seit 1997

dessen Regionalreferent für Mittel- und Oberfranken. In dieser Funktion berät er die dort beheimateten 20 Kreis- und 100 Ortsgruppen in allen Belangen des Natur- und Umweltschutzes, der Pressearbeit und des Flächenschutzes.

tom.konopka@bund-naturschutz.de



Foto: Tom Konopka/Bund Naturschutz



Kleukheim, Landkreis Lichtenfels: Hier gelang es nach Jahren des Niedergangs, in denen alle Läden und Gaststätten zugesperrt hatten, wieder einen Dorfladen zu etablieren.

Konzept gegen den Flächenfraß

Grundsteuer zeitgemäß reformieren

Dass in Deutschland jedes Jahr riesige Flächen in Siedlungs- und Verkehrsflächen umgewidmet und versiegelt werden, liegt auch an unserem Steuersystem. Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) fordert deshalb eine tiefgreifende Reform der Grundsteuer und startete eine entsprechende Initiative.

von Dr. Ulrich Kriese

Grund und Boden ist ein knappes, nicht vermehrbares Gut. Es ist ein Gebot der Stunde, damit sparsam und effizient umzugehen. Naturgewachsene Böden benötigen unseren besonderen Schutz. Das schließt landwirtschaftlich genutzte Böden ein, denn in globaler Betrachtung sind auch diese knapp. Und doch wächst in Deutschland die Siedlungs- und Verkehrsfläche – ungeachtet stagnierender oder gar schrumpfender Bevölkerungszahlen und wachsen-

det den sozialen Zusammenhalt, indem sie Mieter vergleichsweise stark belastet, und ist auch noch ausgesprochen verwaltungsaufwendig. Sinnvoller und unbedingt näher prüfenswert ist eine Grundsteuer mit „unverbundener“, nur an Grund und Boden anknüpfender Bemessungsgrundlage. Eine solche Grundsteuer besteuert die Bodenrente, d.h. jenen Teil des Grundstücksertrages, der beim Grundeigentümer verbleibt bzw. vom Pächter oder Mieter an diesen gezahlt wird; die Kopplung von Kosten (Steuerlast) und Leistung bzw. Nutzen (Ertrag), das sogenannte „Äquivalenzprinzip“, ist ein wichtiger Steuerrechtferdigungsgrund.

Besteuert gehört der Grund, nicht die Gebäude

Betrachtet man ökonomische Aspekte integrativ mit ökologischen und sozialen Fragen, so stößt man

Ölzeitalter und dem Glauben an die immer währende Verfügbarkeit von billiger Energie. Natur- und Klimaschutz, Ressourcenknappheiten, die immense öffentliche Verschuldung, der demografische Wandel verlangen ein radikales Umdenken gerade im Siedlungswesen.

Die Besteuerung der Gebäude entmutigt Investitionen und befördert den Landschaftsverbrauch.

der Gebäudeleerstände; ungeachtet steigender Infrastrukturkosten zu Lasten der kommunalen Haushalte; ungeachtet globaler Klima- und Ernährungsprobleme; ungeachtet des mit nahezu jedem Neubaugebiet verbundenen Verlusts an Natur und Landschaft.

Die nach wie vor in vielen Köpfen als selbstverständlich erscheinende Verknüpfung, ohne Flächenverbrauch gebe es weder Wirtschaftswachstum noch Wohlstand, entstammt dem zu Ende gehenden

bald auf das Schlüsselprojekt „Grundsteuerreform“. Zwar prüfen die Finanzministerien der Bundesländer seit einiger Zeit drei unterschiedliche Modelle, doch diese sehen wie bisher die Besteuerung sowohl von Grund und Boden als auch der darauf stehenden Gebäude vor – eine sogenannte „verbundene Bemessungsgrundlage“. Das ist nicht mehr zeitgemäß.

Die Besteuerung der Gebäude entmutigt Investitionen, befördert den Landschaftsverbrauch, gefähr-

Initiative „Grundsteuer: Zeitgemäß!“

Der Aufruf „Grundsteuer: Zeitgemäß!“ braucht weitere Unterstützer. Er steht mit ausführlichen Hintergrundinformationen, einem umfangreichen Fragen- und Antworten-Katalog, allen bisherigen Unterzeichnern und dem Online-Unterstützerformular im Internet:

» www.grundsteuerreform.net

Außerdem berücksichtigt sie in idealer Weise das Leistungsfähigkeitsprinzip (Besteuerung des Einzelnen unter Berücksichtigung seiner individuellen ökonomischen Leistungsfähigkeit). Die mittelbar angeregte verstärkte Bautätigkeit führt zu einem höheren Wohnungsangebot und damit unter dem Strich zu sinkenden Mieten und stärkt im Marktgeschehen die Position der Mieter gegenüber den Vermietern.

Statt neuer Baugebiete: den Bestand verdichten

Die kommunalen Kosten für die Bereitstellung von Siedlungsfläche und zugehöriger technischer und sozialer Infrastruktur entstehen weitgehend unabhängig von der effektiven Grundstücksausnutzung. Die öffentlichen Güter werden schließlich jederzeit für alle vorgehalten. So kosten auch Baulücken, leer stehende Häuser und untergenutzte Grundstücke den Städten und Gemeinden dauerhaft Geld, ohne dass deren Eigentümer regelmäßig Zahlungen in nennenswerter Höhe leisten. Zudem sind es regelmäßig die Investitionen der Kommune, nicht der einzelnen Eigentümer, die zu Bodenwertsteigerungen führen. Die Gemeinschaft hat also allen Grund, das Grundstück zu besteuern, sei es bebaut

Es sind die Investitionen der Kommune, nicht der Eigentümer, die zu Bodenwertsteigerungen führen.

oder unbebaut, und am Bodenwert und dessen Entwicklung angemessen beteiligt zu werden. Gleichzeitig ist der Gebäudebestand von einem enormen Sanierungs- und Modernisierungsrückstau geprägt.

Ein wirtschaftlicher Umgang mit dem knappen Gut Fläche, die



Dass sich die Höhe der Grundsteuer momentan mehr an der Größe der darauf stehenden Gebäude und weniger an der Grundstücksgröße orientiert, führt zu einem verschwenderischen Umgang mit der Ressource Landschaft.

innerörtliche Aktivierung von Flächen für Wohnen und Gewerbe und von Leerständen und die Erhaltung des Gebäudebestands sind dauerhafte Herausforderungen in und für die Städte und Gemeinden überall in Deutschland. Deshalb haben sechs Bürgermeister aus den Ländern Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen gemeinsam mit dem Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) sowie Prof. Dr. Dirk Löh vom Zentrum für Bodenschutz und

Finanzministerkonferenz der Bundesländer, die derzeitige Untersuchung verschiedener Grundsteuer-Reformmodelle um zwei Varianten zu ergänzen, und zwar die „reine Bodenwertsteuer“ (ausschließliche Besteuerung des Bodenwertes) und die „kombinierte Bodenwert- und Bodenflächensteuer“ (Besteuerung des Bodenwertes und der Grundstücksfläche).

Dr. Ulrich Kriese, Jahrgang 1967, studierte Landschafts- und Freiraumplanung, Verwaltungswissenschaften und Ökonomie. Nach beruflichen Tätigkeiten in der Stadtplanung und im Politikmanagement ist er seit 2009 Mitarbeiter der gemeinnützigen Stiftung Edith Maryon in Basel. Siedlungspolitischer Sprecher des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) ist er seit 1999.



ulrich.kriese@nabu.de

Graue Energie und CO₂-Bilanzen

Ist nicht zu bauen das beste Bauen?

Dass 35 % unseres gesamten Energieverbrauchs dem Beheizen unserer Gebäude dienen, ist bekannt. Dieser Heizenergiebedarf ist einfach messbar und die Energieeinsparverordnung (EnEV) will ihn stufenweise senken. Keine Verordnung gibt es aber für den Energiebedarf beim Errichten eines Gebäudes, dabei ist der sehr hoch.

von Günther Hartmann

Am 19. März 2013 ereignete sich im Münchener Stadtrat unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit eine Sensation: Als erste Stadt Deutschlands – vielleicht sogar als erste Stadt weltweit – beschloss München einen sogenannten „CO₂-Bonus“ für Neubauten, Umbauten und Sanierungen. Jeder Bauherr erhält 30 Cent pro Kilogramm verbautes CO₂. Man könnte das auch „Holzbau-Förderung“ nennen, aber so offen wollte der Stadtrat das zu diesem Zeitpunkt nicht aussprechen. Das hat sich inzwischen geändert: Am 5. Juni 2013 beschloss er, das Baureferat solle prüfen, ob das Ziel „München profiliert sich als international führende Holzbaustadt“ ins Stadtentwicklungskonzept einfließen könne. 2012 war dieses Ziel beim Bürgerbeteiligungsverfahren „München Mit-Denken“ von einem Teilnehmer formuliert und dann von allen Teilnehmern unter die besten zehn Vorschläge gewählt worden.

Aber was ist eigentlich das Besondere an der Holzbauweise, dass München sie extra fördert? Um das zu verstehen, sollte man sich

zunächst die Bedeutung des Bauens für Klimaschutz und Energiewende klarmachen. Bekannt ist die Tatsache, dass 35 % des gesamten deutschen Energieverbrauchs dem

Die Herstellung der Baumaterialien Stahl, Zement und Ziegel erfolgt unter sehr hohen Temperaturen und ist sehr energieintensiv.

Heizen von Gebäuden dienen. Die Bundesregierung hat deshalb völlig richtig die Energieeinsparverordnung (EnEV) geschaffen, um durch eine stufenweise Verschärfung der Dämmstandards den Heizenergiebedarf so weit zu senken, dass er sich gänzlich mit regenerativen Energien decken lässt.

Exkurs I: Trauerspiel Energieeinsparverordnung

Eigentlich hatte der Bundestag am 6. Februar 2013 beschlossen, die EnEV-Standards noch im Jahr 2013 um 12,5 % und dann 2016 um weitere 12,5 % zu verschärfen, doch dann stellte sich im Bundesrat der bayerische Innenminister Joachim

Herrmann quer und verhinderte die Novelle. Begründet hat er seine ablehnende Haltung mit dem alten Totschlagargument, das sei unwirtschaftlich. Dabei beruft er sich auf

eine Studie aus dem Jahr 2012, die seltsam lange Amortisationszeiten errechnete hatte.

Doch die Berechnungen der Studie basieren auf völlig unrealistischen Rahmenbedingungen: Sie gehen von einer jährlichen Energiepreissteigerung von 1,3 % und Kreditzinsen von 3,5 % aus – langfristig. Der Energiepreis dürfte aber wohl eher um 5 bis 7 % steigen und Kredite gibt es momentan zu einem Zinssatz von 2 %. Das ist ein gewaltiger Unterschied, denn Kurven exponentieller Funktionen beginnen immer flach und sehen harmlos aus, entwickeln dann aber eine verblüffende Dynamik: Eine Energiepreissteigerung von

1,3 % pro Jahr bedeutet in 30 Jahren einen Zuwachs um 45 %, 5 % bedeuten einen um 311 % und 7 % einen um 611 %. Zum Vergleich: Der Heizölpreis stieg von 2003 bis 2013 um 150 %, was auf 30 Jahre hochgerechnet fast 1.500 % bedeutet.

Zudem blenden solche Wirtschaftlichkeitsberechnungen die Schäden durch den Klimawandel natürlich völlig aus. Die betriebswirtschaftlichen Wirtschaftlich-

Statt uns auf den Heizenergiebedarf eines Gebäudes zu fokussieren, müssen wir dessen gesamten Lebenszyklus betrachten.

keitsberechnungen des Einzelnen sind nicht identisch mit den volkswirtschaftlichen Wirtschaftlichkeitsberechnungen der Allgemeinheit. Gesetze und Verordnungen sollten deshalb nicht dazu dienen, das vorzuschreiben, was sich für den Einzelnen „rechnet“, sondern das, was sich für ihn nicht „rechnet“, weil er die Folgekosten des eigenen Handelns auf die Allgemeinheit abwälzen kann.

Das tabuisierte Top-Thema: Graue Energie

Der Heizenergiebedarf steht heute im Mittelpunkt aller Betrachtungen. Die EnEV definiert für ihn Standards. Staatliche Forschungsprojekte wie das „Effizienzhaus Plus“ gehen deutlich weiter und untersuchen Gebäude, die ihren gesamten Energiebedarf schon selbst decken. Immer bleibt dabei allerdings ein wichtiger Aspekt aus-

dig eingekauft oder selbst erzeugt werden muss, unsichtbar und im Bewusstsein ausgeblendet bleibt.

Die Größenordnung der Grauen Energie ist recht unterschiedlich, was an der Verschiedenartigkeit der Gebäude und ihrer Materialien liegt. Bei gängigen Bauweisen und üblichen EnEV-Standards ist die Graue Energie heute so hoch wie der Heizenergiebedarf für 30 bis 50 Jahre. Nimmt man den Klimaschutz und die Energiewende ernst, dann dürfen wir beim Thema „Energiesparen“ nicht auf den Heizenergiebedarf während der Nutzungsphase fokussiert bleiben, sondern müssen den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes betrachten: von der Herstellung der Baumaterialien bis zu deren Entsorgung bzw. Wiederverwertung.

Prinzipiell ist das Thema „Graue Energie“ nichts Neues. Betrachtet man die Literatur über Nachhaltige Architektur, so findet man z.B.



Das sollte jede Kommune nachahmen: Seit 1. Mai 2013 fördert München jedes Kilogramm langfristig verbautes CO₂ mit 30 Cent. Der sogenannte „CO₂-Bonus“ ist Teil des „Förderprogramms Energieeinsparung“: www.muenchen.de → Suche: FES



Foto: M. Ali Khan/shutterstock.com

schon im 1995 von Günther Mowes veröffentlichten Buch „Weder Hütten noch Paläste“ ein ganzes Kapitel darüber. Nur wurde es we-

zu trinken; die zweitbeste ist Wasser aus der Mehrwegflasche; die drittbeste ist Wasser aus der Einwegflasche, insofern sie korrekt entsorgt

sive Bauen zu übertragen, bedeutet: Umbau ist besser als Neubau!

Der entscheidende Maßstab: die CO₂-Bilanz

Graue Energie ist die Energie, die in die Baumaterialien und Bauteile gesteckt wurde und – bildlich gesprochen – darin gespeichert ist. Beim Abriss geht sie verloren. Allerdings ist Baumaterial nicht gleich Baumaterial. Es gibt große Unterschiede. Zwar benötigen die meisten Baumaterialien bei ihrer Herstellung große Energiemengen, Holz jedoch nicht. Die Energiemenge, die beim

Ernten des Holzes und bei seiner Aufbereitung in Sägewerken und Zimmereibetrieben aufgewendet werden muss, ist verschwindend gering im Vergleich zu der, die Stahl, Zement und Ziegel benötigen. Was den Holzbau trotzdem etwas teurer macht, ist die handwerkliche Arbeit, die mit ihm verbunden ist. Um den dadurch entstehenden Wettbewerbsnachteil zu kompensieren, führte München den CO₂-Bonus ein.

Aber wie ist es überhaupt möglich, dass in einem so leistungsstarken Material wie Holz so wenig Energie steckt? Die Antwort ist simpel: Es steckt in ihm gar nicht wenig Energie, sondern sehr viel: die Sonnenenergie, die dafür sorgt, dass der Baum im Laufe seines

Genau die Menge CO₂, die der Atmosphäre vorher entzogen wurde, würde ihr dann wieder zurückgegeben. Die CO₂-Bilanz wäre gleich null. Deshalb müssen unsere Wälder bewirtschaftet werden. Deshalb ist das Heizen mit Holz genauso klimaschädlich wie das Heizen mit Öl oder Gas. Deshalb führt nur die stoffliche Nutzung von Holz dazu, dass das CO₂ nicht wieder in die Atmosphäre gelangt. Deshalb ist Bauen mit Holz aktiver Klimaschutz. Der Münchener CO₂-Bonus würdigt diese Tatsache und zieht daraus die richtigen Konsequenzen.

Exkurs II: Trauerspiel Landesentwicklung

Die Forst- und Holzwirtschaft sind wohl der einzige Wirtschaftszweig,

Bauschutt lässt sich nur schlecht recyceln, macht jedoch mehr als die Hälfte unseres gesamten Müllaufkommens aus.

Lebens wachsen konnte. Photosynthese ist ein biochemischer Vorgang, der mithilfe von Sonnenlicht energieärmere in energiereichere Stoffe verwandelt. Ein Baum verwandelt CO₂, Wasser und diverse Nährstoffe in Holz. Für den Klimaschutz ist dabei ein Aspekt von überragender Bedeutung: Im Holz bleibt das CO₂, das der Baum für die Photosynthese benötigt, sozusagen „gebunden“. Korrekt ausgedrückt: Das CO₂ wird zerlegt, der Sauerstoff (O₂) in die Atmosphäre abgegeben und der Kohlenstoff (C) in die Molekülstruktur des Holzes eingebaut.

Dieser Prozess würde sich umkehren, wenn man das Holz verrotteten lässt oder verbrennt: Der Kohlenstoff (C) des Holzes verbindet sich mit Sauerstoff (O₂) zu CO₂.

der durch sein Tun den CO₂-Gehalt der Atmosphäre nicht erhöht, sondern senkt. Eine Ausweitung der Forst- und Holzwirtschaft ist deshalb die einfachste und wirkungsvollste Teillösung im Kampf gegen den Klimawandel. Aber gibt es überhaupt genügend Holz? Ja, der

Im Holz steckt viel Sonnenenergie und gebundenes CO₂. Wenn man Holz verrotteten lässt oder verbrennt, werden diese freigesetzt.

Holzvorrat wächst seit Jahrzehnten stetig an. Und eine Studie zeigte, dass heute ein Drittel der jährlichen Holzernte reichen würde, um sämtliche Neubauten in Holzbauweise zu errichten. Trotzdem sollte die Forstwirtschaft intensiviert werden,

BUCHTIPPS

Muck Petzet, Florian Heilmeyer (Hrsg.)
Reduce Reuse Recycle.
Ressource Architektur
Hatje Cantz, 2012
272 Seiten, 35.00 Euro
978-3-7757-3424-0



Hermann Kaufmann, Winfried Nerdinger (Hrsg.)
Bauen mit Holz – Wege in die Zukunft
Prestel, 2011
224 Seiten, 39.95 Euro
978-3-7913-5180-3



Holzforschung München
Bauen mit Holz = aktiver Klimaschutz
TU München 2010
24 Seiten, kostenfrei
www.cluster-forstholzbayern.de → Holzverwendung → Argumente



denn jeder Baum bindet während seines Wachstums CO₂. Die nationale CO₂-Bilanz wird umso besser, je mehr Wälder es in Deutschland

gibt – und je mehr Holz stofflich genutzt wird.

Nicht mehr benötigte Siedlungs-, Agrar- und Verkehrsflächen könnten rückgebaut und in nachhaltig bewirtschaftete Waldflächen umgewandelt werden. Im Entwurf des

Gebäude stellen an sich schon einen hohen Wert dar – allein aufgrund der Tatsache, dass es sie gibt. Sie sind keine Wegwerfprodukte.

der von der Fachwelt noch von der breiten Öffentlichkeit richtig ernst genommen. Erst der Münchner Architekt Muck Petzet sorgte 2012 für großes Aufsehen, weil er das Thema als Generalkommissar des Deutschen Pavillons auf der Internationalen Architektur-Biennale in Venedig in den Mittelpunkt der Ausstellung rückte und damit den Bundesbauminister und viele Berufskollegen brüskierte.

Petzet initiierte in München auch schon einige Protest-Aktionen gegen geplante Abrisse von Gebäuden aus den 1950er-, 1960er- und 1970er-Jahren. Er kritisiert dabei die dahinter steckende Haltung und fordert ein generelles Umdenken beim Umgang mit unserem Gebäudebestand: Gebäude stellen an sich schon einen hohen Wert dar – allein aufgrund der Tatsache, dass es sie gibt. Sie sind kein Wegwerfprodukt. Und Bauschutt lässt sich nur schlecht recyceln, macht jedoch rund 60 % unseres gesamten Müllaufkommens aus. Nur Stahl lässt sich gut einschmelzen, doch das ist wiederum mit hohem Energieaufwand verbunden.

Petzet plädiert dafür, die Abfallvermeidungshierarchie „Reduce/Reuse/Recycle“ auf die Architektur zu übertragen. Oberste Priorität sollte demnach immer die Vermeidung von Abfall haben. Im Alltag ist das jedem klar: Die beste Lösung, Durst zu stillen, ist Leitungswasser

wird; die schlechteste ist Wasser aus der Einwegflasche, wenn sie im Hausmüll und später auf der Mülldeponie landet. Diese Logik auf das energie- und ressourcenintensive

change.org Petition starten Petitionen durchsuchen Anmelden oder Registrieren

Petition unterschreiben
317 Unterstützer
183 unterschrieben

Vorname
Nachname
E-Mail
Deutschland
Postleitzahl
Warum unterschreiben Sie? (optional)

Unterschreiben

Unterschrift öffentlich auf Change.org anzeigen
 Ich möchte von „Graue Energie n.e.V.“ per E-Mail über diese und andere Kampagnen auf dem Laufenden gehalten werden.
Mit Ihrer Unterschrift akzeptieren Sie die AGB und Datenschutz-Richtlinien von Change.org

Neueste Unterschriften

Jochen Paul	MÜNCHEN, DE	77tag
Andreas Bömer	DEUTSCHLAND	77tag
Michaela Blume	DEUTSCHLAND	31tag
Dorit Köllien	DEUTSCHLAND	31tag
Bend Zimmermann	DEUTSCHLAND	31tag
Hann Peters	DEUTSCHLAND	31tag
Michael Boris	DEUTSCHLAND	31tag
Sonya Schalenberg	DEUTSCHLAND	47tag
Tina Parsche	DEUTSCHLAND	47tag
sybille goepler	DEUTSCHLAND	57tag

An: Landeshauptstadt München
Graue Energie Zaehlt!

Wir fordern 'Addition statt Abbruch' des Gesundheitshauses, Dachauerstraße 90

Das Gesundheitshaus, ein öffentliches Gebäude aus den 60er Jahren, soll abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden

- obwohl es voll funktionsfähig ist!
- obwohl es stattdessen sinnvoll energetisch verbessert und durch Neubauten ergänzt werden könnte!
- obwohl der Neubau teurer ist als Sanierung und Ergänzung!
- obwohl dadurch wertvolle Energie und Ressourcen verbraucht werden!
- obwohl der Bestand einen hohen historischen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Wert darstellt, der uns allen gehört!

Momentan läuft bereits ein Wettbewerb für den Neubau.

Wir plädieren für eine Änderung des Wettbewerbsverfahrens:

- eine Einbeziehung und Ergänzung des Bestandes muss alternativ zu den Neubausprojekten ermöglicht - und ernsthaft untersucht werden!
- vergleichende Energiebilanzen müssen den gesamten Lebenszyklus 'Gesundheitshaus' inkl. der Herstellungenergie umfassen!

Wir sind überzeugt, daß durch eine Änderung und Öffnung des Wettbewerbsverfahrens ein besseres und der Aufgabe angemesseneres Ergebnis erzielt werden kann.

Change.org bietet eine eigene Internetplattform für Petitionen gegen geplante Abrüche von Gebäuden, ergänzt durch Hintergrundinformationen über das Thema „Graue Energie“: www.graue-energie.org

neuen bayerischen Landesentwicklungsprogramms (LEP) sucht man nach dieser simplen Klimaschutz-

gar umzukehren. Den Klimaschutz führt es zwar als Leitbild auf, sieht ihn aber als rein technische und

programme. Sie sind ein ideales Pendant zum Ziel, die Zersiedlung der Landschaft zu korrigieren. Das bedeutet: Rückbau von Siedlungs-, Agrar- und Verkehrsflächen. Werden allerdings Siedlungsflächen an einer Stelle rückgebaut, müssen an anderer Stelle neue entstehen. Um vom Auto unabhängige Siedlungsstrukturen zu erhalten, müssen diese sinnvolle Größen, Dichten, Durchmischungen und Gliederungen haben. Statt wie früher mit up-

Die Forst- und Holzwirtschaft ist der wohl einzige Wirtschaftszweig, der den CO₂-Gehalt der Atmosphäre nicht erhöht, sondern senkt.

maßnahme vergebens. Das Kapitel 5.4.2 „Wald und Waldfunktionen“ warnt zwar vor Flächenverlusten, doch ein Hinweis auf eine mögliche Ausweitung der Waldflächen fehlt völlig. Unerwähnt bleibt auch ein Hinweis auf die Bedeutung der stofflichen Nutzung von Holz für den Klimaschutz. Stattdessen wird auf die Bedeutung von Bioenergie hingewiesen, ohne Holz namentlich zu erwähnen.

Dem neuen bayerischen LEP fehlt es generell an klaren Leitlinien und Konzepten. Es beklagt zwar den wachsenden Flächenverbrauch und die ungezügelt Zersiedelung der Landschaft, liefert aber kein Rezept, diese entschlossen zu stoppen oder

wirtschaftliche Angelegenheit. Die „räumliche Unordnung“ bleibt als Ursache ausgeblendet und deshalb

Eine Ausweitung der Forst- und Holzwirtschaft ist die einfachste und wirkungsvollste Teillösung im Kampf gegen den Klimawandel.

fehlt auch jeder Ansatz, hier durch räumliche Umstrukturierungsmaßnahmen korrigierend einzugreifen.

Fazit: Wir brauchen eine neue Holzbaukultur!

Um die CO₂-Bilanz kurzfristig zu verbessern, brauchen wir auf Landesebene große Aufforstungs-

pigen Neubaugebieten nach außen zu wuchern, ist Nachverdichten angesagt: die Bebauung von Rest-, Brach- und Dachflächen. Genauso wichtig ist die Erneuerung des Bestands – energetisch, funktional und gestalterisch. Das alles muss in Holzbauweise geschehen. Denn damit schließt sich der Kreis. Alle drei Maßnahmen ergänzen sich auf geradezu wunderbare Weise zu einer großen Einheit. ■

CO₂-Fußabdrücke

1 t CO₂ sind in 1 m³ Holz gebunden ⁽¹⁾

40–80 t CO₂ sind in einem Einfamilienhaus aus Holz gebunden ⁽¹⁾

3,2 t CO₂ setzt ein Mittelklasse-Pkw pro Jahr (15.000 km) frei ⁽²⁾

0,6 t CO₂ setzt ein Passagier beim Flug München–Mallorca–München frei ⁽³⁾

1,5 t CO₂ setzt jeder Deutsche pro Jahr für seine Ernährung frei ⁽⁴⁾

5,2 t CO₂ setzt das Verbrennen von 2.000 l Heizöl frei ⁽⁵⁾

9,9 t CO₂ setzte jeder Deutsche im Jahr 2011 durchschnittlich frei ⁽⁶⁾

2,5 t CO₂ pro Mensch und Jahr gelten als klimaverträglich

Quellen

- (1) www.cluster-forstholzbayern.de → Holzverwendung → Argumente für Holzbau
- (2) www.umweltbundesamt.de → Publikation „Daten zum Verkehr – Ausgabe 2012“
- (3) www.atmosfair.de → Meinen Flug kompensieren
- (4) www.umweltbundesamt.de → Publikation „Die CO₂-Bilanz des Bürgers“
- (5) www.prima-klima-weltweit.de → CO₂-Rechner
- (6) www.pbl.nl → Publikation „Trends in global CO₂ emissions – 2012 Report“

Günther Hartmann Jahrgang 1965, studierte Architektur und war nach dem Diplom zunächst einige Jahre in Architektur- und Stadtplanungsbüros tätig. Nach weiteren beruflichen Stationen wandte er sich 2008 dem Journalismus zu und befasst sich seither vor allem mit dem energieeffizienten und nachhaltigen Bauen. In die ÖDP trat er 1998 ein, seit 2006 ist er Chefredakteur der *ÖkologiePolitik*.



www.guenther-hartmann.de

Windkraftanlagen aus Holz

Doppelt gut

Unter den regenerativen Energieträgern wies die Windkraft schon immer das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis auf. Nun gibt es mit dem TimberTower ein Bausystem, mit dem sich bis zu 200 m hohe Windkraftanlagen in Holzbauweise errichten lassen. Das verbessert die Effizienz und die CO₂-Bilanz.

von Günther Hartmann



Foto: TimberTower

Auch wenn die großen Stromkonzerne noch so oft das Gegenteil behaupten: Dezentrale Versorgungssysteme mit regenerativen Energieträgern sind wesentlich umweltfreundlicher, machen die Stromverbraucher unabhängig und rechnen sich. Das erkennen auch immer mehr Bürgermeister, Stadt-, Gemeinde- und Landräte. Auseinander gehen die Meinungen dann aber oft bei der Frage, welche Konzepte die besten sind. Holz und andere Bioenergien sind zwar beliebt, produzieren aber ähnlich viel CO₂ wie fossile Energieträger. Das ist bei der Nutzung von Sonnen- und Windenergie anders.

Windkraftanlagen sind am wirtschaftlichsten

Das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (ISE) veröffentlich-

te im Mai 2012 eine Studie über Stromgestehungskosten. Demnach belaufen sich die von Photovoltaik-Kleinanlagen auf 14–16 Cent/kWh, von Photovoltaik-Freiflächenanlagen auf 13–14 Cent/kWh, von

ökologisch –, denn doppelt so viel Strom bedeutet: Man spart auch die doppelte Menge CO₂ ein.

Allerdings stehen Naturschützer den Windkraftanlagen oft kritisch gegenüber. Laut Naturschutz-

Fürs gleiche Geld erhält man bei einer Onshore-Windkraftanlage rund doppelt so viel Strom wie bei Photovoltaik.

Offshore-Windkraftanlagen auf 11–16 Cent/kWh und von Onshore-Windkraftanlagen auf 6–8 Cent/kWh. Letztere liegen damit schon im Bereich konventioneller Kohlekraftwerke. Fürs gleiche Geld erhält man also bei einer Onshore-Windkraftanlage rund doppelt so viel Strom wie bei Photovoltaik. Das macht diese Technologie so attraktiv – ökonomisch, aber auch

bund (NaBu) sterben durch sie in Deutschland jährlich etwa 1.000 Vögel. Das entspricht 0,5 Vögeln pro Anlage. Dem stehen allerdings 5 bis 10 Mio. durch Straßenverkehr und Stromleitungen getötete Vögel gegenüber. Ein weiterer Kritikpunkt ist die Lärm- und Infraschallentwicklung. Die kann zwar für Anwohner durchaus belastend sein, doch in den gesetzlich vorgegebe-

nen größeren Entfernungen gehen die Schallemissionen im von Verkehr, Winden, Flüssen und Bächen erzeugten Hintergrundrauschen unter.

Holz als nachhaltigere Alternative zum Stahl

Die derzeit üblichen Windkraftanlagen haben allerdings ein großes Manko: Ihr Herstellungsaufwand ist sehr energieintensiv, da sie aus

Holzbauweise. Das niedersächsische Start-up-Unternehmen „TimberTower“ hat das Bausystem in jahrelanger Pionierarbeit entwickelt und dafür schon einige renommierte Preise erhalten; darunter 2009 den europäischen Schweighofer Prize für Holzinnovation und 2013 den Deutschen Holzbaupreis.

Dieser Zeitraum von vier Jahren war eine lange Durststrecke. Es waren weniger bautechnische Probleme,

sondern vor allem das schwierige Genehmigungsverfahren und die zögerliche Haltung potenzieller Investoren und Kunden, die den Bau des ersten Prototyps immer wieder verzögerten. „Man traut dem Werkstoff Holz nichts zu“, erklärt TimberTower-Geschäftsführer Holger Giebel. „Die ganze Branche ist vom Maschinenbau geprägt und vertraut nur dem Stahl.“ Doch Ende 2012 war es dann endlich soweit: Im Hannoveraner Stadtteil Marienwerder wurde der erste 100 m hohe Holzturm für eine 1,5-Megawatt-Anlage errichtet, die Strom für 1.000 Haushalte liefert.

me, sondern vor allem das schwierige Genehmigungsverfahren und die zögerliche Haltung potenzieller Investoren und Kunden, die den Bau des ersten Prototyps immer wieder verzögerten. „Man traut dem Werkstoff Holz nichts zu“, erklärt TimberTower-Geschäftsführer Holger Giebel. „Die ganze Branche ist vom Maschinenbau geprägt und vertraut nur dem Stahl.“ Doch Ende 2012 war es dann endlich soweit: Im Hannoveraner Stadtteil Marienwerder wurde der erste 100 m hohe Holzturm für eine 1,5-Megawatt-Anlage errichtet, die Strom für 1.000 Haushalte liefert.

Das bedeutet: Rund 350 t CO₂, die zur Erzeugung von 250 t Stahl freigesetzt worden wären, wurden nicht freigesetzt, stattdessen 400 t CO₂ im Holz langfristig gebunden.

Holz ist leistungsfähiger und preiswerter als Stahl

Mit Holz wären Turmhöhen bis 200 m möglich – vorerst aber nur theoretisch, denn die Kräne, die den Rotor zur Spitze heben, können momentan maximal 165 m bewältigen. Sinnvoll wären die 200 m, weil damit der Energieertrag steigt. Und die Holzbauweise bietet hier einen zusätzlichen Vorteil gegenüber Stahl: Sie ist elastischer und kann deshalb bei diesen Höhen der dynamischen Belastung besser standhalten.

Um das Holz vor der Witterung zu schützen, wird es mit einer textilen Folie ummantelt – ein rein phy-



Zum Schluss wird der Rotor montiert. Dessen Bewegungen lassen Stahl schneller ermüden als Holz.

sikalischer Holzschutz also, kein chemischer, einfach zu reparieren, falls mechanische Beschädigungen auftreten. TimberTower garantiert eine Lebensdauer von 20 Jahren – die bei Windkraftanlagen übliche. Dazu ließ das Unternehmen zusammen mit der Universität Hannover die Konstruktion acht Wochen lang künstlich altern. Der Versuch brachte positive Ergebnisse. Und auch die Kosten stimmen, wobei ein Vergleich mit Stahl schwierig ist, weil der Stahlpreis stark schwankt. „Aktuell sind wir etwa

10 bis 20% günstiger als Stahl“, sagt Giebel.

Bei Offshore-Windkraftanlagen bieten Türme aus Holz einen wei-

teren großen Vorteil: Der hohe Salzgehalt der Luft bereitet Stahl große Probleme, denn durch die unvermeidliche Korrosion muss seine Wandkonstruktion deutlich stärker dimensioniert werden als beim Onshore-Einsatz. Das lässt die Kosten steigen und verschlechtert sowohl die CO₂-Bilanz als auch die Wirtschaftlichkeit. „Holz dagegen wird durch die salzhaltige Luft sogar eher konserviert“, erklärt Giebel.

Fazit: Wenn Windkraft, dann besser in Holz!

Nachdem in vergangenen Jahrhunderten schon viele Windräder aus Holz errichtet wurden, spricht viel dafür, dass der Baustoff nun eine Renaissance erleben darf – als leistungsstarke Hightech-Variante zur dezentralen Erzeugung von Strom. Zudem wächst Holz in Deutschland so gut wie überall und viele deutsche Zimmereibetriebe sind in der Lage, solch eine Konstruktion zu bauen. So fände nicht nur die Energieerzeugung, sondern auch die Herstellung des TimberTower

Rund 400 m³ Fichtenholz wurden für den 100 m hohen Turm in Hannover benötigt. Damit sind 400 t CO₂ langfristig gebunden.

auf einer regionalen oder gar lokalen Ebene statt. Das dürfte dann auch viele Windkraft-Skeptiker überzeugen.

auf einer regionalen oder gar lokalen Ebene statt. Das dürfte dann auch viele Windkraft-Skeptiker überzeugen.



Die Lasten werden später ausschließlich von den Brettsperrholzplatten nach unten abgetragen.

Stromgestehungskosten

Solarthermisches Kraftwerk	0,18–0,24 Euro/kWh ⁽¹⁾
Photovoltaik-Kleinanlage	0,14–0,16 Euro/kWh ⁽²⁾
Photovoltaik-Freiflächenanlage	0,13–0,14 Euro/kWh ⁽²⁾
Onshore-Windkraftanlage	0,06–0,08 Euro/kWh ⁽³⁾
Offshore-Windkraftanlage	0,11–0,16 Euro/kWh ⁽⁴⁾

- (1) bei einer solaren Einstrahlung von 2.000 kWh/m²a (Südeuropa)
 (2) bei einer solaren Einstrahlung von 1.300 kWh/m²a (Deutschland)
 (3) bei 2.000 Volllaststunden/Jahr (Deutschland)
 (4) bei 3.200 Volllaststunden/Jahr (Nordsee)

Quelle: Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (ISE)



Die aktualisierte Studie „Stromgestehungskosten Erneuerbare Energien“ veröffentlichte das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (ISE) im Mai 2012: www.ise.fraunhofer.de → Suche: Stromgestehungskosten

CarSharing

Weniger Autos, weniger Parkplätze und weniger Verkehr

Umweltschutz durch Autofahren? Das scheint ein Widerspruch per se zu sein. Verkehrsentlastung durch die Nutzung eines mit vielen anderen gemeinsam genutzten CarSharing-Autos und das Überflüssigwerden eines eigenen Autos – das klingt schon deutlich vernünftiger.

von Willi Loose

CarSharing weist in Deutschland seit vielen Jahren eine dynamische Entwicklung auf. Etwa 145 Vereine und Unternehmen bieten es heute in 363 deutschen Städten und Gemeinden stationsbasiert an. In Großstädten ist es so erfolgreich, dass oft unternehmerisch ausgerichtete GmbHs oder AGs zu den Anbietern gehören, die ihren Gewinn in das kundenorientierte Wachstum der Flotte reinvestieren. In kleinen Städten und Gemeinden ist die Nachfrage deutlich geringer, sodass CarSharing meist auf die ehrenamtliche Arbeit von Vereinen angewiesen ist.

In Berlin besitzt fast die Hälfte der Haushalte kein eigenes Auto, in München rund ein Drittel. Das ist möglich, weil in großen Städten der Öffentliche Nahverkehr gut ausgebaut ist. Das Fahren mit einem eigenen Auto dagegen wird dort immer kostspieliger und auch stressiger. Parkplätze sind rar und teuer. CarSharing ist hier eine attraktive Alternative, ein „Goldener Mittelweg“ zwischen dem „klassischen“ Autofahren und dem völligen Ver-

zicht darauf: Man fährt nur noch wenig, nur dann, wenn die Ziele mit Öffentlichen Verkehrsmitteln umständlich oder gar nicht erreichbar sind.

So waren Anfang 2013 deutschlandweit 270.000 Kunden bei den stationsbasierten CarSharing-Angeboten registriert. Die Nutzer können dabei auf eine Palette unterschiedlicher Fahrzeuggrößen und -modelle zugreifen. Die Wahl erfolgt entsprechend dem Zweck der

Fahrt und der Personenzahl. Eine meist internetbasierte Reservierung sichert zuverlässig die Verfügbarkeit zum gewünschten Zeitpunkt und am gewünschten Ort.

Weitere 183.000 Nutzer waren Anfang 2013 bei sogenannten „Free-Floating-Angeboten“ registriert. Die sind seit rund zwei Jahren in einigen deutschen Großstäd-

ten zu finden und ein neues Angebot großer Autohersteller, die damit auf den Wandel des Nutzerverhaltens reagierten. Diese Angebote sind nicht an Stationen gebunden. Die Autos werden von einem Nutzer irgendwo auf einem Parkplatz im Straßenraum abgestellt und vom nächsten Nutzer dort mittels App auf dem Smartphone gefunden. Der Nachteil ist, dass man sich nie sicher sein kann, zum gewünschten Zeitpunkt ein Fahrzeug in der Nähe zu finden.

Eigenes Auto wird überflüssig

Die Kunden des CarSharings zeichnen sich durch einen bewussten und damit sparsamen Umgang mit dem Auto aus. Sie wählen für den nächsten Weg jeweils das Verkehrsmittel aus, das dafür am besten geeignet ist. Die meisten Nutzer sehen die CarSharing-Autos nur wenige Male im Monat oder Jahr von innen.

Bei einer bundesweiten Befragung von 2.800 CarSharing-Neukunden im Sommer 2012 kam heraus, dass 43,4% zu Beginn ihrer CarSharing-Teilnahme ein eigenes Auto im Haushalt hatten. Dies ist im Vergleich zum bundesweiten Durchschnitt bereits ein niedriger

Wert. Zum Zeitpunkt der Befragung, mindestens sieben Monate nach dem CarSharing-Beitritt, verfügten aber nur noch 19,0% der Befragten über ein eigenes Auto. Es war überflüssig geworden, ohne dass es zu Mobilitätseinschränkungen gekommen wäre. Allerdings: In kleineren Städten wurden eher Zweitwagen abgeschafft.

CarSharing hat für Kommunen den großen Vorteil, dass es die Zahl der notwendigen Parkplätze senkt. Die eben erwähnte Befragung zeigte, dass im Durchschnitt ein neues CarSharing-Auto zehn private Autos ersetzt. Dies ist das Ergebnis für stationsbasierte CarSharing-Angebote. Für stationsunabhängige Angebote liegen erste belastbare Studienergebnisse wohl erst Ende 2014 vor.

Der geringere Parkdruck in den gut mit CarSharing-Angeboten versorgten Stadtteilen erfreut die anderen Autofahrer, die nun besser einen Parkplatz für ihr eigenes Fahrzeug finden. Oder – und das ist ein großer Vorteil für die kommunale Stadt- und Verkehrsplanung – die frei werdenden Flächenpotenziale könnten zu einem gewissen Anteil für die Aufwertung der Straßenräume oder zur Verbesserung der Bedingungen für den nicht-motorisierten Verkehr umgesetzt werden.

Kommunen könnten CarSharing fördern

Wie könnten Kommunen dazu beitragen, dass sich die CarSharing-Angebote in ihrer Stadt oder Gemeinde besser entwickeln? Zu-

nächst könnte die kommunale Verkehrsplanung dazu beitragen, dass den CarSharing-Anbietern im öffentlichen Straßenraum ausreichend Stellplätze angeboten werden – vor allem dort, wo das größte Nutzerpotenzial angesiedelt ist. Solange wir immer noch auf eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung warten, ist hier eine gewisse Kreativität bei den Kommunalverwaltungen gefragt.

Jedoch sind Kommunen auch große Arbeitgeber, die selbst zur Verkehrserzeugung beitragen. Für ihre eigenen Zwecke könnten sie CarSharing nutzen, anstatt untergenutzte eigene Dienstwagen zu betreiben. Die Nutzungsphasen ergänzen sich dabei: Montag bis Freitag können die Fahrzeuge den kommunalen Mitarbeitern zur Verfügung stehen und Samstag bis Sonntag den anderen CarSharing-Nutzern, denn die nutzen für den Weg zur Arbeit den Öffentlichen Nahverkehr und brauchen ein Auto vor allem für Wochenendaktivitäten.

Ein erfolgreiches CarSharing-Angebot lässt sich nicht aus der Ferne managen. Es braucht eine lokale Verwurzelung, um gut funk-



An den Stationen befindet sich ein Tresor mit den Autoschlüsseln, der sich mit der Mitgliedskarte und einer persönlichen PIN-Nummer öffnen lässt. Weitere Infos: www.stattauto-muenchen.de

tionierende Kooperationen mit anderen lokalen Mobilitätsanbietern und Dienstleistern aufzubauen, wichtige politische Kontakte herzustellen und eine Anlaufstelle für Kundenkontakte zu organisieren. Eine gute Vernetzung vor Ort ist sicherlich ein Hauptgrund dafür, dass in manchen Kleinstädten und Gemeinden auch kleine, ehrenamtlich arbeitende CarSharing-Vereine ein starkes, kontinuierliches Wachstum aufweisen. ■

Anfang 2013 waren deutschlandweit
270.000 Kunden bei den stationsbasierten
CarSharing-Angeboten registriert.



StattAuto München wurde 1992 gegründet und hat 2013 rund 400 Autos an 100 festen Stationen und 9.000 Mitglieder. Die Buchung eines Autos erfolgt per Internet oder Telefon.

Willi Loose,

Jahrgang 1955, studierte Politik und Biologie, war Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Öko-Institut in Freiburg, leitete dort Forschungsprojekte zu Verkehrsthemen und ist seit 2006 Geschäftsführer des Bundesverbands CarSharing (bvc) in Berlin, dem zurzeit 110 Anbieter angehören. 2012 veröffentlichte er das Buch „CarSharing und ÖPNV – Entlastungspotenziale durch vernetzte Angebote“.

www.carsharing.de

Die ÖDP im Rat der Stadt Münster

Der Kampf für eine bessere Politik

Seitdem zur Kommunalwahl 2004 aufgrund der Klage der ÖDP die 5%-Hürde bei Kommunalwahlen gefallen ist, ist die ÖDP im Rat der Stadt Münster mit einem Mandat vertreten. ÖDP-Ratsherr Franz Pohlmann und Sieglinde Kersting, als Mitglied im Familienausschuss und rechte und linke Hand des Stadtrates, berichten über Möglichkeiten und Grenzen, als Einzelkämpfer in einer Großstadt Politik aktiv zu gestalten.

von Sieglinde Kersting und Franz Pohlmann

Münster hat sich selbst den Slogan „Stadt der Wissenschaft und Lebensart“ gegeben. Von den annähernd 300.000 Einwohnern sind rund 50.000 Studenten an den verschiedenen

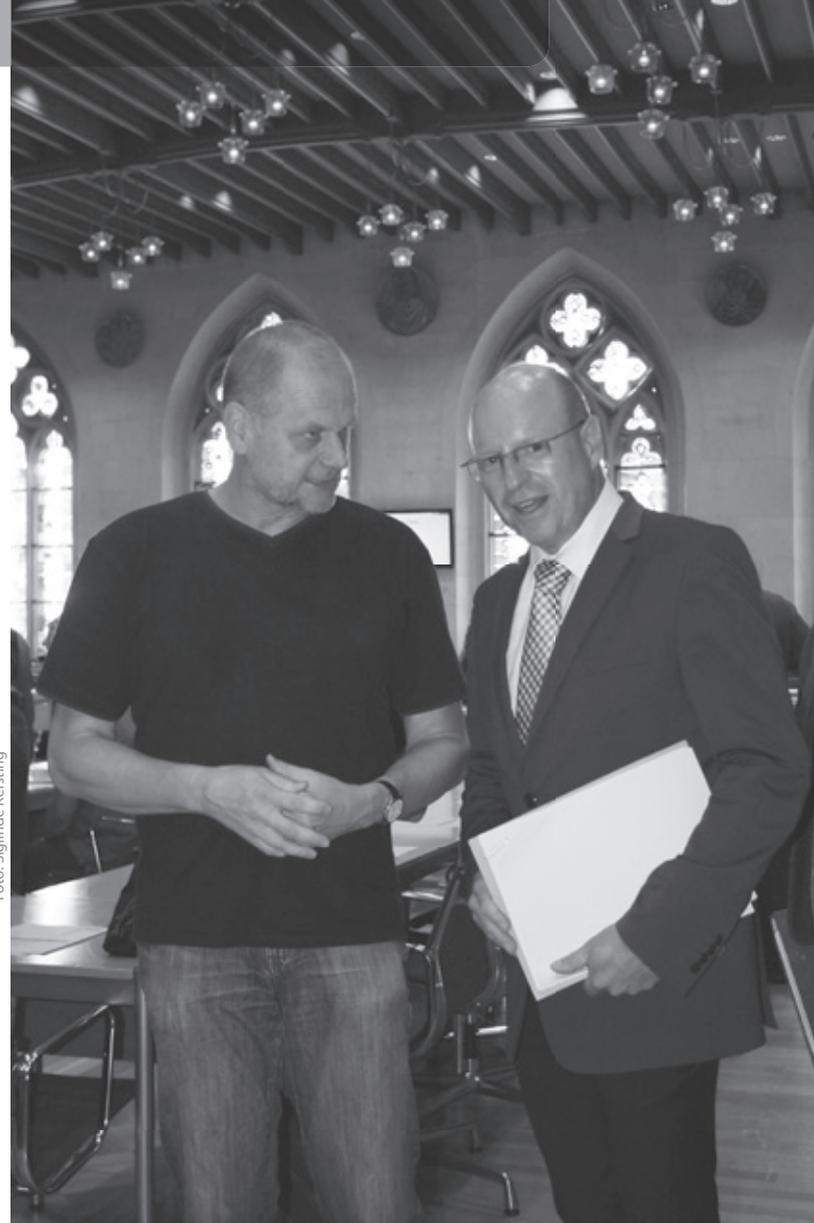
Stadt der Welt, Fahrradhauptstadt, Hauptstadt der Biodiversität usw.). Alle anderen Städte in Nordrhein-Westfalen befinden sich aufgrund der Finanzlage in der Haushaltssicherung, d.h. die jeweilige Be-

des Westfälischen Friedens von 1648 statt. Die Tagesordnung und die dazugehörigen Vorlagen füllen meist einen dicken Aktenordner. Die ehrenamtlich tätigen Ratsleute erwarten einen anstrengenden, aber spannenden Abend von mitunter sechs Stunden Dauer im Anschluss an einen normalen Arbeitstag.

Eine Ratssitzung ist das Finale nach vielen Einzelberatungen in Ausschüssen und Arbeitskreisen. Dabei resultiert die überwiegende Mehrheit der Entscheidungen aus gesetzlichen Vorgaben. Diese sind meist unstrittig und werden auf Zuruf einstimmig beschlossen. Der Jahresetat der Stadt liegt bei knapp einer Milliarde Euro, von denen gerade einmal 5% in die wirkliche Entscheidungsbefugnis des Rates fallen. Im Grunde gibt es nur im Rat politische Gestaltungsmöglichkeiten.

Als Ratsherr sitze ich im Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen (AUB) und habe dort mit Ratsleuten, sachkundigen Bürgern und der Verwaltung über eine „Vorlage“, ein von den Fachleuten der Stadtverwaltung erstelltes Papier zu einem Verwaltungsvorgang, z. B.

Foto: Sieglinde Kersting



ÖDP-Ratsherr Franz Pohlmann (links) im Gespräch mit dem Oberbürgermeister Markus Lewe

über den Bau einer Kindertageseinrichtung, zu beraten. Diese Vorlage durchläuft verschiedene Ausschüsse – so auch den Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familie (AKJF), in dem Sieglinde Kersting Mitglied ist. Diese Vorlage wird noch weitere Ausschüsse durchlaufen und man wird sich über Finanzierung, Baustandards, Gestaltung, Trägerschaft usw. trefflich mit den Vertretern der anderen Parteien streiten, Verbesserungen vorschlagen und darüber abstimmen, bis

sie dann in endgültiger Fassung im Rat auf der Tagesordnung steht. Bis hierher sind die Dinge im Grunde längst entschieden, aber die

Die Ausschüsse sind, wie der Rat, nach den Mehrheiten der Parteien bei der Kommunalwahl zusammengesetzt und haben, je nach ihrer Bedeutung eine unterschiedliche Größe. Da die ÖDP nur knapp 1% Stimmenanteil erreichte, war es recht schwer, einen Sitz in einem Ausschuss zu bekommen. Durch Verhandlungsgeschick und Glück haben uns die Grünen einen Sitz mit Stimmrecht im AUB abgetreten und die SPD hat uns einen Sitz zumindest mit Rederecht im AKJF verschafft. Die Sitzungen sind zum größten Teil öffentlich, sodass jedermann daran teilnehmen kann. Es ist aber zeitlich und logistisch unmöglich, als Einzelmandatsträger alle Sitzungen zu besuchen. Dies führt in der Ratssitzung zwangsläufig dazu, dass man über die Beratungen im Vorfeld oft unzureichend informiert ist und sich das Abstimmungsverhalten erst spontan nach erfolgter Diskussion ergibt. Trotz aller Anstrengungen kann man sich als Einzelkämpfer nur auf wenige Themen intensiv vorbereiten. Meine Schwerpunkte sind Umweltfragen, Stadtentwicklung und Finanzen. Sieglinde Kersting beschäftigt sich mit Familie und Sozialem. So haben wir einen großen Teil thematisch zwar abgedeckt, aber auch hier fehlt oft die Zeit, wirklich in die Tiefe der Themen einzudringen.

Nach den Ausschussberatungen treffen wir uns am Abend vor der

Eine Ratssitzung ist das Finale nach vielen Einzelberatungen in Ausschüssen und Arbeitskreisen.

Vertreter der Parteien (be)nutzen die Ratssitzung, um eine größere Öffentlichkeit für ihre Ziele zu erreichen.

Ratssitzung mit unseren Kollegen von den unabhängigen Wählern, mit denen wir im Rat eine Gruppe bilden. Die Gründung einer

So wird Münster seit 2009 mit wechselnden Mehrheiten regiert, die jede Ratssitzung zum spannenden Krimi mit manchmal kuriosen Mehrheiten werden lässt.

Hochschulen eingeschrieben, die diesen Anspruch mit Leben füllen. Münster ist als Oberzentrum des gesamten Münsterlandes eine reine Verwaltungsstadt mit vielen auch überregionalen Institutionen. Neben Düsseldorf ist Münster die einzige kreisfreie Großstadt in Nordrhein-Westfalen, die einen selbst bestimmten Haushalt aufstellen kann, trotz rund 800 Millionen Euro Schulden. Dieser für Münster glückliche Umstand hat sicher dazu beigetragen, dass die Stadt im nationalen und internationalen Wettbewerb mit Preisen regelrecht überhäuft wird (Lebenswerteste

zirksregierung entscheidet über das Wohl und Wehe der Kommunen.

Der Rat der Stadt besteht derzeit aus 81 Mitgliedern (CDU 32, inkl. Oberbürgermeister, SPD 20, Grüne 16, FDP 7, Linke 3, UWG 1, Piraten 1, ÖDP 1). Nur CDU und SPD hätten gemeinsam eine Regierungsmehrheit, allerdings arbeiten beide Parteien nicht kontinuierlich zusammen. So wird Münster seit 2009 mit wechselnden Mehrheiten regiert, die jede Ratssitzung zum spannenden Krimi mit manchmal kuriosen Mehrheiten werden lässt.

Die Ratssitzungen finden monatlich im Festsaal des Rathauses



Foto: Siglinde Kersting

ÖDP-Ratsherr Franz Pohlmann im Ratssaal der Stadt Münster

Ratsgruppe war Folge einer ganz pragmatischen Erwägung: Sie hat den gleichen Stellenwert wie eine Fraktion. Zum einen gibt es laut Gemeindeordnung eine wesentlich

Sitzungen. Wir nutzen jede Sitzung, um den anderen Parteien das ÖDP-Konzept zur Familienpolitik näherzubringen, wohl wissend, dass unsere Bemühungen erfolglos bleiben

Münster nur wegen eines ÖDP-Antrages geworden! Und es ist schon vorgekommen, dass unser eigener abgelehnter Antrag nach einem halben Jahr mit dem Briefkopf einer anderen Partei beschlossen wurde!

Solche kleinen Erfolge sind der Lohn für die Mühen und liefern die Energie, weiterhin für grundsätzliche Änderungen in der Politik im Sinne der ÖDP zu kämpfen – gemäß unserem selbst gewählten Leitsatz: Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom! ■

Franz Pohlmann, Jahrgang 1956, ist für die ÖDP Ratsherr in Münster. **Siglinde Kersting**, Jahrgang 1957, arbeitet als Landesgeschäftsführerin für die ÖDP in NRW.

www.ödp-nrw.de

bessere finanzielle Ausstattung als für Einzelmandatsträger, zum anderen hat man nur so das Recht, eigene Ratsanträge einzubringen. Unser Statut unterwirft uns nicht dem Fraktionszwang, sodass wir mitunter getrennt abstimmen, was bei den Ratsmitgliedern zunächst mit Stirnrunzeln quittiert wurde.

Doch zurück zur Ratsitzung: Seit Monaten beherrscht das Thema Ausbau der U3-Betreuung die

werden. Im Rat kreist das Wort vom „Familienfaschist“ der ÖDP, was ja schon zeigt, dass die meisten nicht bereit sind, anders Denkenden überhaupt zuzuhören. Andererseits gibt es immer wieder RatskollegInnen, die mir nach der Sitzung bestätigen, ich hätte in vielem ja Recht, aber das könne man in der eigenen Fraktion nicht durchsetzen.

Aber es gibt auch echte Erfolge: „Hauptstadt der Biodiversität“ ist

*Aber es gibt auch echte Erfolge:
„Hauptstadt der Biodiversität“ ist Münster nur
wegen eines ÖDP-Antrages geworden!*

Eurosolar

Erneuerbare Energien – dezentral und nah am Verbrauch

Eurosolar ist Hermann Scheer. Jedenfalls gäbe es die ganze Eurosolar-Familie ohne ihn nicht. Schon gar nicht seit 25 Jahren. Angeblich gab es mal Hermann Scheer ohne Eurosolar. Aber das war vor meiner Zeit.

von Dr. Axel Berg



Scheer hat die Energiewende nicht nur früh als zentrale Aufgabe erkannt, er sah die gesellschaftliche und soziale Dimension, er war in der Lage, die Transformation unseres Energiesystems zu denken. Und er wusste, wie's geht. Dieser praktische Visionär war ein Urdemokrat. Er glaubte an die Gesellschaft und ihre Kraft, hielt jedes Jahr Hunderte von Reden, auf internationalen Konferenzen ebenso wie in Mehrzweckhallen auf dem Land. Tausende hat er angestachelt, nachdenklich gemacht, mitgerissen und motiviert. Ich hatte das Glück, einer davon sein zu dürfen, und arbeitete seit 1998 bis zu seinem Tod eng mit ihm zusammen.

Seit 1980 saß Scheer für die SPD und den Wahlkreis Waiblingen im

aus Wissenschaftlern, Ingenieuren, Juristen, Ökonomen, Journalisten, Politikern und engagierten Bürgern konnte mit fachlicher Expertise und öffentlichem Druck über viele Jahre seine parlamentarische Arbeit unterstützen.

Eurosolar ist eine internationale Nichtregierungsorganisation, organisiert nach dem deutschen Vereinsrecht. Es gibt 14 Landes-Sektionen. Deutschland fungierte in dem kosmopoliten Konglomerat

*In Deutschland rufen die taumelnden
Platzhirsche nach Bestandsgarantien.*

Bundestag. Doch der Weltpolitiker Scheer hatte ein Doppelkonzept: Gemeinsam mit seiner Frau Irm Pontenagel gründete er Eurosolar. Deren vielfältige Mitgliedschaft

stets als Anker, der Gründer und lebenslang Hauptverantwortliche war von dort und die deutsche Sektion ist mit über 90% der Eurosolar-Mitglieder Primus inter Pares.

Foto: visida/iStock.com



Eurosolar war und ist vollkommen unabhängig von Parteien, anderen Institutionen, Interessengruppen oder gar Unternehmen und leistete einen geradezu überirdischen Beitrag zur Energiewende. Die kleine Geschäftsstelle in Bonn initiierte regionale und internationale Konferenzserien auf vorher unbeackerten Feldern.

Eine eigene Vertretung in Brüssel kann sich Eurosolar leider noch

Eurosolar war und ist vollkommen unabhängig von Parteien, anderen Institutionen, Interessengruppen oder gar Unternehmen und leistete einen geradezu überirdischen Beitrag zur Energiewende.

nicht leisten. Doch haben wir mit Eufores einen guten Partner und dank europäischen Parlamentariern wie Jo Leinen sogar Eurosolarier vor Ort.

Die Eurosolar-Parlamentariergruppe ist eine Vereinigung von Mitgliedern des Bundestages aller Parteien, die Eurosolar-Mitglieder sind und sich in loser Reihenfolge absprechen, wie sie in ihren jeweiligen Fraktionen gut Wetter für Erneuerbare Energien machen können.

Scheer erfand die Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) und kämpfte jahrelang für ihre Etablierung. 2009 war es so weit. Und er wurde nicht Präsident. Dabei hätte ihn nur der damalige SPD-Umweltminister vorschlagen müssen. So gehört die IRENA leider nicht ganz zur Familie.

Immer wieder begegnete ihm viel provinzieller Neid. Gerade in der SPD. Trotzdem folgte ihm seine Partei bei wichtigen Vorhaben wie dem 100.000-Dächer-Programm oder dem Erneuerbare-Energien-Gesetz.

Als nächstes wollte er die Energieallee A7 angehen: EE-Anlagen entlang und auf der Autobahn. Ein solch großes Projekt, dass man es aus dem Weltraum sehen könnte. Und doch dezentral organisiert in Verantwortung der Anliegergemeinden.

Eurosolar nach Hermann Scheer

Plötzlich starb der Hero of the Century. Nach Hermann Scheers Tod 2010 gab es viele Diskussionen

darüber, wie es nun mit Eurosolar weitergehen soll. Das „Ob“ stand erfreulicherweise nie in Frage.

Natürlich fehlt der große Integrator. Aber wir haben mit Irm Scheer-Pontenagel eine starke und erfahrene Geschäftsführerin mit einem Spitzen-Team. Alle geplanten und auch die nicht vorhersehbaren Veranstaltungen, Symposien oder Tagungen wurden nicht nur professionell durchgeführt, sondern erfreuen sich sogar zunehmender Beliebtheit.

Wir haben mit Prof. Peter Droege einen international erfahrenen neuen Präsidenten, der mit seinem integrativen Wirken manche wieder einfindig, die nach Hermann Scheers Tod keinen Sinn mehr in der Arbeit für Eurosolar sahen.

Wir haben die Eurosolar-Parlamentariergruppe, die derzeit von Marco Bülow geleitet wird, einem unverwüstlichen Kämpfer für die Energiewende. Und wir haben einen breit gefächerten deutschen Vorstand, der sich engagiert für das Erblühen von Eurosolar bis hin zu

einer regionalen und dezentralisierten Energiewelt einsetzt.

Schließlich gibt es noch die Hermann Scheer-Stiftung, geleitet von Scheers Tochter Nina. Sie veranstaltet Symposien, um seine Gedanken weiterzutragen, und kümmert sich um die Energieallee A7.

Manche wenige sind halt wirklich unersetzlich. Und so war unsere einzige Chance, das was Scheer tat, nach seinem Tod auf viele Schultern zu verteilen. Vergessen wir nicht: Noch ist Hermann erst seit so Kurzem tot, dass wir zu fast allen Fragen auf seine Antworten zugreifen können. Doch die Welt dreht sich weiter. Es werden sich neue Fragen stellen, die selbst er nicht voraussehen konnte. Damit Eurosolar dann



Foto: Gregor Feindt

Dr. Axel Berg setzt sich für die Energiewende ein.

richtig und koordiniert reagiert oder im besten Fall schon im Vorfeld die richtigen Impulse setzt, braucht es Köpfe, die einerseits nah

braucht, weiß ich nicht. Vermutlich dürfte bis dahin entschieden sein, ob die Menschheit das Ruder noch rechtzeitig herumgeworfen

Nach Hermann Scheers Tod 2010 gab es viele Diskussionen darüber, wie es nun mit Eurosolar weitergehen soll.

an der täglichen Energiepolitik dran sind und die sich andererseits kennen und vertrauen.

Wie geht's jetzt weiter? Programmatisch, strategisch und personell ist Eurosolar gut aufgestellt. Das 10-Punkte-Programm ist die wichtigste Handlungsanleitung. Ob es noch mal 25 Jahre Eurosolar

hat. Die Frage ist ja nicht mehr, ob die ganze Welt regenerativ versorgt werden kann, sondern, ob wir es noch rechtzeitig – und ohne größere soziale Verwerfungen bis hin zu Energiekriegen – schaffen, bevor uns der Klimawandel um die Ohren fliegt oder die fossilen Reserven erschöpft sind. Wir befinden uns in

der historischen Phase, in der die Erneuerbaren bewiesen haben, dass sie die Vollversorgung übernehmen können, und die Vertreter des Business as usual versuchen, die Erneuerbaren in ihre bereits vorhandenen zentralisierten Strukturen einzubinden. Am besten und billigsten funktionieren die Erneuerbaren aber dezentral und möglichst nah am Verbrauch. Die Stromgewinnung muss nun vom Land in die Stadt kommen, wo die Infrastrukturen bereits ausgebaut sind.

In Deutschland rufen die taumelnden Platzhirsche nach Bestandsgarantien und noch mehr Subventionen für die klimaschädlichen konventionellen Energien, weil sie im Wettbewerb mit den immer billiger werdenden Erneuerbaren ins Hintertreffen geraten. Es wird immer offensichtlicher, dass die immer teurer werdenden fossilen Energien nicht mit den immer billiger werdenden Erneuerbaren mithalten können.

Eurosolar wird also vorerst die Arbeit nicht ausgehen, auch wenn dies nur ein kleiner Ausschnitt der Herausforderungen ist, vor denen die Welt und damit auch Eurosolar steht. Eurosolarier zu sein, ist also kein Luxus, sondern bittere Notwendigkeit. Wir nehmen gerne noch Mitglieder auf. ■

Dr. Axel Berg, Jahrgang 1959, ist Rechtsanwalt und Politologe. Er lebt in München. Seit November 2009 ist er Vorsitzender der deutschen Sektion von Eurosolar.



Foto: www.robertsimoni.com

www.axel-berg.de / www.eurosolar.de

Diagnose-Funk

Aufklärung und Information über elektromagnetische Felder

Diagnose-Funk ist eine gemeinnützige, internationale Umwelt- und Verbraucherorganisation, die sich für den Schutz vor elektromagnetischen Feldern und Strahlung einsetzt. Finanziert wird sie aus Mitgliedschaftsbeiträgen und Spenden.

von Trudi Christof

diagnose ▶ FUNK

Umwelt- und Verbraucherorganisation zum Schutz vor elektromagnetischer Strahlung

Das Ziel von Diagnose-Funk ist es, über die gesundheits- und umweltschädigenden Wirkungen elektromagnetischer Felder aufzuklären, dadurch Verhaltensweisen von Verbrauchern und Politik zu ändern sowie Lösungen für gesundheits-, umweltverträgliche und zukunftsfähige Technologien durchzusetzen.

Was will Diagnose-Funk im Einzelnen erreichen?

- Eine Mobilfunktechnologie ohne Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung, um damit gesundheitliche Folgeschäden auch an künftigen Generationen zu verhindern
- Kommunikationstechnologien, die in ökologischer wie ökonomischer Hinsicht zukunftsfähig sind
- Aufklärung der Öffentlichkeit über die gesundheitlichen und psychosozialen Auswirkungen – insbesondere im Hinblick auf Kinder und Jugendliche
- Unterstützung von unabhängigen Forschungsprojekten

- Beteiligung der Bürger an der Gestaltung demokratischer Kultur und die Einforderung zugesicherter Grund- und Schutzrechte
- Die Durchsetzung einer Gesetzgebung und Rechtsprechung auf Grundlage des Vorsorgegedankens
- Schutz von Pflanzen und Tieren
- Die Macht der Verbraucher einsetzen: Ohne Gegenwehr der Bürger sitzt die Lobby der Mobilfunkindustrie am längeren Hebel!

Wie arbeitet Diagnose-Funk?

Diagnose-Funk besteht bundesweit aus einem Team motivierter und engagierter Mitarbeiter, das direkte Lösungen erarbeitet, mit externen Experten zusammenarbeitet sowie mit zahlreichen Verbänden und Organisationen kooperiert.

Diagnose-Funk

- liefert unabhängige Recherchen, Analysen und organisiert zielgerichtete Kampagnen.
- bereitet kontinuierlich den Stand der Wissenschaft im Bereich EMF auf.

■ liefert umfangreiche Veröffentlichungen im Bereich Wissenschaft, Mobilfunkpolitik, Lobbyismus, Verbraucherschutz.

■ zeigt Alternativen und konstruktive Ansätze zur Immissionsminimierung auf.

■ nimmt Politiker und Parteien in die Verantwortung.

Was hat Diagnose-Funk bisher erreicht?

- Die Bekanntheit von Diagnose-Funk in der öffentlichen Wahrnehmung nimmt zu. Diagnose-Funk ist die führende Umwelt- und Verbraucherschutzorganisation im Bereich Mobilfunk/Elektromagnetische Felder
- Kooperation mit dem BUND, Bund Naturschutz, BUND-BW
- Beratung von gewählten Politikern auf allen politischen Ebenen
- Argumentationshilfe bei der Formulierung von Bundestagsanfragen
- Konkrete Einflussnahme auf die Inhalte der Anhörung im Umweltausschuss des Deutschen Bun-



Foto: Heike Brückner

destages am 27.02.2013 zum Thema Novellierung der 26. Bundesimmissionsschutzverordnung (BlmSchV) durch Stellungnahmen, Sonderveröffentlichung, Anschreiben und Unterstützung der Fachreferenten

■ Kundgebung München im Oktober 2012: Landespolitiker positionieren sich öffentlich für Forderungen von DF

■ Tagung Bad Boll am 02.11.2012 zum Thema „Strahlungsarme Lebensräume schaffen“: Schutz und Vorsorge, Rechtliche Grundlagen, Mobilfunk und Schule, politische Handlungsfelder im Bereich EMF

■ Mitorganisation der Anhörung im Bayerischen Landtag am 05.07.2012

■ Anhörung/Beratungen im Landtag Baden-Württemberg

■ Hilfestellung bei der Erstellung von Mobilfunkvorsorgekonzepten für Kommunen in Deutschland durch Vorträge und Fachveröffentlichungen. Beratung von Kommunalvertretern

■ Volksabstimmung in Südtirol: Grundlagenlegung für den Diskurs, Lieferung von Argumenten für den Erfolg

■ Berichte in Fachzeitschriften sowie Zeitungen von landwirtschaftlichen Verbänden und Verbrauchermagazinen

Trudi Christof
ist gemeinsam mit
Hans Schmidt
Ansprechpartnerin
von Diagnose-Funk
e. V. in Bayern.



www.diagnose-funk.org

An alle Mitglieder

von Sebastian Frankenberger

Liebe ÖDP-Mitglieder,

hinter uns liegen sehr aufreibende Wahlkämpfe. Der bayerische Landtagswahlkampf führte mich mit dem Fahrrad in 90 Tagen durch 90 Stimmkreise. Ziel war es, mit den Menschen vor Ort über ihre Anliegen zu sprechen. Viele ÖDP-Mitglieder und -Kandidaten haben mich auf verschiedenen Etappen begleitet. Während der Radtour konnte ich interessante Gespräche führen und habe viele engagierte Menschen kennengelernt. Wir wollten keinen frontalen Wahlkampf machen, sondern Politik mit den Bürgern und für die Bürger. Eine hohe Medienpräsenz zeigt uns, dass diese Strategie zwar erfolgreich war, sich aber leider nicht unmittelbar in Wählerstimmen niedergeschlagen hat. Die ÖDP in Bayern erreichte 2 % der Wählerstimmen und einen Zuwachs an 27.000 Stimmen. Damit konnten wir leicht gegenüber der Landtagswahl 2008 hinzugewinnen.

Gute Erfolge haben wir bei den parallel stattfindenden Bezirkswahlen verbucht: Wir verdreifachten unsere Mandate und sind nun mit sechs Personen in fünf bayerischen Bezirkstagen vertreten. Ich gratuliere allen Bezirksräten ganz herzlich.

Bei der Bundestagswahl – hier waren wir in acht Bundesländern angetreten – votierten 0,3 % der Wähler für uns und wir konnten so unser Bundestagswahlergebnis von 2009 halten. Alle anderen kleineren Parteien außer uns haben Wähler verloren.

Nach einer anfänglichen Enttäuschung über die Wahlergebnisse überwog jedoch die Freude über das, was wir erreicht haben: Allein über 100 neue Mitglieder in den vergangenen Wochen und eine flächendeckende Präsenz in Bayern bereiten den Boden für die anstehenden Kommunalwahlen im nächsten Jahr. Beginnen wird das „Superwahljahr“ im März mit der Kommunalwahl in Bayern, im Mai folgen dann Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-West-



Foto: Biljana Kujak

falen, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Für uns gilt es also, unsere bundesweit 400 kommunalen Mandate zu festigen und auszubauen.

Im Mai findet ebenfalls die für uns sehr wichtige Europawahl statt, bei der wir sicher sind, zwei bis drei Mandate zu erringen. Auf dem kommenden Bundesparteitag in Eichstätt werden hier erste Weichen gestellt.

Ich danke allen, die in den vergangenen Monaten für die ÖDP Wahlkampf gemacht haben: Allen Kandidatinnen und Kandidaten, allen Helferinnen und Helfern, allen Ehrenamtlichen und allen Hauptamtlichen. Vielen Dank für Ihr Engagement für die ÖDP!

Ich weiß, dass ökologisch-demokratische Politik in Europa dringend gebraucht wird. Damit Friedenspolitik, soziale Gerechtigkeit und Erneuerbare Energien eine Stimme bekommen. Helfen Sie uns auf dem Weg ins Europäische Parlament. Unterstützen Sie uns mit Ihrer Hilfe.

Vielen Dank dafür.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr

Sebastian Frankenberger

Neues aus dem Bundesverband

von Dr. Claudius Moseler

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Hiermit möchte ich mich auch bei Ihnen sehr herzlich bedanken für Ihren aktiven Einsatz bei den zurückliegenden Wahlen. Aber vor der Wahl ist nach der Wahl: Wir stehen bereits schon in den Startlöchern für die Vorbereitung der Kommunalwahlen im Jahr 2014 und der Europawahl am 25.05.2014. Bitte beachten Sie daher die nachfolgenden Informationen.

Projekt- und Solidarkasse

Für die Zuschüsse zu den Kommunalwahlen gibt es die Projekt- und Solidarkasse (PSK). Wir bitten für

Europawahl suchen wir derzeit die Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundesliste. Wir brauchen 96 Personen, um eine „volle“ Liste zu präsentieren. Wir bitten daher alle bekannten und aktiven Persönlichkeiten der ÖDP, sich auf die Liste setzen zu lassen, um bei der EU-Wahl zum einen die Hürde für die Wahlkampfkosten zu überspringen. Zum anderen besteht erstmals für die ÖDP die realistische Möglichkeit, Sitze im EU-Parlament erringen (wenn die 3%-Hürde verhindert wird).

Hier finden Sie den Bewerbungsbogen für eine Kandidatur auf der

*Wir bitten alle bekannten und aktiven
Persönlichkeiten der ÖDP, sich auf die Liste setzen
zu lassen, um bei der EU-Wahl die Hürde
für die Wahlkampfkosten zu überspringen.*

die Wahlen im Jahr 2014 möglichst bis zum 30.11.2013 Ihren Förderantrag einzureichen, damit wir die vorhandenen finanziellen Mittel entsprechend planen können. Die entsprechenden Richtlinien und Förderbedingungen können Sie hier nachlesen:

https://www.oedp.de/fileadmin/user_upload/bundesverband/parteisatzungen/PSKRichtlinien18122010.pdf

Bundesparteitag am 23./24.11.2013 in Eichstätt/ Kandidaten für die Europawahl

Bitte beachten Sie die entsprechenden Informationen und Unterlagen auf unserer Internetseite. Für die

Bundesliste der ÖDP zur Wahl zum Europäischen Parlament:

<https://www.oedp.de/partei/bundesparteitage/bundesparteitag-eichstaett-2013>

Schulungen

Die ÖDP möchte in Bezug auf die bevorstehenden Kommunalwahlen sowie die Europawahl im Jahr 2014 Schulungen anbieten. Es hat sich gezeigt, dass diese Schulungen von ihrer Resonanz her am besten funktionieren, wenn ein Kreisverband vor Ort die Initiative übernimmt, Mitglieder mobilisiert und sich um die Räumlichkeiten kümmert. Der Bundesverband würde sich dann

um das Programm sowie die bundesweite Information aller Mitglieder kümmern. Bitte sprechen Sie mich daher direkt an, wenn in Ihrem Kreis- oder Bezirksverband Interesse an einer Schulung zu einem speziellen Thema besteht.

Aufruf von Mehr Demokratie für ein neues Wahlrecht

Die ÖDP unterstützt den Aufruf von Mehr Demokratie für ein neues Wahlrecht. Es geht konkret um die Problematik, dass durch die 5%-Hürde viele Stimmen nicht berücksichtigt werden. Hier wird die Einführung einer Ersatzstimme (Alternativstimme) vorgeschlagen, welche die ÖDP in ihrem neuen Grundsatzprogramm fordert, und die Absenkung der 5%-Hürde. (Es ist zwar bezeichnend, dass diese doch sehr breite Debatte erst zu dem Zeitpunkt aufkommt, als die FDP aus dem Bundestag geflogen ist. Aber besser spät als nie.) Hier können Sie eine entsprechende Unterschrift leisten:

<https://www.mehr-demokratie.de/wahlrecht-aufruf.html>

Dr. Claudius Moseler
Generalsekretär,
ÖDP Bundespolitisches und
Kommunalpolitisches Büro,

Neckarstr. 27–29, 55118 Mainz,
Tel. (0 61 31) 67 98 20, Fax (0 61 31) 67 98 15, Mobil (01 60) 87 10 542



politik@oedp.de

Bewerbung als Fair-Trade-Partei

ÖDP will Vorbild sein

Die ÖDP bewirbt sich bei der Kampagne Fairtrade-Towns, um als erste Fairtrade-Partei Deutschlands anerkannt zu werden. Bundesvorstand und Bundesparteitag haben dafür gestimmt und eine Steuerungsgruppe mit der Umsetzung und Antragstellung beauftragt.

Damit haben wir die ersten beiden Kriterien auf dem Weg der Beantragung erfüllt und unseren Plan ins Rollen gebracht“, so Christiane Lüst, die zur Fair-Trade-Koordinatorin und

Sprecherin der ÖDP ernannt wurde und den Anstoß dazu gab.

„Der Antrag entspricht unseren Satzungszielen und unserem Grundsatzprogramm. Wir setzen uns für einen nachhaltigen ressour-

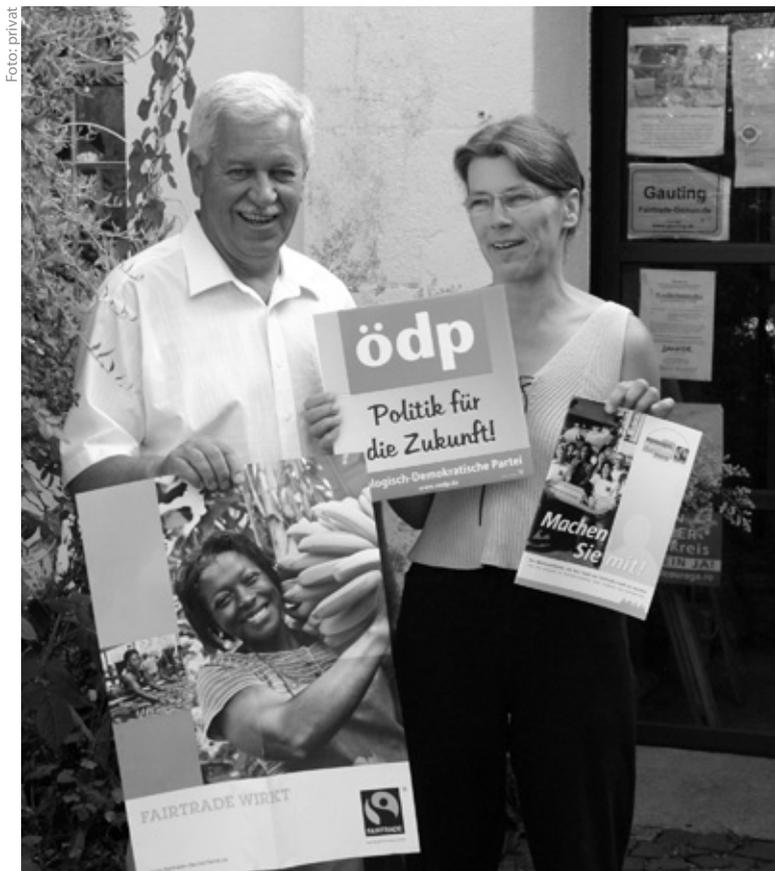
censchonenden und -erhaltenden Umgang mit der Erde ein, aber auch für die Einhaltung der Menschenrechte, eine gerechte Verteilung der vorhandenen Güter, Mindestlöhne, ein gerechtes Auskommen für alle Menschen und eine glückliche Kindheit ohne Kinderarbeit. Die ÖDP verfolgt mit dem Fair-Trade-Antrag auch die Beendigung des globalen Wachstumswahns, der auf Kosten von Umwelt, Klima und Mindestsozialstandards geht“, so Lüst weiter.

Sie fügt an: „Damit dies alles nicht nur theoretisch in unserem Programm steht, packen wir mit dem Fair-Trade-Antrag die konkrete Umsetzung umgehend an. Als bundesweit agierende Partei erlangt die ÖDP durch den Antrag Vorbildcharakter, dem vielleicht auch andere Parteien folgen werden. Der Fair-Trade-Idee kann so zu mehr Geltung in Kommunen und bei den Bürgern verholfen werden.“

Es gibt mittlerweile allein in Deutschland weit über hundert Fairtrade-Towns, die sich zum Ziel gesetzt haben, sich vor Ort aktiv für den fairen Handel einzusetzen. Die ÖDP hat rund 5.700 Mitglieder und ist in 163 Kreisverbänden mit über 400 Mandaten aktiv. Allein mit diesem Netzwerk kann man die Idee schnell und weit vorantreiben.

Die ÖDP wird deshalb mit Veranstaltungen in den Orts- und Kreisverbänden zur „Fairen Woche“ starten. Zum Beispiel werden „Faires Frühstück“ oder „Faire Kaffeepause“ angeboten. Im Herbst werden wir bundesweit alle, die in der ÖDP für den Einkauf von Waren zuständig sind, informieren, wo man die Waren beziehen kann. Das Angebot wird auch offen für andere Parteien und Interessenten sein. (fb)

» www.fairtrade-towns.de/kriterien



ÖDP-Bundesvorstandsmitglied Karl Heinz Jobst (links) mit Christiane Lüst, Initiatorin der Idee einer Fair-Trade-Partei



Von links nach rechts: Josef Feilmeier, Bertram Verhaag, Gudrun Schweisfurth, Christiane Lüst, Karl Heinz Jobst, ÖDP-Bundesvorsitzender Sebastian Frankenberger, Joseph Wilhelm, stellvertretende ÖDP-Bundesvorsitzende Susann Mai, Rosi Reindl

ÖDP verleiht „Goldene Schwalbe“

Engagiert gegen Gentechnik

Die ÖDP hat im bayerischen Pullach die Auszeichnung „Goldene Schwalbe“ an Joseph Wilhelm, den Gründer der Naturkostfirma Rapunzel, verliehen. Die „Goldene Schwalbe“ erhalten diejenigen, die sich für Demokratie, Ökologie und das Gemeinwohl verdient gemacht haben. In den vergangenen Jahren verlieh die ÖDP die Auszeichnung unter anderem an Hans Herbert von Arnim, Franz Alt und Lea Ackermann.

In ihrer Laudatio sagte Christiane Lüst, Anti-Gentechnik-Aktivistin und Kreisvorsitzende der ÖDP in Starnberg: „Joseph Wilhelm ist bekannt für sein langjähriges Engagement, aktiv Veränderungen in unserer Gesellschaft zu initiieren

und mitzugestalten. Im Mittelpunkt seiner Arbeit steht neben seinem Lebenswerk – die Naturkostfirma Rapunzel – die Förderung des biologischen Landbaus, Bio-Diversität, Schutz der Ressource Boden, soziale Gerechtigkeit auf allen Handelsstu-

fen, Klimaschutz sowie die Weiterentwicklung der Kampagne für vegetarische Ernährung.“

Joseph Wilhelm bedankte sich für die Auszeichnung und bemerkte, dass er die ÖDP für eine „Mutmacher-Partei“ hält.

Weitere Preisträger des gestrigen Abends waren: die Anti-Gentechnik-Aktivistin Christiane Lüst, Josef Feilmeier, der gentechnikfreie Mischfutter herstellt, und Bertram Verhaag, der Filme gegen Gentechnik und für eine gute und nachhaltige Landwirtschaft macht. Die Laudatio auf Josef Feilmeier hielt Rosi Reindl, Bundestagskandidatin der ÖDP für Ebersberg und Erding. Die Laudatio auf Bertram Verhaag hielt Gudrun Schweisfurth, Initiatorin des Bürgerforums und des Dorfkindergartens in Herrmannsdorf. Die Laudatio auf Christiane Lüst hielt Karl Heinz Jobst, stellvertretender Bundesvorsitzender der ÖDP. (fb)

Neues aus der ÖDP von Florence von Bodisco

ÖDP jetzt auch im Leverkusener Stadtrat vertreten

Die ÖDP begrüßt den Kommunalpolitiker und Stadtrat Dr. Uwe Becker als neues Mitglied in ihren Reihen. „Wir freuen uns sehr, dass Hr. Dr. Becker mit seiner Erfahrung und Kompetenz nun die ÖDP im Leverkusener Stadtrat vertritt“, so Werner Roleff, Vorsitzender des ÖDP-Regionalverbands Köln/Bonn. Und weiter: „Damit ist auch ein guter Grundstein für die Kommunalwahl 2014 gelegt, bei der die ÖDP in Leverkusen Zugewinne erwartet. Schon jetzt hat das Interesse an der ÖDP zugenommen. Dank der prominenten Verstärkung erhalten die Leverkusener ÖDP-Mitglieder einen

Transiton Towns, Gemeinwohlökonomie, Postwachstumsökonomie

Wochenendseminar mit vielen Ideen und Anregungen

Wo? Jugendherberge Würzburg
Wann? Freitag, 08.11.2013, 18 Uhr,
bis Sonntag, 10.11.2013, 15.30 Uhr

Programm unter anderem:

- „Transiton Towns“: Einführung mit dem Transition-Trainer Matthias Wanner (TT-Münster)
- Impulse in Gemeinwohlökonomie und Postwachstumsökonomie
- Der große Wandel, Open Space, Visionsarbeit – Zeitreise ins Zukunftsdorf 2023, Tiefenökologieelemente, Permakulturprinzipien

Wenn Sie aktiv in der Kommunalpolitik sind, aufgeschlossen für die drei Hauptthemen sind, Ihre eigenen Ideen mitbringen und Lust auf ein kreatives Wochenende mit ähnlich Denkenden haben, sind Sie genau richtig.

Kosten inkl. Übernachtung mit Vollpension:
110 Euro/Person

Anmeldung bei Christiane Lüst:
christiane.luest@t-online.de
oder Jürgen Osterlänger:
j.osterlaenger@gmx.de

zusätzlichen Motivationsschub und hoffen auf weiteren Zuwachs und neue Mitglieder.“

Denn die ÖDP versteht sich als Partei der politischen Mitte, zu den Schwerpunkten zählen u.a. eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft, Familien- und Sozialpolitik, Umweltschutz und Vorrang Erneuerbarer Energien, eine stärkere Trennung von Wirtschaft und Politik, Transparenz und Bürgerrechte sowie Verbraucherschutz. Bundesweit zählt die Partei, die 1982 von einem ehemaligen CDU-Umweltpolitiker und anderen ökologisch Interessierten in Bad Honnef gegründet wurde, rund 6.000 Mitglieder und bereits über 400 kommunale Mandate. Bei der letzten bayerischen Kommunalwahl erreichte die ÖDP in ihrer Hochburg Passau 15,8 %, stellt seitdem dort den 2. Bürgermeister und beendete die absolute CSU-Herrschaft. In NRW gibt es ÖDP-Mandatsträger u.a. in Bottrop (6,6 %, drittstärkste Fraktion), Münster und Bad Driburg.

Die ÖDP steht Menschen offen, die Interesse an Ökologie und Demokratie haben, von der Politik der etablierten Parteien enttäuscht sind und nach einer vernünftigen, wählbaren Alternative suchen. „Als wertorientierte Partei, für die Ethik, Menschenbild und christlich-humanistische Werte von Bedeutung sind, ist die ÖDP ein ideales Forum für alle, die sich z.B. in Bürgerinitiativen für Umwelt- und Tierschutz, Menschenrechte, Sonntagsschutz oder fairen Handel engagieren“, so der Kölner Werner Roleff, Dipl.-Theologe von Beruf und ehrenamtlich auch im Bundesvorstand der ÖDP tätig. (Werner Roleff)

ÖDP aktiv gegen Massentierhaltung

In der Ortschaft Wietze bei Celle (Niedersachsen) ging im September 2011 Europas größter Geflügelschlachthof in Betrieb. Täglich werden dort 430.000 Hühner geschlachtet. Der Betrieb wurde mit 5 Millionen Euro subventioniert und treibt den derzeitigen Aufbau von gewaltigen Überkapazitäten maßgeblich voran. Mitglieder des Bundesarbeitskreises Landwirtschaft, Tierschutz, Gentechnik demonstrierten Ende August zusammen mit 7.000 anderen aktiven Mitbürgern, um mit einer Schlachthof-Umzingelung auf die verfehlte Landwirtschaftspolitik der Bundesregierung und die negativen Auswirkungen der Agrar- und Lebensmittelindustrie hinzuweisen.

Diese Landwirtschaftspolitik, die nicht nur mit unendlichem Tierleid und der Verseuchung von Böden, Wasser und Luft einhergeht, birgt auch für uns

Menschen viele, zum Teil unbekannte Risiken wie die Entstehung von neuen unbekanntenen Keimen. Geflügelkonzerne diktieren den abhängigen Vertragsmästern die Preise und Produktionsbedingungen (oftmals gentechnisch veränderte Futtermittel – pestizidbelastet, Antibiotika).

Die dabei entstehenden Arbeitsplätze sind meist dem Niedriglohnsektor zuzuordnen. Wir fordern deshalb die Unterstützung der bäuerlichen Landwirtschaft, die gesundes, faires und regionales Essen für uns Verbraucher zu fairen Preisen produzieren kann.

(Rosi Reindl)

ÖDP-Mitglied Christiane Lüst schreibt ein Buch gegen Gentechnik

Christiane Lüst, ÖDP-Mitglied und Gentechnik-Gegnerin, hat ein Buch über ihre Arbeit bei den Vereinten Nationen im Kampf gegen die Agrogentechnik und deren weltweite Folgen geschrieben.

Nach vielen Anfragen zu Lüsts Arbeit über Gennahrungsmittel und Agrogentechnik vor dem UN-Menschenrechtsausschuss ist das Buch dazu jetzt in deut-

scher Sprache fertig. Die englische und spanische Fassung für die Arbeit in Süd- und Mittelamerika sowie in Nordamerika, Asien und Afrika sind derzeit in der Übersetzung und in Kürze auch als E-Book verfügbar.

Mit der Aufforderung der UN an die Bundesregierung Deutschland 2011 zu Gesundheitsschutz und Gensojaimportstopp war Lüst bereits mehrfach ins Aigner-Ministerium zum Gespräch über die ersten Schritte einer Umsetzung gebeten worden. Notwendig wurde das Buch aufgrund vieler Anfragen zu den Auflagen, die Christiane Lüst mittlerweile gemeinsam mit vielen Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) in den Ländern vor Ort bei der UNO



Jens Rehmann, Landesvorsitzender der ÖDP in Sachsen-Anhalt (links) demonstriert gemeinsam mit der Gentechnik-Expertin Rosi Reindl (rechts) gegen Massentierhaltung.

gegen die Regierungen erwirkt hat. Die NGO weltweit, Menschenrechtsgruppen – oder auch das Menschenrechtstribunal ganz aktuell jetzt in Mexiko – können und sollen das Buch für ihre Arbeit nutzen. „Den internationalen Pakt haben über 140 Länder weltweit ratifiziert. Das beinhaltet auch die Einhaltung des Rechts auf Nahrung und damit auf ressourcenschonende nachhaltige Produktion, auf Schutz des Zugangs zum alten Saatgut für Nachbau durch die Bauern und vor Konzernen u.v.m.“, fasst Lüst kurz ihre Botschaft zusammen.

„Jeder von uns kann darüber hinaus selbst etwas beitragen zu einer Veränderung, um diese schrecklichen Folgen des Gen-Anbaus für die Menschen in den Erzeugerländern umgehend abzustellen: angefangen vom Einkaufsboykott von allem, was mit tierischen Produkten hergestellt wurde, die nicht genfrei oder bio gekennzeichnet sind, bis hin zum Saatguteinkauf, dessen Produzenten mittlerweile weitestgehend auch schon von Monsanto aufgekauft wurden“, so Lüst.

Christiane Lüst arbeitet aktuell gerade an einem Bericht gegen Österreich, der im November vor dem UN-Menschenrechtsausschuss verhandelt wird.

Für jedes verkaufte Buch gehen darüber hinaus 2 Euro in die Arbeit der Aktion GEN-Klage, um weitere Zulassungen von Gennahrungsmitteln auf EU-Ebene juristisch zu stoppen.

Titel: „Regierungen, die gentechnisch veränderte Nahrungsmittel zulassen, verletzen die Menschenrechte“ – Agrogentechnik vor dem Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte.

Kontakt: Christiane Lüst, Aktion GEN-Klage

» www.stopptgennahrungsmittel.de

Fehlerteufel in ÖP 159

Leider ist im Artikel „ÖDP-Erfolg durch Wahlkampf-Planung“ von Werner Roleff auf S. 52 (unter Schritt 3) ein entscheidender Satz nicht korrekt wiedergegeben worden:

Statt „Wahlkampf bedeutet nicht zuletzt: Gegner (die anders denken) zu überzeugen ...“ muss es richtig heißen: „Wahlkampf bedeutet nicht zuerst: Gegner (die anders denken) zu überzeugen ...“

Wir bitten den Fehler zu entschuldigen.
Die ÖP-Redaktion

Abschied von Martin Eichler

Martin Eichler, verantwortlich für Interessentenbetreuung, Materialversand und Marketing, hat zum 1. September als Mitarbeiter die ÖDP verlassen. Wir bedauern seinen Weggang und wünschen ihm alles Gute für die Zukunft.



ÖDP-Bundesvorstandsmitglied Susann Mai verabschiedet Martin Eichler.

Weihnachtsurlaub 2013/2014

Die Bundesgeschäftsstellen haben wie folgt Urlaub:

Büro Berlin:

20. Dezember 2013 bis 6. Januar 2014

Büro Mainz:

21. Dezember 2013 bis 12. Januar 2014

Büro Würzburg:

20. Dezember 2013 bis 6. Januar 2014

Abrechnungen 2013

Alle Abrechnungen für dieses Jahr müssen bis **spätestens 13. Dezember** bei den zuständigen Gliederungen eingereicht sein. Alle nach diesem Termin eingereichten Abrechnungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Neues aus den Landesverbänden

Nordrhein-Westfalen

Es ist nicht alles Gold, was glänzt

Für viele ÖDP-Mitglieder waren die letzten Wochen vor den Sommerferien richtiger Stress.

Aber es hat sich wieder mal gelohnt. Auch die ÖDP NRW hatte mit der Sammlung von weit über 2.000 Unterstützungsunterschriften (UU) ihr Quorum für die Landesliste zur Bundestagswahl erfüllt. „Als ich am 26. Juli zum Wahlausschuss des Düsseldorfer Landtags reiste, war der dortige Besuch als sogenannte Vertrauensperson der ÖDP NRW nur noch reine Formsache“, freute sich Sieglinde Kersting (NRW-Landesgeschäftsstelle). Doch die Arbeit vor ihrem Sommerurlaub war ein gehöriger Endspurt eines Marathonlaufs, den sich auch der Landesvorstand der ÖDP NRW anders vorgestellt hatte. Denn wieder einmal waren die erforderlichen UU „auf den letzten Drücker“ beisammen. „Wir hätten gerne die Voraussetzungen zur Wahlzulassung in diesem Frühjahr abgeschlossen, um andere Landesverbände bis zum Stichtag im Juli tatkräftig zu unterstützen. Doch erst am letzten Tag der Abgabefrist konnten wir sicher sein, dass wir unser erstes Ziel erreicht hatten“, äußerte sich Gerd Kersting, Landesvorsitzender der ÖDP NRW, unzufrieden.

Tatsächlich waren vorher Monate vergangen, in denen die Sammlung der UU nicht so richtig anlaufen wollte. Gerd Kersting weiter: „Manch einer berichtete mir, dass die Leute nach den Datenschutzskandalen der letzten Zeit ihre persönlichen Daten nicht mehr so gerne hergaben.“ Viele Kreisverbände seien auch mit sich und der Politik vor Ort sehr beschäftigt gewesen. Andere erwähnten, dass auch das Wetter vom Herbst bis Frühjahr die Sammelbereitschaft einfrieren ließ. Weiter wurde betont: „Das ist bei der ÖDP eben so: Alle warten bis zur letzten Frist ...“ Es müsse doch allen klar gewesen sein, dass politische Statements, Aktionen und sonstige Öffentlichkeitsarbeit keinen Sinn machen, wenn die ÖDP letztendlich in NRW gar nicht auf dem Stimmzettel stehe, mahnte noch auf der Zielgeraden der Kreisvorsitzende Reinhard Wersing (Gütersloh) beim Landesvorstand an. Er war auch einer der Ersten, der die angekündigte Zahl von UU in der Landesgeschäftsstelle abgeben hatte. „Von mir noch einmal ein dickes Lob und vielen herzlichen Dank an Reinhard Wersing“, so Gerd Kersting. Immerhin wurde beim Landesparteitag im März (Köln) schon deutlich, dass einige sonst fleißige Sammler, die immer für einige Hundert Unter-

schriften sorgen konnten, diesmal „weggebrochen“ sind. „An dieser Stelle möchte ich unserer wohlverdienten Aktivistin Marlene Gilsdorf gedenken, die zu Jahresbeginn verstorben ist und die zu den fleißigsten Sammlerinnen in unserem Land gehörte“, drückt Kersting sein Bedauern über den auch menschlichen Verlust von Frau Gilsdorf, auch im Namen des Landesverbandes, aus. Hingegen erinnert sich der Landesvorsitzende nicht so gerne an andere „lebende Legenden“ in NRW, die u. a. sinngemäß verlauten ließen „... ich kandidiere lieber als Einzelkandidat!“ oder „... ob das so sinnvoll ist, überhaupt zur Bundestagswahl anzutreten. Wir wollen uns lieber nur auf unsere Stadt konzentrieren.“

Der Landesvorstand der ÖDP NRW aber stand in der Pflicht und hatte ein klares Votum vom Landesparteitag in Köln und auch ein klares Signal vom Bundesvorstand bekommen, dass NRW als bevölkerungsreichstes Bundesland dabei sein muss, um die vielleicht kleine Chance der Wahlkampfkostenerstattung (0,5 %) überhaupt zu wahren.

Des Weiteren werden nächstes Jahr auch in NRW Kommunalwahlen (25.05.14) stattfinden.

„Die Bundestagswahl ist eine gute Gelegenheit, um zur Kommunalwahl schon jetzt zu werben. Am besten natürlich mit einer Direktkandidatur für die Erststimme, was leider nicht jedem Bewerber gelungen ist. Doch auch das Sammeln der Unterstützungsunterschriften erhöht unseren Bekanntheitsgrad“, gibt Benjamin Jäger (Kreisvorsitzender in Bochum und stellv. Landesvorsitzender) den Mitgliedern auf den Weg.

Wo in NRW das Engagement fehlte, die Bundes-ÖDP bei der Wahl zu unterstützen, sei dem Landesvorstand schon klar geworden. Hier gelte es zukünftig anzusetzen, damit es bei den Vorbereitungen für die EU-Wahl (25.05.14) nicht noch mal so „kneife“. Aber der Landesvorstand wird auch selbstkritisch diesen Vorgang analysieren, um beim nächsten Mal optimaler aufgestellt zu sein, auch um sich selbst und andere im Lande besser zu motivieren.

„Wir möchten nun für die EU-Wahl auf die jetzt gemachten Erfahrungen setzen“, sagt Kersting weiter



Gerd Kersting

und hofft auf die allgemeine Erkenntnis: „Je früher wir mit dem Sammeln der UU fertig sind, um so eher können wir uns auf das eigentliche politische Geschäft konzentrieren.“ Denn die ÖDP habe schließlich mehr zu bieten, als sich die Schuhsohlen abzuwetzen. „Wir wollen und müssen unser gutes Programm mehr in die Öffentlichkeit bringen, um etwas für die Gesellschaft in unserem Land und weltweit leisten und umsetzen zu können“, betont Kersting. Dieses Ziel dürfe die Partei nicht aus den Augen lassen.

Rob Maris, Beisitzer im Landesvorstand, ergänzt: „Allein mit sich selbst zu beschäftigen, bringt uns nicht nach vorne. In NRW gibt es genug Dinge, die verändert werden müssen! Sei es die Familienpolitik oder der Tierschutz. Wichtig ist auch der Öffentliche Verkehr, der erheblich attraktiver gestaltet sein kann. Es ist auch nicht hinnehmbar, dass die Bahn die niedrigen Margen im Fernverkehr aus dem Regionalverkehr finanziert. Auch mehr direkte Demokratie muss sein, zum Beispiel niedrigere Hürden für Volksbegehren. Die Gesundheitspolitik, das Schulsystem, der Sonntagschutz – Stichwort Ladenöffnungszeiten: All das bedarf Verbesserungen. Und dann sind da noch die Schulden in NRW, die unbedingt abgebaut werden müssen.“

Der Landesvorstand ist sich einig: „Es ist nicht alles Gold, was glänzt“, das gelte für die ÖDP intern, aber auch für Politik und Strukturen in diesem Land. Deshalb wolle die ÖDP in NRW weiter vorangehen und ihre gesetzten Ziele verfolgen. So könne man zukünftig intern wie nach außen glänzen.

In diesem Sinne lädt der Landesvorstand alle interessierten ÖDpler in NRW herzlich ein, an einer inhaltlichen Auseinandersetzung teilzuhaben. Zu diesem Zweck planen wir, neben der aktuellen Diskussionsmöglichkeit von ÖDP-Internet-Foren (www.forum.oedp.de), einen separaten Landesarbeitskreis zu tagespolitischen Themen einzurichten.

Wer sich dafür interessiert und mitmachen möchte, meldet sich bitte bei

*Kontakt: Sieglinde Kersting
Geschäftsstelle ÖDP-NRW
Tel. 02 51/ 2 03 80 79
oder sieglinde.kersting@oedp.de*

Baden-Württemberg

Interesse am Programm der ÖDP

Der Landtag hat die Petition des Landesvorsitzenden der ÖDP Baden-Württemberg zur Begrenzung der

Mieterhöhungen auf 15% (statt 20%) innerhalb von drei Jahren abgelehnt. Diese Ablehnung verwundert insofern, weil die Mehrheit im Landtag grün-rot ist und auf Wahlplakaten und in Sonntagsreden der beiden Mehrheitsparteien vollmundig die Begrenzung der Mietpreise gefordert wird. Bei seiner Ablehnung folgt der Landtag einer Empfehlung des Petitionsausschusses. Dabei überzeugt die Begründung der Ablehnung nicht: Gemäß dieser würde die geforderte Rechtsverordnung des Landes eine neue Inhalts- und Schrankenbestimmung des durch Artikel 14 Grundgesetz geschützten Eigentums darstellen. Außerdem könne nicht belegt werden, dass die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen gefährdet ist. Diese Begründung übersieht, dass auch die bisherige Grenze von 20% eine solche Inhalts- und Schrankenbestimmung darstellt. Außerdem ist die Verknappung von bezahlbarem Wohnraum durch die Finanzkrise nicht zu leugnen. Die Angst vor einem Wertverfall des Geldes hat bereits einen Sturm auf die Immobilien ausgelöst, der diese zu Spekulationsobjekten werden lässt. Tatsächlich geben der Petitionsausschuss und das zuständige Ministerium ja auch zu, sich der Problematik auf einzelnen Wohnungsmärkten bewusst zu sein. Diesem Bewusstsein folgt jedoch kein erkennbares Handeln. Zumindest bleibt offen, wie der Landtag das Problem beheben will, wenn nicht auf dem von Bernd Richter geforderten Wege der Begrenzung der Mieterhöhungen. Zwar ist noch keine endgültige Entscheidung getroffen worden, jedoch ist nicht davon auszugehen, dass die einmal getroffene Entscheidung noch aufgehoben wird.

Zur Zeit der Abfassung dieser Zeilen ist in Baden-Württemberg der Wahlkampf im Gange. Dabei fällt auf, dass das Interesse an dem Programm der ÖDP wieder erwacht ist und in der Landesgeschäftsstelle zunehmend Anfragen eingehen. Dabei ist die recht große Zahl lobender Kommentare und Unterstützungsangebote erfreulich. Entscheidend ist für das Vorankommen der ÖDP, dass sich eine möglichst große Zahl Mitglieder und Interessenten traut, offensiv das gute



Matthias Dietrich

Programm im Freundeskreis und in der Öffentlichkeit zu vertreten.

*Kontakt: Landesgeschäftsführer Uli Stein
(Tel. 07 11/ 6 36 46 44, info@oedp-bw.de),
Regionalbeauftragter Matthias Dietrich
(Tel. 0 71 21/ 88 01 04, dietrichmat@web.de)*

Thüringen

ÖDP Thüringen verdoppelt Bundestagswahlergebnis

Der Landesverband Thüringen der Ökologisch-Demokratischen Partei/Familie, Gerechtigkeit, Umwelt gibt bekannt, dass die ÖDP/Familie in ganz Thüringen ihr Bundestagswahlergebnis verdoppelt hat. Damit ist bestätigt, dass die ÖDP/Familie immer mehr Zustimmung in allen Thüringer Wahlkreisen gewinnt. Das bedeutet, dass sie ihr Wahlziel – steigende Ergebnisse – erreicht hat. Die Stimmengewinne beliefen sich mit Stand 22.09.2013, 23:05 Uhr, auf 4.039, sodass in diesem Jahr mehr als doppelt soviel Stimmen für die ÖDP/Familie bei der Bundestagswahl abgegeben wurden im Vergleich zum vorherigen Ergebnis! (2013: 7.899; 2009: 3.860). Dazu Spitzenkandidatin Susann Mai: „Ich danke allen Wählerinnen und Wählern für das mir ausgesprochene Vertrauen. Ich freue mich darüber, dass die ökologische Botschaft und der Einsatz für faires Handeln, soziale Gerechtigkeit und konsequente Energiewende – ohne Fracking – bei vielen angekommen sind und mehr als doppelt so viele Bürgerinnen und Bürger thüringenweit die ÖDP/Familie gewählt haben.“ Susann Mai sieht darin den Wunsch der fast 8.000 Wählerinnen und Wähler nach Glaubwürdigkeit, Transparenz und erfolgreicher Bürgerbeteiligung bekräftigt. Mai wird sich dafür einsetzen, dass nachhaltig zu wirtschaften, Familien zu stärken, die Lebensgrundlagen zu sichern und die Lebensqualität zu verbessern in Thüringen weiterhin thematisiert werden.

Kontakt: susann.mai@oedp.de



Susann Mai

Bayern / Landtagswahl

27.000 Stimmen mehr bei der bayerischen Landtagswahl

Die bayerische ÖDP hat bei der Landtagswahl am 15. September landesweit 27.000 Stimmen mehr erhalten und insgesamt 2% der Wählerstimmen erreicht. Bei der Wahl 2008 waren es ebenfalls 2%.

ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek bezeichnet das Ergebnis seiner Partei als „respektabel“. Die eigenen Erfolge hätten das Umfeld für die ÖDP schwieriger gemacht: „Im letzten Landtagswahlkampf trat die CSU noch für die Fortsetzung der Atomkraft, für den Staustufenbau an der Donau und für die Gentechnik in der Landwirtschaft ein. Wir haben diese CSU-Positionen aus wertkonservativen Überzeugungen erfolgreich bekämpft.“ Da die CSU ihre Position in diesen drei Bereichen vermeintlich vollständig geändert hat, war „für die ÖDP das Umfeld aufgrund eigener sachlicher Erfolge schwieriger als vor fünf Jahren“. Das Kernthema der ÖDP, nämlich die Kritik des Wachstumswahns „immer schneller, immer höher, immer weiter“, sei nach wie vor schwierig zu vermitteln. Leider hätten auch viele Familien nicht den Mut, für ihre unverzichtbaren Leistungen endlich das von der ÖDP geforderte Familiengeld einzufordern.

„Der ÖDP-Landesvorstand hätte sich zwar ein besseres Wahlergebnis erhofft. Aber immerhin ist das Ergebnis besser als das der hochgejubelten Piratenpartei. Wir werden uns nun gezielt auf die Kommunalwahlen im März vorbereiten, den Einzug ins Europaparlament – wo es keine 5%-Hürde mehr gibt – anpeilen und die Parlamentsparteien wie bisher durch außerparlamentarische Aktionen und Petitionen in Bewegung halten“, erklärte der bayerische ÖDP-Chef.

Der ÖDP-Landesvorstand bedankt sich ganz herzlich bei den Wählerinnen, Wählern und allen Mitgliedern für die vielfältige Unterstützung in diesem Wahlkampf. Die kompletten Wahlergebnisse sind beim Landeswahlleiter abrufbar unter:

» www.landtagswahl2013.bayern.de



Klaus Mrasek

Zur bevorstehenden Kommunalwahl am 16. März 2014 wird die ÖDP Bayern voraussichtlich 50.000 Euro bereitstellen, um gezielt neue Listen zu fördern. Die Landesgeschäftsstelle wird alle potenziellen neuen Stadtrats-, Gemeinderats- und Kreistagslisten umfassend beraten und vor allem während der Eintragungszeit die Sammlung von Unterstützungsunterschriften unterstützen.

Nähere Infos unter Tel. 08 51/ 93 11 31

Bezirkstagswahl

ÖDP zieht in fünf Bezirkstage ein

Die ÖDP ist seit der Wahl vom 15. September in fünf von sieben bayerischen Bezirkstagen vertreten – in drei Bezirkstagen mehr als bisher. Wir haben unser Mandat in Niederbayern mit 4,66% verteidigen können. In Oberbayern erhielt die ÖDP mit 3,1% diesmal zwei Sitze. Neu ist die ÖDP in der Oberpfalz (3,0%), in Mittelfranken (1,75%) und Schwaben (2,5%) mit je einem Mandat vertreten. Gewählte Bezirksräte sind: Schwaben: Alexander Abt, Stadtrat in Memmingen; Mittelfranken: Ingrid Malecha; Oberpfalz: Joachim Graf, Stadtrat in Regensburg; Niederbayern: Urban Mangold, 2. Bürgermeister in Passau; Oberbayern: Johanna Schildbach-Halser, bisherige Bezirksrätin, und Tobias Ruff, Stadtrat in München

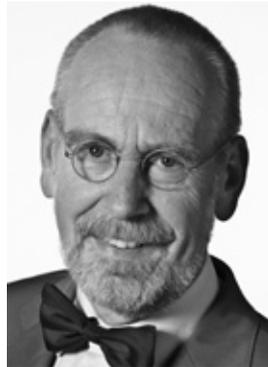
Der bayerische ÖDP-Vorsitzende Klaus Mrasek dankte allen gewählten Bezirksräten für ihren Einsatz und gratulierte zum erfolgreichen Wahlkampf. Die Bezirkstage sollten sich nach Ansicht des ÖDP-Landesvorsitzenden auch in die von Ministerpräsident Seehofer geplante Dezentralisierung Bayerns einbringen. Dies sei „ein sinnvolles Vorhaben“. Es stelle sich jedoch die Frage, „ob man dazu wirklich ein neues Ministerium mit zusätzlicher Ministerialbürokratie braucht“ – wie

INFO

In Bayern gibt es sieben Regierungsbezirke, die über ein eigenes Regionalparlament verfügen und parallel zur bayerischen Landtagswahl gewählt werden. Die Größe der Bezirkstage variiert nach Einwohnerzahlen (zwischen 16 und 60 Bezirksräte). Es werden im jeweiligen Bezirk genauso viele Bezirksräte wie Landtagsabgeordnete gewählt. Die Bezirkstage sind zuständig für Einrichtungen und Aufgaben des Bezirkes im Sozial-, Kultur-, Gesundheits- und Umweltbereich sowie der Heimatpflege.



Johanna Schildbach-Halser



Joachim Graf



Urban Mangold



Ingrid Malecha



Tobias Ruff



Alexander Abt

Seehofer dies angekündigt hat. „Die Bezirke dürfen bei der Dezentralisierung Bayerns nicht als Zuschauer danebenstehen. Über viele regionale Angelegenheiten lässt sich im Bezirk sachgerechter entscheiden als von einem fernen Ministeriumsschreibtisch aus“, so Mrasek.

Die Bezirkstage sollten künftig auch verstärkt als Anwalt des Regierungsbezirkes gegenüber Bund und Land auftreten. „Wenn beispielsweise naturzerstörende Großprojekte durchgepeitscht werden, sollten die Bezirkstage neben ihren klassischen Aufgaben auch schon mal hörbar fordern: ‚So nicht!‘“, meint Mrasek.

Wahlkampftour „Radeln für Bayern“

Den Menschen zuhören

In 90 Tagen durch 90 Stimmkreise. Politik für die Menschen und mit den Menschen. Das waren die Zielvorgaben der ÖDP-Radtour zur bayerischen Landtagswahl. Zusammen mit vielen ÖDP-Kandidatinnen und -Kandidaten bin ich von Juni bis September durch ganz Bayern geradelt.

von Sebastian Frankenberger, Bundesvorsitzender der ÖDP

Der Start der „Radeln für Bayern“-Tour gestaltete sich nicht ganz einfach: Das Sommer-Hochwasser machte unserem geplanten Beginn einen Strich durch die Rechnung, sodass wir unsere Wahlkampftour um über eine Woche verschieben mussten. Schließlich radelten wir am 11. Juni

mit vielen ÖDP-Mitgliedern von Landau an der Isar nach Mühldorf am Inn. Schon auf der ersten Etappe diskutierten wir mit den Wählern Themen, die ihnen auf dem Herzen lagen. Auf dem Weg an der Salzach entlang und beim Besuch von Biohöfen wurde z. B. klar, dass der Anbau von Mais nicht ganz un-

umstritten ist. Ein Grund für das Hochwasser ist nämlich auch die Bodenverdichtung. Außerdem führt die Monokultur zur Auslaugung der Böden – auch ein Thema, das wir als ÖDP einbringen müssen.

Bereits am dritten Tag begann sich meine Fitness merklich zu bessern. Das war auch wichtig, denn



Furiöse Schlussetappe: Ankunft vor dem bayerischen Landtag

Fotos: ÖDP-Filmteam



ÖDP-Chef Frankenberger besucht die Tafel e.V. in Weiden.



Das Filmteam begleitete die ÖDP während der Radtour.



Besuch bei Fair Repair in Regensburg



ÖDP-Bürgermeister Kimmerl empfängt in Pfreimd die Radler.



Natur auf dem Weg nach Eichstätt



Besuch des Mahnmals für die NSU-Opfer in Nürnberg

hinauf zur Führmanalm schwitzten wir gewaltig. Das Bergtrikot verdiente sich Andreas Huber, der als erstes oben ankam.

Weiter ging die Tour durch das Allgäu. Obwohl wir mit dem Regen zu kämpfen hatten, konnte ich die satten Wiesen und die wunderschöne Landschaft genießen. Einen kurzen Abstecher machten wir nach Leutkirch in Baden-Württemberg. An dieser Stelle gilt mein herzlicher Dank allen Mitgliedern außerhalb Bayerns, die mich ein Stück auf dieser einmaligen Radtour begleitet haben.

Während der Tour gab es für mich viele schöne Erlebnisse. Dazu zählen eine Kanufahrt auf dem Main oder Segelfliegen in Mittelfranken oder Gleitschirmfliegen in Eichstätt. Die Schönheit der Natur, aber auch der Zusammenhalt der ÖDP-Mitglieder haben mich immer wieder sehr beeindruckt.

Leider gibt es immer noch Gegendern, in denen die ÖDP nicht so aktiv ist. Das habe ich z.B. in Franken bemerkt, wo ich z.T. alleine lange Strecken geradelt bin. Zwar taten mir diese Etappen auch ganz gut, weil ich die Tour reflektieren und

ein bisschen Privatsphäre genießen konnte, aber mir wurde auch klar vor Augen geführt, wo die ÖDP eklatanten Mitgliedermangel hat. Hier müssen wir uns bald Konzepte überlegen, was wir gegen diese „weißen Flecken“ auf der ÖDP-Landkarte tun können.

Die vielen aktiven und engagierten ÖDP-Kreisverbände sind – bei allen Zweifeln – aber der wichtigste Grund, warum es sich überhaupt lohnt, weiter politisch tätig zu sein. Das Wahlergebnis von 2% bei der Landtagswahl, mit einem Zugewinn an 27.000 Stimmen, hat uns natürlich auch ein bisschen enttäuscht. Was wir hätten besser machen können und was wirklich gut gelaufen ist, wird gerade in der Wahlkampfkommission analysiert. In der nächsten Ausgabe von ÖkologiePolitik folgt ein ausführlicher Bericht.

Höhepunkte der Tour

Der Höhepunkt der Radtour war die letzte Etappe zum Landtag nach München. Über 150 Mitglieder und ein Polizeikonvoi begleiteten uns durch die bayerische Landeshauptstadt. Die Menschen am Straßenrand jubelten uns begeistert zu. So macht Wahlkampf Spaß!

Sehr wichtig und informativ für mich waren auch die zahlreichen Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern während der Tour. Unser Ziel war es ja, die Anliegen der Menschen zu sammeln und in die politische Arbeit mit einzubeziehen. Welche Themen liegen den Bürgern am Herzen? Zunächst einmal war es spannend zu hören, dass soziale Gerechtigkeit die Menschen offenbar sehr bewegt. Vor allem in der Familienpolitik mahnten die Bürger Reformen an, damit Wahlfreiheit für alle verwirklicht werden kann.

Auch forderten viele Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit in der Politik – der wahrgenommene Mangel daran erklärt die Politikverdrossenheit vieler Menschen. Bei den örtlichen Bürgermeistern sahen die Themen

nerung ist mir der Besuch beim Naturkosthersteller Rapunzel im Allgäu geblieben. Joseph Wilhelm, der Gründer und Eigentümer, hat mit Rapunzel seine eigene Philosophie von nachhaltigen Lebensmitteln,

bedanken. Auch danke ich allen, die die Tour im Internet verfolgt und uns ihre Anliegen geschrieben haben. Obwohl ich zwischendurch immer mal wieder von frustrierenden Gedanken geplagt war, weil nicht alles so rund lief, wie wir es uns in der Vorbereitung gewünscht hatten, überlege ich, ob wir aus den ganzen Erlebnissen nicht einen Dokumentarfilm drehen. Vielleicht schreibe ich auch wieder ein Buch. Sicher ist: Nach all dem Trubel wird mir ein bisschen Abstand zur ÖDP gut tun. Schließlich werden wir bald im Europawahlkampf neu durchstarten.

Über 150 Mitglieder und ein Polizeikonvoi begleiteten uns durch die bayerische Landeshauptstadt.

ein bisschen anders aus. Hier dominierte die Energiewende und die damit verbundenen Planungen und Schwierigkeiten. Dass wir uns die Zeit genommen haben, um mit den Menschen zu sprechen und vor allem, um ihnen zu zuhören, kam sehr gut an. Tolle Gespräche führten wir auch mit örtlichen Firmen, mit Ökobetrieben und mit sozialen Einrichtungen. Besonders in Erin-

fairen Produktionsbedingungen und gutem Umgang mit Mitarbeitern verwirklicht. Dafür hat ihn die ÖDP im September mit der „Goldenen Schwalbe“ geehrt. (siehe S. 47)

Ich möchte mich ganz herzlich beim gesamten Team (Organisation, Fahrer, Filmteam) für die vertrauensvolle und zuverlässige Begleitung über insgesamt 4.320 Kilometer und 31.000 Höhenmeter

Sebastian Frankenberger ist seit 2010 Bundesvorsitzender der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP).

www.oedp.de

Ergebnisse der bayerischen Landtagswahl 2013

Kandidat	Erststimmen in %			Gesamtstimmen %		
	2013	2008	Diff.	2013	2008	Diff.
Bayern	2,1	2,1	0,0	2,0	2,0	0,0
Stimmen	127.327	114.261	13.066	239.235	212.200	27.035
NDB	3,3	4,2	-0,9	3,1	4,1	-1,0
OBB	2,3	1,9	0,4	2,1	1,8	0,3
OPF	2,9	2,8	0,1	2,7	2,7	0,0
OFR	1,1	1,2	-0,1	1,0	1,2	-0,2
MFR	1,5	1,6	-0,1	1,5	1,5	0,0
UFR	1,4	1,9	-0,5	1,4	1,7	-0,3
SCH	2,4	2,3	0,1	2,2	2,1	0,1

101	München-Hadern	Thomas Prudlo	1,9	1,1	0,8	1,7	1,0	0,7
102	München-Bogenhausen	Gerd Lierhammer	1,7	0,8	0,9	1,7	0,8	0,9
103	München-Giesing	Birgit Oswald	1,3	0,9	0,4	1,4	0,9	0,5
104	München-Milbertshofen	Klaus Buchner	2,4	1,4	1,0	2,1	1,3	0,8
105	München-Moosach	Bernd Louisoder	1,7	1,4	0,3	1,7	1,2	0,5
106	München-Pasing	Franziska Spannagl	2,2	1,6	0,6	2,0	1,3	0,7
107	München-Ramersdorf	Günther Hartmann	1,7	1,0	0,7	1,7	1,0	0,7
108	München-Schwabing	Sebastian Frankenberger	2,0	1,0	1,0	1,7	1,0	0,7
109	Altötting	Johann Huber	3,2	2,2	1,0	2,5	2,0	0,5
110	TÖL-GAP	Herbert Stöckl	2,7	1,6	1,1	2,2	1,5	0,7
111	Berchtesgadener Land	Agnes Thanbichler	3,7	2,0	1,7	3,0	2,2	0,8
112	Dachau	Mechthild Hofner	3,2	2,2	1,0	2,8	2,1	0,7
113	Ebersberg	Frank Senftleben	1,7	2,3	-0,6	1,9	2,1	-0,2
114	Eichstätt	Willi Reinbold	2,9	3,2	-0,3	2,5	2,7	-0,2
115	Erding	Stephan Treffler	3,9	4,5	-0,6	3,3	3,8	-0,5
116	Freising	Jörg Kästl	1,5	1,2	0,3	1,6	1,4	0,2
117	Fürstenfeldbruck-Ost	Tanja Pfisterer	1,7	0,8	0,9	1,6	0,9	0,7
118	Ingolstadt	Michael Würflein	2,9	3,5	-0,6	2,6	3,0	-0,4
119	Landsberg, FFB-West	Wolfgang Buttner	2,8	1,7	1,1	2,4	1,7	0,7
120	Miesbach	Peter Limmer	1,9	1,7	0,2	1,9	1,5	0,4
121	Mühlendorf	Reinhard Retzer	3,1	2,7	0,4	2,8	2,6	0,2
122	München-Land-Nord	Wilhelm Cordes	1,6	1,1	0,5	1,6	1,2	0,4
123	München-Land-Süd	Karl Heinz Jobst	1,5	0,9	0,6	1,5	0,9	0,6
124	Neuburg-Schrobenh.	Franz Hofmaier	1,1	1,6	-0,5	1,4	1,3	0,1
125	Pfaffenhofen	Richard Fischer	2,6	3,4	-0,8	2,3	2,5	-0,2
126	Rosenheim-Ost	Josef Fortner	2,9	2,9	0,0	2,6	2,5	0,1
127	Rosenheim-West	Wilhelm Bothar	1,9	2,3	-0,4	2,1	2,2	-0,1
128	Starnberg	Christiane Lüst	2,5	1,6	0,9	2,1	1,4	0,7
129	Traunstein	Helmut Kauer	1,6	2,0	-0,4	1,6	1,8	-0,2
130	Weilheim-Schongau	Rudolf Kühn	4,6	4,4	0,2	4,1	4,0	0,1
201	Deggendorf	Franz-Xaver Lechner	2,6	3,1	-0,5	2,5	3,2	-0,7
202	Dingolfing	Dr. Helmut Pix	3,3	3,6	-0,3	3,0	3,7	-0,7
203	Kelheim	Annette Setzensack	3,2	2,9	0,3	3,0	3,1	-0,1
204	Landshut	Lorenz Heilmeier	2,5	2,0	0,5	2,4	2,2	0,2
205	Passau-Ost	Agnes Becker	3,1	7,0	-3,9	3,3	6,0	-2,7
206	Passau-West	Ingrid Ohly	3,7	5,2	-1,5	3,2	5,5	-2,3
207	Freyung-Grafenau	Hans-Peter Kirmis	1,7	2,6	-0,9	2,0	3,1	-1,1
208	Rottal-Inn	Konrad Schützeneder	4,2	5,3	-1,1	4,7	4,5	0,2
209	Straubing	Bernhard Suttner	5,2	6,0	-0,8	4,1	5,7	-1,6

		Kandidat	2013	2008	Diff.	2013	2008	Diff.
301	Amberg-Sulzbach	Klaus Mrasek	2,9	3,1	-0,2	3,3	3,1	0,2
302	Cham	Sepp Riederer	1,8	2,3	-0,5	1,7	1,9	-0,2
303	Neumarkt	Josef Neumeyer	1,8	1,8	0,0	1,9	1,7	0,2
304	Regensburg-Land	Dr. Reinhard Erös	3,1	3,5	-0,4	3,0	3,4	-0,4
305	Regensburg-Stadt	Astrid Lamby	3,2	3,5	-0,3	3,4	3,5	-0,1
306	Schwandorf	Arnold Kimmerl	5,0	2,9	2,1	3,8	3,2	0,6
307	Tirschenreuth	Theresia Kunz	1,8	2,1	-0,3	1,8	1,9	-0,1
308	Weiden Opf.	Dr. Barbra Kindl	3,0	2,9	0,1	2,5	2,5	0,0
401	Bamberg-Land	Martin Eichler	0,9	1,2	-0,3	1,0	1,2	-0,2
402	Bamberg-Stadt	Susanne Batz	1,4	1,5	-0,1	1,3	1,3	0,0
403	Bayreuth	Bernd Runge	0,6	0,9	-0,3	0,8	0,8	0,0
404	Coburg	Dr.-Ing. Klaus Klumpers	1,3	2,5	-1,2	1,3	2,2	-0,9
405	Forchheim	Roger Jörg Kuchenreuther	0,8	0,7	0,1	0,8	0,8	0,0
406	Hof	Peter Hiltner	1,0	1,2	-0,2	0,8	1,1	-0,3
407	Kronach, Lichtenfels	Thomas Karl Müller	2,0	1,5	0,5	1,4	1,3	0,1
408	Wunsiedel, Kulmbach	Ehrenfried Johann Bittermann	0,7	0,8	-0,1	0,7	0,8	-0,1
501	Nürnberg-Nord	Manuela Forster	1,3	1,3	0,0	1,3	1,3	0,0
502	Nürnberg-Ost	Frank Jäger	1,1	1,0	0,1	1,2	1,0	0,2
503	Nürnberg-Süd	Eilin Herrmann	1,1	1,5	-0,4	1,2	1,2	0,0
504	Nürnberg-West	Maximilian Gruber	1,0	1,2	-0,2	1,1	1,1	0,0
505	Ansbach-Nord	Jürgen Schilling	2,7	2,4	0,3	2,7	2,5	0,2
506	Ansbach-Süd/WUG	Reinhard Ebert	2,2	2,3	-0,1	2,1	2,1	0,0
507	Erlangen-Höchststadt	Manfred Reinhart	1,1	0,9	0,2	1,1	0,9	0,2
508	Erlangen-Stadt	Christian Stadelmann	1,7	1,7	0,0	1,9	1,7	0,2
509	Fürth	Daniela May	1,0	1,2	-0,2	1,1	1,0	0,1
510	NEA/ FÜ-Land	Jürgen Osterlänger	2,1	2,7	-0,6	2,0	2,3	-0,3
511	Nürnberger Land	Carsten Schmotz	1,0	1,1	-0,1	1,1	0,9	0,2
512	Roth	Roland Wolkersdorfer	1,4	1,0	0,4	1,3	0,9	0,4
601	Aschaffenburg-Ost	Walther Peeters	1,1	2,4	-1,3	1,0	1,8	-0,8
602	Aschaffenburg-West	Bernhard Schmitt	1,3	1,2	0,1	1,3	1,2	0,1
603	Bad Kissingen	Monika Wick	1,4	1,6	-0,2	1,2	1,6	-0,4
604	Rhön-Grabfeld	Klemens Albert	2,1	2,9	-0,8	1,9	2,5	-0,6
605	Kitzingen	Bianca Tröge	1,8	2,3	-0,5	1,7	2,1	-0,4
606	Main-Spessart	Michaela Schwab	0,9	1,1	-0,2	0,9	1,0	-0,1
607	Miltenberg	Steffen Scholz	1,9	2,8	-0,9	2,0	3,2	-1,2
608	Schweinfurt	Helmut Schmidt	1,0	0,8	0,2	1,0	0,8	0,2
609	Würzburg-Land	Doris Hüben-Holomos	1,1	1,6	-0,5	1,2	1,6	-0,4
610	Würzburg-Stadt	Dagmar Dewald	1,7	1,8	-0,1	1,8	1,7	0,1
701	Augsburg-Stadt-Ost	Julia Winkler	1,8	1,2	0,6	1,7	1,2	0,5
702	Augsburg-Stadt-West	Benedikt Bogdahn	1,4	1,9	-0,5	1,4	1,6	-0,2
703	Aichach-Friedberg	Maria Posch	2,6	1,9	0,7	2,3	1,8	0,5
704	Augsburg-Land, Dillingen	Karl Brugger	1,2	1,9	-0,7	1,2	1,4	-0,2
705	Augsburg-Land-Süd	Gabriele Olbrich-Krakowitzer	1,9	1,8	0,1	1,8	1,6	0,2
706	Donau-Ries	Johannes Thum	2,1	3,2	-1,1	1,9	2,8	-0,9
707	Günzburg	Maximilian Anton Wegele	2,3	2,6	-0,3	2,2	2,3	-0,1
708	Kaufbeuren	Peter Miller	2,8	2,9	-0,1	2,7	2,7	0,0
709	Kempten, Oberallgäu	Michael Hofer	3,1	2,9	0,2	2,7	2,5	0,2
710	Lindau, Sonthofen	Xaver Fichtl	2,7	1,9	0,8	2,7	1,8	0,9
711	Marktoberdorf	Roland Wagner	2,0	1,9	0,1	2,0	1,8	0,2
712	Memmingen	Gabriela Schimmer-Göresz	4,6	3,9	0,7	4,2	3,7	0,5
713	Neu-Ulm	Ulrich Hoffmann	2,7	2,5	0,2	2,5	2,2	0,3

Zusammengestellt
von Florence von Bodisco

ÖDP setzt sich für neues Bundeswahlrecht ein

„Fast sieben Millionen Wählerstimmen hatten bei der Bundestagswahl keine direkte Auswirkung. Deshalb benötigen wir dringend eine Reform des Wahlrechts.“ Diese Aussage trifft Sebastian Frankenberger, Bundesvorsitzender der ÖDP, anlässlich der jüngsten Bundestagswahl, bei



Sebastian Frankenberger

der rund 15% der Wählerstimmen auf Parteien entfielen, die an der 5%-Hürde gescheitert sind. (...)

Die ÖDP schlägt vor, eine sogenannte Alternativstimme einzuführen: Hier bekommen die Wähler eine oder mehrere zusätzliche Stimmen, die dann eingesetzt werden könnten, wenn die erstgewählte Partei den Sprung ins Parlament nicht schafft. „So wird das Argument der ‚verlorenen Stimme‘ entkräftet und jeder kann seine Lieblingspartei wählen“, erläutert Frankenberger. Nur mit dieser Lösung könne auch der zunehmenden Politikverdrossenheit entgegengewirkt werden. „Gerade in unserer repräsentativen Demokratie müssen die

Bürger wenigstens indirekt mehr Mitsprache bekommen“, schließt der ÖDP-Chef.

ÖDP fordert klare Trennung zwischen Mandat und Partei

„Die Bundestagsparteien setzen ihre Parlamentsmitarbeiter für den Wahlkampf ein und missbrauchen so Steuergelder.“ Das sagt Dr. Claudius Moseler, Generalsekretär der ÖDP, anlässlich eines Report-Mainz-Berichts über die Verwendung von Abgeordnetengeldern für den Wahlkampf.

Der Bericht hat aufgedeckt, dass Bundestagsabgeordnete ihre Mitarbeiter für den Wahlkampf einsetzen, obwohl diese nur für die Parlamentsarbeit vom Steuerzahler finanziert werden. „Damit erschleichen sich die Bundestagsparteien gegenüber den nicht im Bundestag vertretenen Parteien einen unzuläs-



Dr. Claudius Moseler

sigen Wettbewerbsvorteil“, so Dr. Moseler. Somit sei keine Chancengleichheit gegeben und die kleineren Parteien würden benachteiligt. Der bekannte Verfassungsrechtler Prof. Hans Herbert von Arnim ist der Meinung, dass diese Praxis rechts- und verfassungswidrig sei.

Er bemängelt zudem, dass es keine Kontrolle, z.B. durch den Bundesrechnungshof, gäbe. Von Arnim sagt außerdem, dass hinsichtlich der Wahlkampfhilfe durch Abgeordnetenmitarbeiter der Tatbestand der strafrechtlichen Untreue vorliege.

ÖDP-Politiker Moseler fordert eine bessere Kontrolle der Wahlkampffinanzierung und Kontrollbefugnisse des Bundesrechnungshofes. „Durch die offenbar gängige Praxis der unzulässigen Verwendung von Steuergeldern nimmt die Demokratie Schaden. Diese Art der verdeckten Parteienfinanzierung muss beendet werden.“ Aus diesem Grund klagt die ÖDP vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die verdeckte Parteienfinanzierung durch Staatsgelder von Fraktionen, Abgeordnetenmitarbeitern und parteinahen Stiftungen.

ÖDP will Reduktion des ökologischen Fußabdrucks

Der bekannte Ökonom und Vertreter der Postwachstumsökonomie Prof. Dr. Niko Paech von der Universität Oldenburg betonte bei einem Vortrag in Hamburg die Notwendigkeit einer ökologisch orientierten Partei im Bundestag. Professor Paech äußerte, dass er der ÖDP den Mut wünsche, als eine eindeutig wachstumskritische Partei zur Wende zum Weniger beizutragen.

Prof. Dr. Paech zeichnete in seinem Vortrag zunächst ein Bild zur Zukunft der Menschheit, das einem „Immer-weiter-so“ klare Schranken setze: Psychische Wachstumsgrenzen, unbeherrschbare Finanzkrisen und „peak everything“ (Verknappung aller Rohstoffe) brächten drastische Veränderungen mit sich, daher müssten wir jetzt „die Kurve kriegen“.

Leider sei aber keine der im Bundestag vertretenen Parteien zu einer Kehrtwende bereit. Prof. Dr. Paech wörtlich: „Das Grundprinzip, weiter über seine Verhältnisse zu leben, wird nicht berührt.“ (...)

Im Gegensatz zu den im Bundestag vertretenen Parteien setzt sich die ÖDP für die von Prof. Paech entwickelte Postwachstumsökonomie ein. Die ÖDP ist sicher, dass wir Lebensqualität zum Wohl aller nur dann erreichen können, wenn wir in einer Weise wirtschaften, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen schont und den Menschen langfristig eine solide wirtschaftliche und soziale Basis bietet. Ständiges Wirtschaftswachstum führt auf lange Sicht nicht zu mehr Lebensqualität, sondern zu fortschreitender Umweltzerstörung, mehr Leistungsdruck und Stress und zur Belastung menschlicher Beziehungen. (...)

ÖDP: Ende der Rüstungsexporte

„Das Verhalten der deutschen Regierung, die nur Wirtschaftsinteressen und pure Profitgier im Blick hat, lässt jegliche Moral und jegliche Humanität im Hinblick auf Waffenexporte vermissen“, so äußerte sich Hermann Striedl, Richter a.D. und friedenspolitischer Experte der ÖDP, anlässlich der Bundestagswahl.

Offenbar habe die Bundesregierung völlig vergessen, dass sie die völkerrechtlichen Verpflichtungen eingegangen ist, dazu beizutragen, dass Konflikte auf friedlichem Wege ohne Waffengewalt gelöst werden. „Eines der reichsten Länder der Welt nimmt es im Interesse seiner Wohlstandsmehrung hin, dass Tausende von Menschen, zum großen Teil Unschuldige, zum großen Teil Alte und Kinder, durch von ihm



Hermann Striedl

gelieferte Waffen hingemetzelt werden“, empörte sich ÖDP-Politiker Striedl.

Die Bundesregierung ignoriere seit Jahren die bürgerlichen Proteste (z.B. www.aufschrei-waffenhandel.de) und meide jegliche Diskussion. „Und rühren sich in den politischen Führungskreisen vereinzelt Bedenken, dann genügen Parteispenden und drohende Finger seitens der mächtigen Rüstungsindustrie, um die Gewissen zu beruhigen“, monierte Striedl. Schließlich sei Deutschland der drittgrößte Rüstungsexporteur der Welt. Trotz der Bürgerproteste weite die Regierung den Waffenhandel auch in unsichere Staaten und Schwellenländer aus, da dort, wie die Vertreter der Rüstungsindustrie vortragen, gute Gewinne zu machen sind. (...)

ÖDP: Mehr Orientierung am Gemeinwohl

„Wir benötigen dringend ein Ende des Wachstumswahns und eine Orientierung der Wirtschaft am Gemeinwohl.“ Diese Aussage trifft Roswitha Bendl, stellvertretende Sprecherin des Bundesarbeitskreises Sozialpolitik in der ÖDP.

Denn nicht nur Eltern würde es gut tun, mehr Zeit und Ruhe zu

haben und ohne Dauerstress leben und arbeiten zu können. Mit Blick auf die Bedürfnisse der Menschen und des Gemeinwohls werde es auch wieder leichter vermittelbar, dass Kinder trotz aller Einschränkungen große Freude und Vitalität ins Leben bringen.

Scharf rechnete Bendl mit der Familienpolitik der letzten Jahrzehnte ab. Angefangen habe alles



Roswitha Bendl

mit der Rentenreform Adenauers und der darauf folgenden Aushöhlung des Generationenvertrages. Seit dieser Zeit ist Kindererziehung hauptsächlich ein Beitrag zur Alterssicherung anderer und nicht der eigenen. Zudem lag Adenauer mit seinem Ausspruch „Kinder kriegen die Leute immer“ leider daneben. Dazu kam in der Folge bis heute eine jahrzehntelange strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber Familien.

„Der starke Einfluss der Wirtschaft auf die Lebensweise der Menschen führt zur Abwertung der Familienarbeit und Vergötterung der Erwerbsarbeit“, meinte Bendl. So werde viel zu stark versucht, Familien „wirtschaftsgerecht“ statt Arbeitsplätze „familiengerecht“ zu formen. (...)

Mehr Mitsprache für den Einzelnen

Landtagswahl: Kreisrat Steffen Scholz will es im zweiten Anlauf als Direktkandidat der Ökopartei in den bayerischen Landtag

KREIS MILTENBERG. Mehr als zehn Minuten zu früh erscheint Steffen Scholz, Direktkandidat der Ökologisch-Demokratischen Partei Unterfrankens (ÖDP) für den Landtag, am vereinbarten Treffpunkt in Weibach. Das Büro, in dem er als Geschäftsführer die Geschicke der beiden Kommunali-



Wahlen
2013

ternehmen in Weibach lenkt, ist nur wenige Meter entfernt. Noch näher ist der Garten des 49-Jährigen.

Das rund 300 Quadratmeter große Grundstück, das direkt am Weibach liegt, hat er gekauft, um Erdbeeren, Tomaten oder Zucchini anzupflanzen – so wie er es früher mit seinem zwei Jahre älteren Bruder und seinem Vater getan hat. In Klingenberg, wo er mit seiner langjährigen Lebensgefährtin lebt, hat er keinen Garten.

Wildwuchs am Weibach

Statt kultivierter Beete zeigt sich auf dem Gelände prächtiger Wildwuchs, der beschönigend allenfalls als unberührte Natur bezeichnet werden kann. »Leider habe ich momentan kaum Zeit, mich um den Garten zu kümmern«, kommentiert Scholz das Offensichtliche. »Trotzdem finde ich es schön hier am Bach.« Vor mehr als 30



Der Weibach hat für Kreisrat Steffen Scholz eine ganz besondere Bedeutung. Foto: Petra Reith

Der Bürger hat das Recht zu erfahren, wo Kreis und Land nicht gut wirtschaften. ☒

Steffen Scholz, Landtagskandidat der ÖDP

Jahren begann der gebürtige Amorbacher ein paar Schritte von seinem Garten entfernt seine politische Laufbahn. Als Ortsvorsitzender der Jungen Union organisierte er damals für den Weibach eine Reinigungsaktion – die erste in ganz Unterfranken.

Nach einer Ausbildung zum Bankkaufmann arbeitete Scholz viele Jahre als Wertpapierexperte und Unternehmensberater in Frankfurt und München, bevor er in den Kreis Miltenberg zurückkehrte. 2001 trat er in die FDP ein, die er vier Jahre später wieder verließ. »Ich hatte mir von der Partei mehr erwartet«, sagt der studierte Betriebswirt. »Aber ihr fehlte jeglicher Wille, sozialpolitische und ökologische Themen aufzugreifen.«

Mit der ÖDP, für die sich Scholz seit 2005 engagiert, schaffen es der bekannte VW-Kafer-Fan und sein Parteikollege Ulrich Frey 2008 in den

Kreistag, ein Erfolg auf Landesebene steht in Bayern noch aus.

Bei der vergangenen Landtagswahl konnte die ÖDP im Kreis Miltenberg 3,2 Prozent das beste Ergebnis in Unterfranken einfahren. Erst im Herbst 2012 schickten die Freien Wähler Klingenberg-Röllfeld (FW) Scholz als Bürgermeisterkandidaten für Klingenberg ins Rennen. Damals unterlag er seinem Konkurrenten Ralf Reichwein (CSU) nach einer Stichwahl, die mit 57 zu 43 Prozent weniger deutlich ausfiel, als es sich die CSU vermutlich gewünscht hatte. »Im kommenden Jahr möchte ich erneut für das Amt kandidieren«, verrät der Klingenberger.

Statt politische Auseinandersetzungen zu scheuen, fordert Scholz sie

geradezu heraus. Das kann zuweilen dazu führen, dass er wie im vorigen Herbst unter Protest die Kreistags-sitzung verlässt, weil Landrat Roland Schwing die angefragten Informationen über die Kreisumlage nicht rausruft. An Glaubwürdigkeit mangelt es dem ÖDP-Spitzenkandidaten nicht. Scholz nimmt man ab, dass er sich nicht aus Machtkalkül, sondern allein wegen seiner Begeisterung für das Politische in Partei und Landkreis einbringt.

Dabei gehe es ihm um Inhalte und Transparenz. Der Bürger habe das Recht zu erfahren, wohin die Steuern fließen und wo Kreis und Land nicht gut wirtschaften. Das gelte insbesondere für geplante Investitionen,

Zur Person: Steffen Scholz

Kandidatur: ÖDP-Direktkandidat im Kreis Miltenberg für die Landtagswahl
Geboren: 6. August 1964 in Würzburg, aufgewachsen in Amorbach
Parteimitglied: 2001 - 2005 (FDP), seit 2005 (ÖDP)
Parteiämter: Kreisrat, Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss im Landkreis Miltenberg
Kandidaturen: Bürgermeisterkandidat der Freien Wähler (FW) in Klingenberg (2012), Landrats- und Landtagskandidat (2008)
Ehrenämter: seit 2008 Mitglied im Verwaltungsrat des Abwasserverbandes Main-Mud, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Kommunalunternehmen
Ausbildung: Nach dem Abitur ab 1985 Ausbildung zum Bankkaufmann, 2005 bis 2008 Weiterbildung zum Betriebswirt bei der IHK Aschaffenburg, 2010 bis 2012

die die Gemeinden auf Jahre hinaus belasten wie etwa die Landesgartenschau, die Schwing vor wenigen Jahren in die Region holen wollte. Scholz fordert die Souveränität des Bürgers zurück, die er von einigen politischen Eliten untergraben sieht. Mehr Mitsprache und »Bürgerentscheide ohne Hintertüren« bedeuteten zugleich mehr Einfluss für den Einzelnen.

»Mir geht es nicht darum, immer der Boss zu sein, aber es braucht einen gewissen Einfluss, um etwas verbessern zu können«, meint der ÖDP-Kandi-

Es braucht einen gewissen Einfluss, um etwas verbessern zu können. ☒

Steffen Scholz, Landtagskandidat der ÖDP

dat. Scholz gehört zu den schärfsten Kritikern, wenn es um die Privatisierung kommunaler Eigenbetriebe oder etwa der Trinkwasserversorgung geht: »Privatisierung bedeutet lediglich, dass die öffentliche Hand etwas nicht kann.« Den Verkauf der Krankenhäuser Miltenberg und Erlench bezeichnet er als die größte Fehlentscheidung des Landkreises, der sich damit aus der kommunalen Verantwortung gestohlen habe.

1000 Euro Erziehungsgeld

»Es fehlen Anreize für Familien«, meint Scholz zum Thema Familienpolitik. »Klassische Familien, in denen die Mutter zu Hause bleibt, werden zu Unrecht diskriminiert, wo der abwertende Begriff Herdprämie zeigt.« Ginge es nach dem Betriebswirt und der

schaffen

englischsprachiges Masterstudium der Betriebswirtschaft (MBA) an der THM Business School (ehemals FH Giessen-Friedberg)
Beruf: Geschäftsführer der Weibach Bau- und Vermietungs-GmbH und des Konstruktionsunternehmens Markt Weibach
Beruflicher Werdegang: 1985 bis 1995 Händler für Anleihen an den Börsen München und Frankfurt, 1995 bis 1997 Unternehmensberater in Frankfurt, danach bis 2002 Wertpapier- und Anlageberater bei der Sparkasse Miltenberg und Erlench. Seit 2002 für Markt Weibach tätig.
Nebentätigkeiten: schreibt journalistische Kommentare für Börsenexperten Dirk Müller
Persönliches: geschieden, keine Kinder, lebt mit seiner langjährigen Lebensgefährtin und Cucko Theodor in Klingenberg-Röllfeld.
Hobbys: Fußball, Schach, VW-Kafer (Sabb)

ÖDP, würden Eltern für ihr Kind bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres monatlich 1000 Euro erhalten – unabhängig davon, ob der Nachwuchs in die Kinderkrippe geht oder zu Hause betreut wird. »Das Denken hört nicht nur im Kreis Miltenberg oft an der Landesgrenze auf«, bemängelt Scholz. »dabei muss es sich am Wohl des Menschen orientieren.« Sandra Breunig

FÜNF HALBSÄTZE

»Bitte ergänzen Sie...«

Mein erster Kontakt mit Politik war...

...im Sozialkunde- und Geschichtsunterricht bei meinem ehemaligen Lehrers Rainer Eichhorn auf dem Karl-Ernst-Gymnasium in Amorbach. Er hat mich für Politik von der kommunalen bis hin zu europäischen Ebene begeistert.

Ich habe kein Verständnis für...

...die Arroganz und Unehlichkeit einiger politischer Entscheidungsträger.
Mülltrennung ist für mich...
...eine Selbstverständlichkeit.
Mich nervt an Bayern, dass...
...die CSU meint, sie habe Bayern erfunden.

Die Steuergelder des Freistaats geben sich aus für...
...eine deutliche Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in Unterfranken durch eine S-Bahn-Anbindung an den RMV und den Großraum Frankfurt

Sepp Riederer steht weiter an der ÖDP-Spitze



Der neue ÖDP-Vorstand mit Sepp Riederer (vorne Mitte)

notwendig. Wenn die Alternativen Energien im Landkreis Cham vorangebracht werden sollen, müssen die bisherigen Bemühungen für die Windkraftstandorte, die Zonierung der Konzentrationsflächen, entsprechend Berücksichtigung finden.
Auch zur Akzeptanz der Windkraft fand Riederer deutliche Worte. »In unserer Landschaft ist alles erlaubt: Stromtrassen, Zersiedelung, nicht in die Landschaft eingebundene Scheun und Biogasanlagen. Wird aber ein Windrad auf einem Berg geplant, wird dagegen populistisch vorgegangen.«
Im Anschluss an Riederers Rede fand die einstimmige Entlastung und die Neuwahl der Vorstandschaft statt. Die neun anwesenden Parteimitglieder wählten einstimmig den alten und neuen Vorsitzenden Sepp Riederer und dessen Stellvertreter Ingolf Koch in Abwesenheit. Als Schatzmeister wurde Klaus Bucher und als Schriftführer Richard Lausser gewählt. Beisitzer werden Josef Mesner und Renate Kaiser. Als Kassaprüfer wurde Dr. Norbert Buhl bestimmt. Als Delegierte

den die Grünen zu links und die CSU oder Freien Wähler zu wenig ökologisch seien.
Riederer merkte noch an, dass am 6. August der offizielle Wahlkampfauftakt mit dem Bundesvorsitzenden Sebastian Frankenberger geplant ist, der an diesem Tag durch den Landkreis

Wahlleiter Karl-Heinz Binner aus Neustadt an der Waldhaab betonte nach der Wahl, dass die ÖDP eine Nischenpartei für all diejenigen sei, de-

Main-Echo, 22.08.2013

Bayerwald-Echo, 21.07.2013

Nur ein Bewerber und keinerlei Firmenspenden

Die ÖDP tritt in Stuttgart mit Dieter Baur an – Für einen zweiten Kandidaten unterschrieben nicht genügend Unterstützer

VON JOSEF SCHÜNDER

STUTTGART. Die Hoffnungen der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) ruhen bei dieser Bundestagswahl allein auf Dieter Baur (60). Erster Polizeibaukommissar von Beruf und bei der ÖDP nicht nur Bundestagskandidat, sondern auch Kreisvorsitzender. Den zweiten Aspiranten Josef Wäger hat die Mini-Partei mit konservativ-ökologischem Hintergrund nicht an den Start bringen können. Seine Bewerbung wurde vom Kreiswahlausschuss nicht zugelassen. Er konnte im Juli nicht die erforderlichen Unterschriften von Unterstützern vorlegen.

Wer nun gedacht hätte, die ÖDP-Mitglieder waren deswegen zerkrütscht, steht sich

allerdings enttäuscht. In der Partei war dieses Manko bisher kein großes Thema. Im Wahlkreis Stuttgart II habe man eben besonders wenig Mitglieder, heißt es. Der Rückhalt und das Engagement beim Unterschrittensammeln hätten halt nicht ganz ausgereicht. Zudem gemäße die Bundestagswahl bei der Stuttgarter ÖDP von jeher nicht das besondere Augenmerk. Wählen wie jene im kommenden Jahr, wenn der Gemeinderat, das Regionalparlament und das Europaparlament bestimmt werden, sind der ÖDP wichtiger. Außerdem habe man ja eine Landesliste, um Zweitstimmen zu sammeln. Die Kruax dabei ist aber: Mit nur einem Kandidaten erregt man im Wahlkampf vermutlich auch weniger Aufmerksamkeiten. Und wenn

die Partei deutschlandweit nicht wenigstens ein halbes Prozent der Zweitstimmen erringt, kann sie auch nicht mit Wahlkampfkosten-erstattung rechnen. Et was Geld könnte man aber durchaus brauchen – zum Einsatz im nächsten Wahlkampf im Frühjahr 2014.

Im Jahr 2009 errang die ÖDP deutschlandweit 0,3 Prozent der Zweitstimmen – wie in Stuttgart. In der Landeshauptstadt fielen ihr 938 Stimmen zu. Dieter Baur riskiert im laufenden Wahlkampf denn auch

keine große Lippe. Für die Stuttgarter ÖDP wäre es schon ein Erfolg, sagt er, wenn sie zumindest mehr Stimmen als 2009 oder als bei der Landtagswahl 2011 erringen könnte.

Um dafür zu kämpfen, gibt es aber auch kaum Werbemittel. Man setzte wiederwendbare Plakate aus früheren Wahlkampfen ein, sagt Baur. Zum Glück waren die Beschriftungen recht neutral.

Aber wo sollte das Geld für neue Werbemittel auch herkommen? „Wir sind eine konzernspendenfreie Partei“, sagt Baur. Geld nehme man nur von privaten Spendern. Mittelsandische Betriebe hätten in der Vergangenheit manchmal Unterstützung angeboten, man habe sie abgelehnt. Deshalb bleibe die Partei arm – aber stolz.



Foto: SIN

ÖDP: Einsatz für fairen Handel vor Ort

Die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) bewirbt sich bei der Kampagne *Fairtrade-Towns*, um als erste Fair-Trade-Partei Deutschlands anerkannt zu werden. Mittlerweile gibt es deutschlandweit hundert Fairtrade-Towns mit dem Ziel, sich vor Ort aktiv für fairen Handel einzusetzen. Die ÖDP hat 6000 Mitglieder und ist in 163 Kreisverbänden mit 385 Mandaten aktiv. Mit diesem Netzwerk könne man die Idee schnell und weit vorantreiben. Wer heißt es in der Pressemitteilung.

Kontakt: www.oedp.de, Tel. 0931/4042860

Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)

Die ödp fokussiert sich vor allem auf die bayerischen Landtagswahlen. Für die Bundestagswahl findet sich nur ein Kurzprogramm. Darin wird mit Verweis auf christlich-humanistische Werte ein Wachstum gefordert, das nicht den Profit, sondern Mensch und Natur im Auge hat. Der gemeinsame Ursprung der ödp mit den Bündnisgrünen ist unverkennbar, programmatische Unterschiede zur großen Schwester bestehen aber vor allem im Festhalten an der traditionellen Familie und dem Eintreten für den Schutz ungeborenen Lebens.



ÖDP-Landeschef Klaus Mrasek reklamiert die Premiumrolle in der außerparlamentarischen Opposition für seine Partei.

Foto: altrifoto.de

Kleine trumpfen im Wahlkampf auf

LANDTAGSWAHL Die ÖDP möchte Seehofer, Söder, Ude und Ziel gerne aussortieren. Auch Piraten und Linke zeigen sich selbstbewusst.

VON CHRISTINE SCHROPP UND FRITZ WINTER, MZ

REGENSBURG. In der außerparlamentarischen Opposition reklamiert die ÖDP eine Premiumrolle für sich. „Wir sind in Bayern die wirksamste Oppositionspartei“, sagt der Landesvorsitzende Klaus Mrasek und hat für diese Behauptung Trümpfe in der Hand: Beim Kampf für den Nichttraucherschutz und bei der Abschaffung des bayerischen Senats war die Partei treibende Kraft. Beim Abschalten des Atomkraftwerks Isar 1 machte man ebenso kräftig Druck und drohte mit einem Volksbegehren zur Auflösung des Landtags. Von der Resonanz auf ÖDP-Forderungen leitet Mrasek bei der Landtagswahl am 15. September ein Wählerpotenzial von sieben Prozent ab. Das würde den Einzug ins Parlament bedeuten. Selbstbewusst lädt er dieser Tage bereits zur Wahlparty in ein Restaurant nahe des Münchner Maximilianeums. Auch der polarisierende Bundesvorsitzende Sebastian Frankenberger, Kopf der Nichttraucherschutzkampagne, wartet dort auf die Ergebnisse. Er war in den vergangenen drei Monaten durch Bayern geradelt, um für die ÖDP zu werben.

In Kommunen verurzelt

Mrasek möchte die politischen Verhältnisse im Freistaat neu aufmischen. Passend dazu verteilt die ÖDP dieser Tage an Infoständen Schafkopfkarten, die es in sich haben: Die 6er-Karten, die fürs Spiel bekanntlich nicht gebraucht werden, tragen die Köpfe von CSU-Chef Horst Seehofer, seinem Finanzminister Markus Söder, SPD-Spitzenkandidat Christian Ude und FDP-

man vernünftige Politik machen.“ Den 49-jährigen Oberpfälzer ficht dabei nicht an, dass die ÖDP derzeit in Umfragen der großen Meinungsinstitute wegen des geringen Zuspruchs gar nicht gelistet wird und damit meilenweit von den erhofften sieben Prozent entfernt ist. Mrasek setzt auf die Kraft der Basis. In den Kommunalparlamenten des Freistaats stellt die ÖDP aktuell rund 400 Mandatsträger – in der Oberpfalz etwa mit Arnold Kimmmerl den Bürgermeister von Pfretim (Lkr. Schwandorf). Mrasek selbst führt eine vierköpfige Fraktion im Amberger Stadtrat. In Regensburg stützt sich die Partei auf drei Mandate. Mrasek ist im Hauptberuf Polizeibaukommissar. Für den Wahlkampfsprint hat er sich sechs Wochen vom Dienst frei-



Die Linken setzen in der Oberpfalz auf Heidi Kaschner.



Benedikt Pirk setzt bei den Oberpfälzern Piraten auf Platz 1.

stellen lassen. In der Oberpfalz ist er Spitzenkandidat auf der ÖDP-Liste. Auf Platz 2 folgt Kimmmerl, auf Platz 5 ein weiterer bekannter Name: der des Gründers der Kinderhilfe Afghanistan, Reinhard Erös. Hauptforderungen der ÖDP: Die Bildungspolitik und die Energiewende. Für die Grundschulen wünscht sich Mrasek eine zweite Kraft in jedem Klassenzimmer. Beim Ausstieg aus der Atomkraft steht er mit Seehofer einen Saboteur am Werk. Der Ministerpräsident hatte kürzlich bei Windrädern größere Abstandsregeln gefordert – das bis zu Zehntel der Höhe, bei 200-Meter-Anlagen also zwei Kilometer. „Das bedeutet faktisch den Tod der Windkraft in Bayern“, sagt Mrasek.

Die ÖDP definiert sich als wertkon-

OSTBAYERISCHE KANDIDATEN

- Die ÖDP setzt in der Oberpfalz auf Landeschef Klaus Mrasek. Der Amberger ist Listenkandidat 1. In Niederbayern führt der frühere Landesvorsitzende Bernhard Suttner aus Windberg (Lkr. Straubing-Bogen) die Reihe an.
- „Die Linke“ zieht in der Oberpfalz mit Heidi Kaschner aus Fensterbach (Lkr. Regensburg) in die Wahl. In Niederbayern steht Jürgen Barthel aus Roßbach (Lkr. Rottal-Inn) an der Spitze.
- Bei den Piraten der Oberpfalz steht Benedikt Pirk aus Barbing (Lkr. Regensburg) vorn, in Niederbayern Otto Pithner aus Fürsteneck (Lkr. Freyung-Grafenau).

BEI UNS IM NETZ

Wahlen 2013



Alle Informationen zur Landtagswahl in Bayern und zur Bundestagswahl finden Sie unter

➤ www.mittelbayerische.de/wahlen

servative Ökopaartei. Vieles klingt ähnlich wie bei den Grünen. Doch Mrasek widerspricht dieser These energisch. Die ÖDP verfolge viel konsequentere Ansätze, etwa beim Infragestellen des wirtschaftlichen Wachstumsbegriffs, sagt er. „Sie sagen: jeder kann auf seinem Lebensstandard bleiben.“

Spitzen gegen „Alwangerlein“

Auch mit den „Alwangerlein“ der Freien Wähler will Mrasek nichts gemeinsam haben, obwohl beide Parteien die kommunale Verwurzelung verbindet. Insgesamt treten in der Oberpfalz und Niederbayern zur Landtagswahl je elf Parteien an: CSU, SPD, Freie Wähler, Grüne und FDP, die bereits im Parlament vertreten sind, zudem ÖDP, Linke, Piraten, Bayerpartei, Republikaner, NPD, „Die Linke“ und Piraten streben dabei heraus – die einen sind bereits im Bundestag vertreten, die anderen haben in den vergangenen Jahren einen fulminanten Aufstieg, aber auch einen Niedergang erlebt.

„Die Linke“ wird in jüngsten Umfragen von infrast/dimap und Emnid bayernweit bei rund drei Prozent gesehen. In der Oberpfalz spielt die Partei in der öffentlichen Wahrnehmung eine geringe Rolle. Spitzenkandidatin ist die Schwandorfer Kreisvorsitzende Heidi Kaschner aus Fensterbach. Die Finanzbeamitin macht sich für soziale Gerechtigkeit stark und kämpft gegen Lohn dumping. Sie ist Mitglied im Landesvorstand der Linken.

Für die Oberpfälzer Piratenpartei geht Benedikt Pirk aus Barbing bei Regensburg als Spitzenkandidat ins Rennen. In den Umfragen liegen die Piraten im Freistaat ebenfalls bei rund drei Prozent. Der gebürtige Baden-Württemberger kümmert sich seit seinem Umzug nach Regensburg um die Organisation verschiedener Aktionen, Kundgebungen und Infostände. Vor allem möchte er Bayerns politischer Landschaft verändern. „Dass die Staatsregierung darauf sieht, uns Bayern als Disneyland für Jesus, Wirtschaft und Touristen zu verkaufen“ sei nicht länger hinnehmbar.

Zu „Gesundheit ist keine Ware“ von H. D. Schlierf, in ÖkologiePolitik Nr. 159, S. 74

Krankheiten werden eher gefördert als vermieden

Offensichtlich ist Gesundheit doch weitgehend zu einer Ware verkommen, die man noch dazu in der Regel ohne eine Rechnung bekommt, sodass es weder bei der Käufer- noch auf der Anbieterseite einer besonderen Anstrengung bedarf. Kein Wunder, wenn uns das in sich kranke System – weitgehend von der schulmedizinischen Ärztelobby und einer populistischen Politik verordnet – fast 300 Mrd. im Jahr kostet. Am wenigsten haben hier die Patienten zu bestimmen. Den meisten wird automatisch etwa 15 % vom Wert ihrer Arbeitsleistung abgezogen.

Nicht nur anlässlich der beklagten vielen Operationen und Arztbesuche sollte unser krankes Gesundheitssystem hinterfragt werden. Offensichtlich glaubt man bei Ärzten und Kliniken, Krankheiten wie ein Auto zur Reparatur abgeben zu können, um so Gesundheit zu erhalten. Oft geschieht keine echte Heilung, da in solchen kranken Häusern in der Regel nur der Körper repariert wird. Noch will man nicht zur Kenntnis nehmen, dass sich in einem körperlichen Defekt fast immer eine seelisch-geistige Störung kundtut. Ein überzogenes Versorgungsdenken gibt Patienten auch kaum Anreize, Krankheiten möglichst selbst auf den Grund zu gehen, was in der Regel Voraussetzung für ein Heil- und Gesundwerden ist. Aus Angst vor unbequemen Entscheidungen und vor der schulmedizinischen Dominanz mit ihren Verbänden hüten sich tonangebende Politiker seit Jahren vor gesundheitsfördernden Reformen, sodass eher ein Krankheitsförderungssystem entstanden ist. Nicht wenige Lokalpolitiker haben noch dazu dafür gesorgt, dass möglichst auch in ihren Städten ein Krankenhaus für körperliche Gebrechen entsteht oder ausgebaut wird. So sind wir inzwischen auch Weltmeister in der Anzahl von klinischen Einrichtungen. Eigeninitiativen und ein gesunder Lebensstil werden durch teure gesetzliche Zwangsversicherungen eher verhindert als gefördert, sodass viele Patienten weiterhin arme Tröpfe und arme Schlucker bleiben, wovon zahlreiche Anbieter der Reparatur- und Ersatzteil-Medizin ganz gut verdienen. Noch fehlt der Mut, z. B. ausufernde Kaiserschnitte zu hinterfragen, die natürliche Vorgänge verhindern und primär der Geldschneidemedizin dienen. Wenn uns dieses sündhaft teure

System im Jahr über Steuern und Sozialbeiträge fast so viel kostet wie der gesamte Bundeshalt, stellt sich die Frage, ob wir mit diesen problematischen Strukturen nicht zu einem kranken Volk gemacht worden sind, das sofort wie ein kleines Kind aufschreit, wenn es nicht gleich seine Versorgung bekommt. Es ist unsozial und es grenzt an modernem Raubrittertum, wenn Fachärzte für körperliche Defizite nicht selten über 300.000 Euro im Jahr von den Versicherungs- bzw. Steuerbeiträgen in Beschlag nehmen können. Kann es richtig sein, dass auch der Staat über Beihilferegulungen noch dafür sorgt, dass sich ärztliche Handgriffe bei Staatsdienern besonders lohnen? Wenn man bei ihnen auf Kosten der Steuerzahler bis zu 3,5-fach mehr verdienen kann, besteht die Gefahr, dass Krankheiten eher gefördert als vermieden werden. Verständlich, dass unter diesen Umständen ökonomisch denkende Ärzte ländliche Regionen meiden, wo es wenige Staatsdiener und lukrative Privatpatienten gibt.

Verständlich, dass unter diesen Umständen dieses in sich kranke, sündhaft teure System noch immer von gewissen Leuten hochgelobt wird. Offensichtlich werden aber in diesem System nicht nur die Menschen immer kränker.

Simon Kirschner, 85080 Gaimersheim

Allgemeine Zuschriften

Kommunale Finanzen stärken – Selbstverwaltung erhalten

Aufgrund der desolaten Finanzsituation der Kommunen, aber auch der Länder gibt es für einen längeren Zeitraum nur eine logische Konsequenz: Es müssen Ausgaben gesenkt und gleichzeitig Einnahmen erhöht werden, auch wenn dies für den Bürger teilweise sehr schmerzhaft ist. Aber: Es geht kein Weg an schmerzhaften Einschnitten vorbei, Länder und Kommunen leben seit Jahrzehnten über ihre Verhältnisse.

■ Es sollen, zumindest zeitlich befristet, im Wesentlichen nur Investitionen getätigt werden, die dem Erhalt des kommunalen Vermögens dienen. So soll z. B. auf neue Ortsumgehungen, Gewerbegebiete oder auf die Erweiterung von Flughäfen verzichtet werden. Aus ökologischen Gründen brauchen wir keinen Ausbau, sondern einen Rückbau von Landeplätzen.

■ Seitens der Kommunen sollte geprüft werden, ob Aufgaben von benachbarten Gemeinden/Städten in Ballungsräumen gemeinsam erledigt werden können.

Die Sozialausgaben sind ein wesentlicher Teil der kommunalen Ausgaben – hier sind verstärkt Anstrengungen zu unternehmen, Menschen wieder in Arbeit zu bringen. „Förderung durch Forderung“ sollte hier der Grundsatz kommunaler Hilfeleistung sein. Sozialleistungen dürfen nicht zu einer „lebenslangen Rentenzahlung“ führen. Ein gesetzlicher Mindestlohn ist eine der Voraussetzungen, um die Kommunen zu entlasten.

Auf der Einnahmenseite stellen die Gewerbesteuer mit ihren starken Schwankungen im Lauf der Jahre ein schwer kalkulierbares Risiko dar.

Eine weitere wesentliche Einnahmequelle der Gemeinden sind Grund- und Einkommensteuer.

Auf die Höhe der Einkommensteuer, hier erhält die Kommune einen prozentualen Anteil, hat die Kommune keinen Einfluss.

Die Grundsteuer ist im Unterschied zur Gewerbesteuer eine Einnahmeart, die nur geringen jährlichen Schwankungen unterliegt, da die Anzahl der Steuerobjekte nur marginal schwankt. Die Bemessungsgrundlage der Grundsteuern beruht auf veralteten Daten. Die der Besteuerung zugrunde liegenden tatsächlichen Grundstücks- und Hauswerte liegen heute wesentlich über den Beträgen, die seitens der Finanzämter als Besteuerungsgrundlage ermittelt und mit dem Hebesatz der Gemeinden multipliziert werden. Der tatsächliche Wert einer Immobilie ist meist mindestens doppelt so hoch wie der für die Besteuerung zugrunde gelegte Immobilienwert. Hier wäre eine geänderte Bemessungsgrundlage seitens des Gesetzgebers angezeigt – solange dies nicht der Fall ist, sollten die Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Hebesätze wesentlich erhöhen.

Ein normales Einfamilienhaus wird im Schnitt mit ca. 300 bis 500 Euro im Jahr besteuert – diese jährliche Besteuerung liegt im Promillebereich des zu versteuernden Grundvermögens. Hier ist, auch unter Gesichtspunkten der Ressourcenschonung, eine Erhöhung der Besteuerung geboten und auch aus Sicht der Einnahmenbeschaffung unerlässlich.

Die Kommunen haben einen schweren Stand. Immer mehr Aufgaben (Ganztagsschule, U3-Betreuung ...) werden ihnen von Land und Bund auferlegt, ohne dass diese auch für den notwendigen finanziellen Ausgleich sorgen. Die finanzielle Situation fast aller Kommunen ist daher prekär. Das Konnexitätsprinzip muss eingehalten werden, sodass die Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden erhalten bleibt. Wer den Kommunen neue Aufgaben überträgt, der muss auch deren Finanzierung übernehmen.

Arno Kohlert, 52249 Eschweiler

IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint viermal im Jahr: Februar, Mai, August, November. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 1. Dezember 2013.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommersgasse 1, 97070 Würzburg
Tel. (09 31) 4 04 86-0, Fax (09 31) 4 04 86-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
Caroline-Herschel-Straße 23, 81829 München
guenther.hartmann@oedp.de

Florence von Bodisco (fb)
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
florence.bodisco@oedp.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Ulrich Brehme, Edgar Guhde, Sieglinde Kersting,
Walter Konrad (wk), Dieter Kuhn (dk), Urban Mangold,
Franz Pohlmann, Dr. Johannes Resch (jr),
Hermann Striedl

Gastautoren

Axel Berg, Trudi Christof, Tom Konopka,
Ulrich Kriese, Willi Loose, Jamal El Mallouki

Interviewpartner

Markus Hollemann

Satz

Grafikstudio Art und Weise,
Heike Brückner, Drosselweg 15, 93138 Lappersdorf

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik
Ökologisch-Demokratische Partei
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
Tel. (0 30) 49 85 40 50
florence.bodisco@oedp.de

Bankverbindung

VR-Bank Würzburg, BLZ 790 900 00, Kto.-Nr. 74 080

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird auf
100 % Recycling-Papier gedruckt.





VORSCHAU

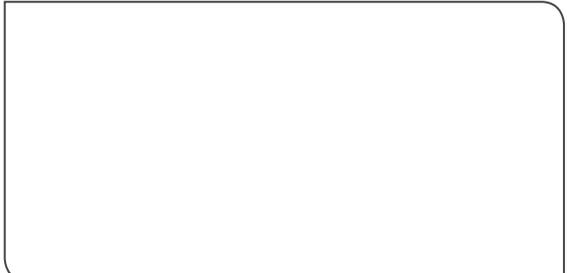
ÖkologiePolitik

im Februar 2014

Europa und der Euro

Die Europapolitik ist seit Jahren stark von der sogenannten „Euro-Krise“ geprägt. Die stark wachsende Verschuldung einzelner Staaten bedroht das labile Gebilde. Die offizielle Darstellung unserer Bundesregierung ist simpel: Die betroffenen Staaten haben lange Jahre auf Pump über ihre Verhältnisse gelebt und müssen ihre Haushalte nun drastisch kürzen. Doch das ist wohl nicht mal die halbe Wahrheit. Es stellen sich Fragen: Wie hängen die Erfolge der deutschen Exportwirtschaft mit dem Niedergang anderer Volkswirtschaften zusammen? Warum wurde Griechenland in die Euro-Zone aufgenommen? Welches Interesse und welchen Einfluss haben international agierende Finanzinstitute wie Goldman Sachs? Wie und warum wird die Souveränität der Staaten und der Bürger immer mehr untergraben?

Bei Unzustellbarkeit, Mängeln in der Anschrift und Umzug, Anschriftenberichtigungskarte!



Realsatire



Ein Opa baut für seinen Enkel aus Bauklötzchen einen Turm – mit diesem Motiv zeigt die FDP ungewollt, was es mit ihrer neoliberalen Wachstumsideologie auf sich hat, denn der Turm steht schon sichtlich schief und wird spätestens beim nächsten Bauklötzchen in sich zusammenfallen. Download: www.fdp.de/Zukunft/1481b

TERMINE

- | | | | |
|----------------------------|---|----------------|--|
| Sa. 19.10.2013 | Landesparteitag der ÖDP Baden-Württemberg (im Raum Stuttgart) | So. 25.05.2014 | Kommunalwahlen in Baden-Württemberg |
| Fr. – So. 08. – 10.11.2013 | ÖDP-Seminar „Transition Towns, Gemeinwohlökonomie, Postwachstumsökonomie“ (in Würzburg) | So. 25.05.2014 | Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz |
| Sa. 09.11.2013 | Bezirksparteitag der ÖDP Oberbayern (in Rosenheim) | So. 25.05.2014 | Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen |
| Sa. – So. 23. – 24.11.2013 | ÖDP-Bundesparteitag (in Eichstätt) | So. 25.05.2014 | Kommunalwahlen in Hamburg |
| Sa. 30.11.2013 | Landesparteitag der ÖDP Baden-Württemberg (in Stuttgart) | So. 25.05.2014 | Kommunalwahlen in Sachsen |
| 21. – 23.02.2014 | Mitgliederversammlung des Bundesarbeitskreises Christen und Ökologie (in Niederaltaich) | So. 25.05.2014 | Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt |
| So. 16.03.2014 | Kommunalwahlen in Bayern | So. 25.05.2014 | Kommunalwahlen in Thüringen |
| So. 25.05.2014 | Wahl zum Europäischen Parlament | So. 25.05.2014 | Kommunalwahlen in Brandenburg |
| | | So. 25.05.2014 | Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern |
| | | So. 25.05.2014 | Kommunalwahlen im Saarland |
| | | Sommer 2014 | Landtagswahl in Sachsen |
| | | Sommer 2014 | Landtagswahl in Thüringen |
| | | Herbst 2014 | Landtagswahl in Brandenburg |